

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 RM. monatlich 1.10 RM. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne geistlich oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983. Freitag, den 4. September 1908. Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die süddeutsche Eigenart.

In dem soeben erschienenen neuesten Hefte der „Neuen Zeit“ veröffentlicht Genosse Kautsky einen Artikel zur Frage der Budgetbewilligung. Diesem äußerst instruktiven Artikel entnehmen wir folgende Ausführungen:

Rum meinen freilich manche Genossen, die deutschen Einzelstaaten machten doch eine Ausnahme, seien ganz eigenartige Gebilde, wie man sie in der übrigen Welt nicht wieder finde. Es sei richtig, der heutige Staat stelle eine Organisation zur Niederhaltung der arbeitenden Klassen dar, aber er sei das doch nicht ausschließlich. Der Staat habe seine schlechten und seine guten Seiten; er sei nicht bloß Unterdrücker, sondern auch Kulturträger, der Schulen, Spitäler, Museen erhalte, Eisenbahnen, Landstraßen, Kanäle, Häfen baue usw. Im Deutschen Reich aber seien die Verhältnisse so eigenartig, daß die schlechten Seiten des Staates vom Reichstag kontrolliert würden, seine guten von den Einzelstaaten. Sei also das Reichsbudget abzulehnen, so keineswegs das Landtagsbudget.

Es gibt sicher keine Einrichtung, bei der man nicht eine gute Seite herausfinden könnte. Aber Marx hat schon hohnvoll darauf hingewiesen, zu welchen Unsinnsigkeiten man kommt, wenn man vermeint, willkürlich die guten von den schlechten Seiten trennen zu können. Er zeigte, daß man, wenn man wollte, auch der Sklaverei eine gute Seite abgewinnen könnte, worauf Schippel bekanntlich ja aus Marx einen Verfechter der Sklaverei machte.

Es ist eine der sonderbarsten Illusionen, zu glauben, daß die Einzelstaaten Deutschlands durch die Reichsgründung ihren Charakter als Herrschaftseinrichtungen, als Mittel der Klassenherrschaft verloren hätten. Sie hätten vollständig aufhören müssen, Staaten zu sein, hätten vollständig lose Provinzen des einen Staates werden müssen, ohne jede besondere Regierung, wenn sie einigermaßen diesen Charakter verlieren sollten.

Gewiß ist eine Arbeitsteilung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten eingetreten, aber dabei sind die Aufgaben der Niederhaltung des arbeitenden Volkes viel mehr den letzteren zugefallen als dem Reich. Ein Republikaner und Präsidenten könnte weit eher dem Reichsbudget zustimmen, das keine Zivilliste und kaum Kultusaufgaben kennt (außer etwa für Militärgeschäfte), als den Etats der Einzelstaaten, die sehr schwer damit belastet sind. Dem Reich fällt hauptsächlich die äußere Politik zu, die Vertretung des Reiches nach außen, sowie seine Verteidigung gegen den äußeren Feind, Aufgaben, von denen viele Leute glauben, daß sie allen Klassen einer Nation gemeinsam sind.

Dagegen Kirchenwesen, Polizei, Justizhäuser usw., sie gehören zum Reichtum der Einzelstaaten; auch die Verfügung über das Militär gegen den „inneren Feind“ steht nicht der Reichsregierung zu, sondern den Einzelregierungen.

Endlich ziehen die Einzelstaaten weit größere Summen aus der Ausbeutung von Arbeitern, wie das Reich, das nur die Reichspost und die paar Reichseisenbahnen dazu benutzen kann. Wie viel ausgedehnter sind dagegen die Eisenbahnnetze der größeren Einzelstaaten, und wie bedeutend fallen für manche von ihnen noch Bergwerke, Wälder und anderer Domänenbesitz finanziell in die Wagschale! In Bayern bilden die Einnahmen aus den Staatsbetrieben, also aus der Ausbeutung der Staatsarbeiter, fast die Hälfte der Staatseinnahmen.

Wir machen uns anheischig, auf jeden Grund, der für die Bewilligung der Landesbudgets ins Feld geführt wird, zwei ebenso triftige für die Bewilligung des Reichsbudgets vorzubringen.

Natürlich beweisen die einen ebensowenig wie die anderen; das Reich kann ebensowenig wie die Einzelstaaten den staatlichen Charakter verleugnen; sie dienen alle den gleichen Zwecken, wenn auch mit verschiedenen Mitteln und auf besonderen Gebieten. Und um dieser gleichen Zwecke willen muß man ihre Budgets, ihre Kraftquellen, in gleicher Weise behandeln.

Andere Verfechter der süddeutschen Budgetbewilligung legen auch auf diesen Punkt kein Gewicht. Sie sehen die Eigenart ihrer Landtage nicht im Unterschied der Einzelstaaten vom Reich, sondern in dem Unterschied zwischen Süd und Nord. Der Süden sei weiter fortgeschritten, in ihm herrsche mehr Freiheit, und darum müsse die Taktik dort eine andere sein. Was im preussischen oder sächsischen Landtag selbstverständlich, sei völlig unangebracht in einem süddeutschen.

In dieser Behauptung steckt ein Körnchen Wahrheit, aber ein sehr kleines. Daß das Proletariat in Süddeutschland mehr Bewegungsfreiheit und staatsbürgerliche Rechte besitzt und die Sozialdemokratie in den Landtagen anfälliger behandelt wird, kann man wohl zugeben. Wenn das bewirkt, daß auch auf unserer Seite ein weniger schroffer Ton angeschlagen wird, so wird sich dagegen kaum etwas einwenden lassen. Aber von einem höflichen Tone bis zur Budgetbewilligung ist ein weiter Schritt, den zu gehen das bishen mehr Freiheit in keiner Weise zwingt.

Die Freiheit ist ein sehr relativer Begriff. Wenn man überall, wo man „mehr Freiheit“ hat als in einem anderen Lande, das Budget bewilligen müßte, dürfte es nirgends verweigert werden; denn das reaktionärste Land mit einem Parlament, das Budgets bewilligen und ablehnen darf, besitzt immer noch „mehr Freiheit“ als ein ganz absolutistisch regiertes Land. Dann müßten auch die preussischen Sozialdemokraten das Budget bewilligen, weil sie „mehr Freiheit“ haben als die Russen. Am Ende könnte man auch noch die Erwartung, welche die „fränkische Tagespost“ der bayerischen Budgetbewilligung entgegenbringt, auf eine preussische ausdehnen, sie werde „aufstachelnd“ auf den Jaren wirken, seinem Volke ebensoviel Freiheit zu geben, wie sie Preußen hat, und eine „äußerst

wirksame politische Demonstration gegen jene Staaten bilden, die noch nicht die bescheidensten Ansätze zu einer besseren Entwicklung zeigen.“

Sucht man einen Maßstab dafür, ob die Sozialdemokratie eines Landes mit seiner Staatsgewalt zufrieden sein darf oder nicht, so ist er nicht in dem Vergleich mit anderen Staaten zu suchen, die das Proletariat noch ärger kugonieren, sondern nur in den Bedürfnissen des Proletariats selbst. Jede Staatsgewalt ist zu bekämpfen, welche diesen Bedürfnissen nicht entspricht. Und eine Staatsgewalt braucht dem Proletariat deswegen nicht weniger gefährlich zu sein, weil sie ihre Herrschaftsgeschäfte in urbanere Formen kleidet.

Die französische Republik ist sicher noch ein freieres Land als die bayerische Monarchie, und der regierende französische Radikalismus sicher kein schlimmeres Regime als die bayerische Pfaffenherrschaft. Trotzdem lehnen unsere französischen Genossen das Budget ab, und mit Recht.

In der Erklärung, durch welche die bis dahin feindlichen Fraktionen des französischen Sozialismus ihre Einigung bekräftigten (Dezember 1904), heißt es:

„Die sozialistische Fraktion im Parlament hat der Regierung alle Mittel zu verweigern, die die Herrschaft der Bourgeoisie sichern und sie am Rudef erhalten; sie muß daher alle Forderungen für den Militarismus, für koloniale Eroberungspolitik und für Geheimfonds verweigern und das Gesamtbudget ablehnen. Sollten außergewöhnliche Umstände ein Abgehen von dieser Regel erheischen, darf die Fraktion nicht ohne Zustimmung der Partei vorgehen.“

Regelmäßig stimmen in Frankreich die geeinigten Sozialisten gegen das Budget. Dafür stimmen von den als Sozialisten getöhlten Abgeordneten nur Renegaten und Defektoren, denen die Freiheit der Meinungsäußerung, des Kubhandels und des Prinzipienbrotts höher steht als die Parteidisziplin und der Wille des organisierten Proletariats.

Der politische Unterschied zwischen Süd und Nord, das bishen mehr politische Gemütslichkeit im Süden, rechtfertigt daher keineswegs die Budgetbewilligung im Süden. Aber freilich, wenn auch keine Rechtfertigung, so bietet er doch die psychologische Erklärung für sie.

Die Mehrheit unserer süddeutschen Parlamentarier und ihrer Freunde lebt in dem Wahne, Süddeutschland sei höher entwickelt als Norddeutschland. Die Norddeutschen seien Barbaren mit barbarischen Kampfmethoden. Diese mögen einem rückständigen Lande wie Preußen angepaßt sein, für Kulturländer wie die süddeutschen Staaten paßten sie nicht. Es sei aber verkehrt, daß das rückständige Land, weil es die Mehrheit besitze, dem höher entwickelten seine veralteten Kampfmethoden aufzwingen wolle. Schlimm genug, daß die Norddeutschen von den Süddeutschen nicht lernen wollen, wie man fruchtbare, positive Arbeit leistet, aber zum wenigsten dürften diese doch verlangen, daß sie dabei nicht gestört werden. Und ihr Beispiel komme der Gesamtpartei zugute, denn stets ist es das höher entwickelte Land, von dem das rückständige lernt und seine Methoden des Arbeitens und Kampfens nimmt.

Dieser Gedankengang ist sehr schön, aber er steht und fällt mit der Behauptung, daß der Süden Deutschlands höher entwickelt sei als der Norden. Worauf stützt sich diese? Offenbar auf die größere politische Gemütslichkeit oder „Freiheit“ in Süddeutschland. Aber nichts irriger als der Glaube, das höher entwickelte Land sei auch freier. Die alte bürgerliche Geschichtsschablone sieht wohl an den Anfang der historischen Entwicklung den Despotismus und meint, von da an marschiere die Menschheit geradlinig der Demokratie entgegen; aber so einfach ist der Geschichtsverlauf nicht.

Am Anfang der Entwicklung steht vielmehr die Demokratie. Das Aufkommen der Klassengegensätze führt zum Aufkommen der Staatsgewalt, die je nach dem Charakter der herrschenden Klassen die mannigfachsten Formen annehmen kann. Wo ein Gleichgewichtszustand zwischen den verschiedenen Klassen eintritt oder wo die herrschenden Klassen zu unfähig oder zu faul werden, um die Arbeit des Regierens selbst zu leisten, aber keine der beherrschten Klassen die Kraft hat, die Staatsgewalt zu erobern, da nimmt diese leicht den Charakter des Absolutismus eines Herrschers an, der sich auf Berufssoldaten und Bürokraten stützt.

So finden wir im Römertum auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung nicht den Fortschritt vor Absolutismus zu Demokratie, sondern umgekehrt deren Überwindung durch den Caesarismus. Und später ging in Westeuropa das Aufkommen des Absolutismus Hand in Hand mit dem Aufkommen der Bourgeoisie. Erst als der industrielle Kapitalismus eine bestimmte Höhe erreicht hatte, wurden manche Schichten der Bourgeoisie gegen den Absolutismus rebellisch, der den Feudaladel stützte und dadurch die kapitalistische Entwicklung hemmte. Wer dieses Stadium der Geschichte als die Gesamtgeschichte betrachtet, der kann allerdings sagen, daß ihr Gang vom Despotismus zur politischen Freiheit geht. Aber die höchstentwickelten Staaten unserer Zeit sind bereits in ein neues Stadium eingetreten, infolge des Erstarkens des Proletariats und der Abkämpfung des Gegenfaches zwischen industrieller Bourgeoisie, Finanzkapital und Großgrundbesitz, die immer mehr identische Interessen bekommen. In den höchstentwickelten Stadien wird der Bourgeoisie die Demokratie immer unbedeutsamer; sie braucht diese nicht, um die Staatsgewalt zu beherrschen, die ihr ohnedies untertan ist. Die Demokratie kann da nur noch Mittel sein, und wird es immer mehr, die politische Organisation und Rechtssetzung des Proletariats zu fördern — des Todfeindes der kapitalistischen Ausbeutung.

In den höchstentwickelten Staaten sehen wir daher ein Stocken der demokratischen Entwicklung, vielmehr eine Vermehrung des Ansehens und der Macht der Regierungen. Man sucht, wo das Proletariat schon so stark ist, es mitunter noch zu beschwichtigen

durch materielle Konzessionen, etwa Alterspensionen, aber man hütet sich wohl, seine politischen Rechte zu erweitern. England und Frankreich denken nicht daran, obwohl sie zurzeit radikalere Regierungen haben; die englischen Arbeiter warten noch immer aufs allgemeine Wahlrecht, die französischen Gemeinden noch immer auf die Befreiung von der burkautokratischen Bevormundung der Zentralregierung. Hier wie dort wachsen die Funktionen und die Machtmittel der Regierungen. Die gleiche Erscheinung finden wir in den Vereinigten Staaten.

Wollen wir rasche Fortschritte der Demokratie beobachten müssen wir von Westeuropa nach dem Osten gehen.

Sicher ist der reine Absolutismus unvereinbar mit den Lebensbedingungen einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft. Wo er sich behauptet, hindert er deren Entwicklung. Wo diese sich entwickelt, verliert er den Boden unter den Füßen. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die kapitalistische Entwicklung innerhalb des konstitutionellen oder parlamentarischen Staates, den sie braucht, stetig die Rechte und Freiheiten der großen Volksmassen erweitert. Im Gegenteil, von einem gewissen Punkt an entwickelt sie die entgegengesetzte Tendenz. Wie weit es dieser gelingt, sich durchzusetzen, hängt dann selbst wieder von mannigfachen Faktoren ab, vor allem von der Kraft der Staatsgewalt, der Kraft des Proletariats, der allgemeinen historischen Situation. Der Grad der politischen Freiheit, dessen sich ein Land erfreut, ist also ein Produkt sehr wechselnder Verhältnisse; er kann für sich allein durchaus nicht als Maßstab der höheren oder geringen Entwicklung eines Landes gelten.

Wenn die süddeutschen Staaten bessere Wahlbestimmungen zum Landtag und mehr Bewegungsfreiheit der Volksmassen haben, so beweist das noch lange nicht, daß diese Staaten höher entwickelt sind als der Norden.

Die entscheidende Grundlage alles gesellschaftlichen Lebens ist die Oekonomie. Sie gibt auch den entscheidenden Maßstab für die Entwicklungshöhe eines Landes an. Die Daten der Wirtschaftsstatistik sprechen aber eine andere Sprache als die der bloßen politischen Geschichte.

Wir können leider nur die Ziffern von 1895 benutzen, da die der jüngsten Zählung noch nicht so weit publiziert sind, um eine allseitige Vergleichung zu ermöglichen. Aber daß sich der Süden seit 1895 wirtschaftlich weit rascher entwickelt hätte als der Norden, wird wohl niemand behaupten. Die Distanz zwischen beiden dürfte sich nicht erheblich geändert haben.

Vor allem finden wir in Süddeutschland eine bedeutend stärkere landwirtschaftliche Bevölkerung wie im Norden.

Von je 10 000 Erwerbstätigen gehörten 1895 zur Landwirtschaft in	
Sachsen	1670
Preußen	3611
Reich	3619
Bayern	4635
Württemberg	4448
Baden	4258

Die agrarischste der preussischen Provinzen, Posen, zählte pro Zehntausend Erwerbstätigen 5771 in der Landwirtschaft; dagegen Niederbayern 6235.

Auch der Kleinbetrieb ist im Süden noch stärker als im Norden. Man zählte Selbständige pro 10 000 Erwerbstätigen in:

	Landwirtschaft	Industrie
Sachsen	2664	2359
Preußen	2911	2370
Reich	3008	2490
Bayern	3198	2048
Württemberg	4241	3023
Baden	3833	2451

Dasselbe Bild zeigt die Gewerbestatistik. Von je 1000 Beschäftigten Personen arbeiteten in Betrieben mit

	bis 5 Pers.	6-50 Pers.	51-200 Pers.	über 200 Pers.
Sachsen	414	294	180	142
Preußen	454	237	136	178
Reich	405	239	140	146
Bayern	561	220	110	109
Württemberg	537	209	136	118
Baden	448	245	173	129

Diese Zahlen genügen schon, zu zeigen, daß der Süden erheblich hinter dem Norden ökonomisch zurück ist. Wohl besitzt er die ältere Kultur. Aber als der ökonomische Schwerpunkt im Zeitalter der Entdeckungen vom Westen des Mittelmeeres in das des Atlantischen Ozeans verlegt wurde, da traf dies den Süden Deutschlands härter als den Norden, und dieser sah seine Entwicklung vollends begünstigt seit dem Aufkommen der Großindustrie durch seinen Besitz an Kohle und Eisen, die dem Süden fast gänzlich fehlten. Am wenigsten blieb dabei industriell Baden zurück, dank dem Rhein; am meisten Bayern, abgesehen von der ebenfalls am Rhein gelegenen Pfalz und dem Saargebiet benachbarten Franken.

Diese industrielle Rückständigkeit hemmt auch die Entwicklung der Klassengegensätze im Süden. Mehr als anderswo beherrscht dort im allgemeinen noch das Fühlen und Denken des Kleinbürgertums die gesamte Bevölkerung. Sind doch auch die Proletarier wie die Kapitalisten dem Kleinbürgertum und dem Kleinbauernstum entpfossen und bewahren noch lange dessen Denkreisen. Das Denken folgt ja nur langsam der ökonomischen Entwicklung. Im ökonomischen Leben können sich die Klassengegensätze zwischen Proletariern und Unternehmern sehr scharf zugespitzt haben, und doch können sich beide, wenn sie derselben Schicht, dem Kleinbürgertum entstammen, in Lebensgewohnheiten und Neigungen, in Geselligkeit und Politik immer noch nahe stehen. Je mehr dies der Fall, desto schwieriger die sozialistische Agitation, desto mehr verdienen ihre Erfolge Anerkennung, desto näher aber auch die Gefahr, die Bedeutung der Klassengegensätze zu unterschätzen und eine Politik des Zusammenrückens der Klassen einzuschlagen, die bei

kleinen Fragen eine zeitliche Erfolg haben kann, aber um so gründlicher bei jeder ernstlichen Frage Vorkaution machen muß.

Nicht minder als die ökonomische Rückständigkeit wirkte aber auch die Schwäche der Staatsgewalt im Süden bisher darauf hin, die politischen Kämpfe der Klassen zu mildern. Diese Schwäche ist nicht etwa die Folge einer besonders schlaun, staatsmännischen Politik der Sozialdemokratie, die ihre Gegner einwärts, sondern viel älteren Datums. Sie entspringt der Zeit der französischen Revolution und Napoleons. Die drei großen süddeutschen Dynastien koalitierten sich damals mit dem „fortschrittlichen Oberer“, halfen ihm, die Fremdberrschaft in Deutschland zu begründen, wofür sie mit konfiszierten Gebieten von Reichsstädten, Bistümern, Äbteien, Reichsfürsten und Reichgrafen reich beschenkt wurden. Als aber die napoleonische Macht zusammenbrach, verloren sie jeden Haß. Von den deutschen Patrioten wurden sie gehalten als Landesverräter, von den mediatisierten Adligen als Räuber. Sie fanden nicht, wie die Könige Preußens, im Adel eine kraftvolle Stütze gegen die unteren Klassen, sondern vielmehr erbitterte Gegner. Da blieb ihnen nichts übrig, als im Volk eine Stütze zu suchen, bei Kleinbauern und Kleinbürgern, denen aber die Bürokratie auch nicht volle Freiheit geben wollte. So wurde im Süden das liberale, Vermittelnde und Beschwichtigende traditionell. Ein wirklich parlamentarische Regime entwickelte sich im Süden ebensowenig wie im Norden; hier wie dort blieben die Minister die Diener der Könige, aber sie zogen es vor, durch süßliches Lächeln statt durch barsches Einschüchtern die Parlamente nach ihrem Willen zu gängeln.

Sie scheuten sich um so weniger vor der „Demokratie“, vor dem allgemeinen Wahlrecht und anderen Volksrechten, je besser sie die Masse ihres Volkes kannten, die Kleinbürger und Kleinbauern. Die waren für sie nicht zu fürchten, viel eher die oberen Klassen, zuerst der Adel, dem die Regierungen in der napoleonischen Zeit zu viel genommen hatten, später die Bourgeoisie, die der Kleinhauderei widerstrebt, nach einem einigen Deutschland verlangte. Wegen des Streben bot gerade der Kleinbürgerliche und Kleinbäuerliche Partikularismus ein willkommenes Gegengewicht. In diesem Punkte waren es direkt reaktionäre Tendenzen, denen die süddeutsche „Volksfreiheit“ diente.

Wie wenig sie wirklich demokratischem Fühlen und Denken entsprach, ersieht man daraus, daß dieselben süddeutschen Regierungen, die bei sich zu Hause etwas in Demokratie machten, gleichzeitig für Gesamtdeutschland die Reaktion begünstigten, immer Anlehnung bei einer reaktionären Großmacht suchten, ebendamals bei Oesterreich, seit 1866 natürlich bei Preußen, deren volksfeindliche Tendenzen sie unterstützten. Ja, sie wagten es nur deshalb so „freiwillig“ zu sein, weil sie eine starke und brutale Staatsgewalt an der Hand hatten, wie es 1840 die Preußen mit dem badiischen Aufstand machten. Trotz aller gelegentlichen Fraktionen findet die preussische Reaktion bei den „demokratischen“ süddeutschen Regierungen die warmste Unterstützung.

Es ist also nur einestheils die ökonomische Rückständigkeit, und andernteils eine in besonderen historischen Verhältnissen begründete Schwäche der Staatsgewalt und deren Traditionen, worin die süddeutsche Freiheit beruht. Damit ist schon ausgeschlossen, daß die süddeutschen Methoden jemals Vorbildlich für den Norden werden könnten, daß der Süden dem Norden den Weg weist. Im Gegenteil, je weiter die Entwicklung vor sich geht, desto mehr werden auch die herrschenden Klassen Süddeutschlands die nordische Ungemütlichkeit annehmen. Der industrielle Fortschritt geht ja auch dort weiter; ja, es ist sehr wahrscheinlich, daß die Elektrifizierung der Masse kräfte gerade das so agrarische Südbayern recht rasch industrialisiert. Das bedeutet aber nicht nur eine Vermehrung des Proletariats, sondern auch seine zunehmende Loslösung von kleinhändlerischen und kleinhändlerischen Denkformen, gleichzeitig aber auch eine Vermehrung der Zahl großer Kapitalisten und eine Verhärtung des scharfmacherischen Geistes unter ihnen, endlich ein Wachsen ihres Einflusses auf die Staatsgewalt. Da wird dieser bald die traditionelle Gemütlichkeit ausgetrieben werden. Die Regierung kann ja nicht immer, wie sie will. Wälow möchte seinem Temperament nach auch am liebsten in süddeutscher Manier regieren, aber jene Schichten erlauben es ihm nicht, die tatsächlich das Heft in der Hand haben, die Junker und Scharfmacher.

Das Bayern freilich keine Junker zu erwarten, so wird doch auch dort die Zahl und der Einfluß der Scharfmacher im Staate mit dem fortschreitenden Kapitalismus rasch zunehmen. Nicht Süddeutschland, sondern Norddeutschland zeigt den Weg, den die Entwicklung im Deutschen Reiche geht, wie auch dessen Geschichte im Norden, nicht im Süden entschieden werden.

Es gibt kaum eine schlimmere Illusion als die, zu glauben, daß die augenblickliche politische Gemütlichkeit Süddeutschlands den Beginn einer neuen Ära darstelle, die auch neue Kampfmethoden der Sozialdemokratie und ein Aufgeben ihrer bisherigen Haltung erheische. Wer solche Illusionen hat, wird nur zu bald bittere Enttäuschungen erleben.

„Was die Uhr geschlagen hat“ . . .

Die „Münchener Post“ sagt's in ihrer Donnerstags-Nummer deutlich. Und zwar gerade, weil sie so gut am Gedächtnis der Gesamtpartei interessiert ist, wie ihre Leichfertigen Angreifer. Womit die norddeutschen Parteiblätter gemeint sind (im besonderen der „Vorwärts“), die sich erlauben haben, die Dinge beim rechten Namen zu nennen.

Was nun die Stunde geschlagen hat, das erfahren die Leser vor allem aus der folgenden Stelle des Münchener Artikels:

Und unter diesen Verhältnissen halten wir nach wie vor die Frage einer ernstlichen Erwägung wert, ob die süddeutschen Parteigenossen sich an dieser Entwürdigung des Parteitag — der höchsten Instanz — beteiligen sollen.

Nicht Leidenschaft, nicht Lame, nicht der plötzliche Einfall eines einzelnen ist es, dem dieser Gedanke entleimt. Die Redaktion der „M. P.“ ist in der ganzen Angelegenheit eines Sinnes. Und es gelangt in diesem Streite um die Budgetangelegenheit keine Zeile in das Blatt, die nicht von der gesamten Redaktion gebilligt ist.

Die Redaktion der „Münchener Post“ bleibt also wohlüberlegt bei ihrem Vorschlage, den Parteitag zu boykottieren, die Partei zu zerreißen, zu sprengen!

Und ebenso bleibt die „Münchener Post“ dabei, daß der Parteitag nach dem Willen derjenigen, die nicht wie die „Münchener Post“ wollen, eine Polizeikomödie aufzuführen soll. Sie schreibt darüber:

Damit ist jedem, der verstehen will, verständlich gesagt: Dem Parteitag — der höchsten Instanz der Partei — wird auf diese Weise die entwürdigende Aufgabe zugewiesen, in einer an sich ganz nebensächlichen, rein faktischen Frage eine Polizeikomödie aufzuführen und durch die Nachwahl von Delegierten, durch Mandatslauf in Kreisen mit geringer Organisation von Parteigenossen mit gebundenem Mandat, die Süddeutschen aburteilen zu lassen, mögen diese auch die besten Argumente zu ihrer Verteidigung vordringen.

Die Tatsachen der Nachwahl von Delegierten eben zu dieser schönen Aufgabe, die besondere Gestaltung der Delegiertenwahlen namentlich in der Provinz Brandenburg sind nicht zu bestreiten. Und so ist es weiter vergeblich, abzuleugnen, daß die ganze Tendenz der pseudoradikalen Scharfmacher, an deren Spitze sich der „Vorwärts“ gestellt hat, dahin läuft, durch eine unwahre, einseitige Beeinflussung der Parteigenossen die Süddeutschen unter allen Umständen aburteilen zu lassen.

So wird in der Tat der Parteitag — die höchste Instanz — von eben diesen Pseudoradikalen zu einem Polizeigericht entwertet. So werden die norddeutschen Mitglieder der Partei, deren Ehrentitel es bisher war, selbst den unterdrückten Gegnern gegenüber das demokratische Prinzip loszubringen, zu Teilnehmern an einem Regengericht gestempelt, das in der Geschichte aller Parteien seinesgleichen nicht hat.

Diesem aufgeregten Gerede wollen wir die folgenden nüchternen Tatsachen entgegenstellen:

1. Die Nachwahl eines Delegierten ist aus einem einzigen Wahlkreise, aus Hamburg II gemeldet, einem Wahlkreise, der nebstbei gesagt über 7000 organisierte Genossen zählt!

2. Das geltende Parteistatut gibt jedem Wahlkreise das Recht, drei Delegierte zu entsenden.

3. Ein Mandatslauf findet nirgends statt. Wenn Brandenburg Kreis neben anderen auch Berliner Genossen als Delegierte wählen, so tun sie es, weil diese Genossen als Kandidaten, Agitatoren usw. in diesen Kreisen jahrelang gearbeitet haben — also aus demselben Grunde, aus dem bayerische Wahlkreise, die München und Nürnberg benachbart sind, Münchener und Nürnberger Genossen entsenden.

4. Groß-Berlin hat 86429 organisierte Genossen und das Recht auf 24 Delegierte — Bayern, Württemberg, Baden und Hessen zusammen zählen 99170 organisierte Mitglieder und können, wenn auf jeden ihrer Wahlkreise durchschnittlich nur ein Delegierter entfällt, 88 Delegierte entsenden. Wenn jeder der brandenburgischen Wahlkreise (die acht Groß-Berlins einbezogen) je drei Delegierte entsenden würde — tatsächlich geschieht das nicht — so würden sie erst 78 Delegierte aufbringen. In Brandenburg und Groß-Berlin aber sind 105188 Parteigenossen organisiert!

5. Die Berliner Genossen haben schon seit Jahren Proportionalvertretung zum Parteitag gefordert!

6. Gebundene Mandate hat es in der sozialdemokratischen Bewegung stets gegeben und gibt es auch bei den Genossen Bayerns, Württembergs, Badens usw. Sie sind der natürliche Ausdruck der Tatsache, daß der Delegierte nicht über seinen Wählern steht, sondern ihr Beauftragter ist.

Die „Münchener Post“ entschließt sich endlich, von der Erklärung des Parteivorstandes gegen die Beschuldigung, er habe sich auf den Standpunkt des Postgeankers gestellt, ihren Lesern wenigstens auszugeweiht Kenntnis zu geben. Sie bemerkt dazu:

Damit bleibt der Kernpunkt der Angelegenheit unberührt. Will der Parteivorstand mehr wie ein Komitee von Funktionären sein — und in seiner peinigenden Anrede an den badiischen Landesvorstand hat er sich ja seine höhere Mission selbst bezeugt —, dann mußte er die norddeutschen Organe — vor allem das ihm besonders nahe stehende Zentralorgan — warnen, in dieser illegalen Weise vorzugehen. Und wenn er leugnet, das Feuer geschürt zu haben, so hat er bis jetzt den Verdacht nicht von sich abgewälzt, dem Aufsichtlichen des Scheiterhaufens und seiner Entzündung teilnahmslos zuzuschauen zu haben.

Die „Münchener Post“ muß hier also den Rückzug antreten. Aber sie stößt nunmehr von einem anderen Punkt aus vor. Sie erklärt, daß der Parteivorstand hätte eingreifen müssen. D. h., sie verlangt nichts anderes, als daß der Parteivorstand das Organisationsstatut mißachte, daß er diesen Wahlkreisen das ihnen durch das Organisationsstatut zugewilligte Recht auf drei Delegierte nehme! Der Parteivorstand kann natürlich gar nicht daran denken, zu erklären, daß er es nicht für recht halte, wenn die Genossen verschiedener Wahlkreise von ihrem Rechte Gebrauch machen. So wenig er ein Komitee von Funktionären ist, so wenig kann er in dieser Sache nach der einen noch nach der anderen Seite eingreifen.

Von dem übrigen Inhalt des Artikels kann sich der Leser eine Vorstellung machen, wenn er erfährt, daß die Kundgebung den gruseligen Titel „Brandstifter“ führt, daß der erste Satz lautet:

Minister, Reuterer, Disziplinbrecher, Bierdimpfel, Raubmörder sind wir schon gescholten worden. Nun berechtigt uns das Berliner Zentralorgan auch noch den Titel Brandstifter.

und daß in ihr n. a. behauptet wird, nicht nur die Genossen südbayerischen Gebiets ständen hinter der „M. P.“, ja verlangten sogar noch energischeres Auftreten, sondern auch zahlreiche Zuschriften von Berliner, Leipziger, Spandauer Arbeitern bewiesen der „M. P.“, daß man gerade in norddeutschen Partikreisen das System der Vergewaltigung verabscheue, das in der irreführenden Berichterstattung norddeutscher Parteigänger und der Windung der Delegiertenmandate sich dokumentiert.

Gegen den Schluß kommt noch der folgende demagogische Schläger:

Aber was uns empört, das ist die unwürdige Pose gegen Parteigenossen, die seit langen Jahren ihr Bestes der Partei aufopfern, die in aufreibender Arbeit die Stellung der Partei nicht nur in Süddeutschland gehoben und gefestigt haben. Und die nun von Pseudoradikalen, deren positive Leistungen in der Partei im ungelächtesten Verhältnis zu dem Volumen ihres Sprechapparates stehen, als Schulhuben oder gar als Verbrecher behandelt werden.

Womit wir die Mühenlese beenden wollen. Uns scheint, es ist hohe Zeit, daß die große Mehrheit der Partei auf solche Kundgebung sagt, was die Stunde geschlagen hat! Und das auch recht deutlich!

Die „Fränkische Tagespost“

entrüstet sich heute abermals über die „organisierten Mandate“ der Provinz Brandenburg. Es ist ihr äußerst schmerzhaft, daß nicht nur Rosenheim drei Delegierte entsenden darf.

Der „Vorwärts“ — meint das Blatt — hatte nicht den mindesten Anlaß, anzunehmen, daß man in Süddeutschland sich auf etwas anderes verlassen würde, als auf das Gewicht der guten Gründe.“ Selbstam nur, daß die süddeutsche Parteipresse diese „guten Gründe“ so hartnäckig verschweigt, für den Parteitag konfessiert, statt sie einfach ebenso schlicht und einfach darzulegen, wie der Teil der Presse, der die süddeutschen Budgetbewilligungen vertreibt! Außerdem gibt es kein einziges Blatt der Partei, ausschließlich sogar der „Münchener Post“, das die Leser so mangelhaft und tendenziös informiert hätte, wie gerade die „Fränk. Tagespost“! Das Blatt hat also alle Ursache, sich auf das „Gewicht der guten Gründe“ zu berufen!

Rüfflich ist auch folgende Stelle der „Fränk. Tagespost“:

„Würde der „Vorwärts“ ein bißchen politisches Verantwortlichkeitsgefühl haben, würde er nur ein wenig nachgedacht haben, so müßte er sich von Anfang an darüber klar gewesen sein, daß in der Partei ergraut und in der Politik gereifte Männer unmöglich eine Entscheidung, die sie nach sorgfältiger Überlegung gefaßt haben, aufgeben können, ohne für sich selbst die Konsequenzen zu ziehen.“

Die Vollmar und Griffenberger waren ja doch wohl auch „in der Politik gereifte Männer“ — aber sie fügten sich gleichwohl den Parteitagbeschlüssen! Warum sollten sich also die aus Preußen importierten jährigen Bayern, die in der „Fränk. Tagespost“ so tollkühn verüben, nicht auch Parteitagbeschlüssen fügen können?!

Wenn aber von „in der Partei ergrauten Genossen“ und dem Respekt vor ihnen die Rede ist, so wollen wir doch eins bemerken: In der „Fränk. Tagespost“ wandte sich der Senator der Nürnberger Sozialdemokratie, Genosse Löwenstein, gegen die Budgetbewilligung. Und wie suchte das Nürnberger Parteiblatt, das jetzt demagogisch von dem — ergrauten Parteihauptern predigt, das Gewicht des Zeugnisses dieses grauen Hauptes zu erschüttern? Durch die skrupellose demagogische Notiz, daß gerade Genosse Löwenstein 1894 bei der Budgetbewilligung durch die bayerische Fraktion als damaliger Abgeordneter die Begründung der Bewilligung verfaßt habe!

Das Urteil des ältesten Nürnberger Genossen wird also damit zu diskreditieren versucht, daß er vierzehn Jahre zuvor einen anderen Standpunkt vertreten habe!

Dabei hat der leitende Redakteur der „Fränk. Tagespost“, der einer der Hauptakteure bei dem diesjährigen Disziplinbruch und Obstruktionsversuch ist, noch 1901, also erst vor sieben Jahren, die süddeutschen Budgetbewilligungen mit aller Schärfe verurteilt!

Es ist völlig rätselhaft, wie sich solch ein Mann zu solch skrupelloser Demagogie herzugeben vermag!

Allerdings kann Genosse Eisner einen Widerlungsgrund für sich geltend machen. Er befindet sich zurzeit offenbar in einem Zustande äußerster — Ueberreiztheit. Schließt er seine Auslassungen doch folgendermaßen:

„Preußen ist jetzt das einzige Land in Europa, in dem die Arbeiter noch vollständig entrecht sind. Von dieser furchtbaren Zwangsbau ist noch kein Stein gelockert. Man sollte glauben, daß die preussischen Parteigenossen im Gefühl dieser unendlichen Schmach für nichts anderes mehr Gefühl und Zeit hätten, als für die Bertrümmung dieser Schandflecke härtester Reaktion. Wenn sie für diese Aufgabe das Maß von Erbitterung aufgewendet hätten, die Leidenschaft und Energie, unter allen Umständen den Feind niederzuzwingen, die sie jetzt eingesetzt haben gegen eine Parteiminderheit, deren Politik sie nicht verstehen, die ihnen aber verächtlich ist — dann würden wir heute den Triumph der preussischen Sozialdemokratie und der deutschen Demokratie feiern können — alle zusammen freudigen Herzens und einmütig. Aber freilich, leichter, bequemer und ungefährlicher ist es schon, von ein paar süddeutschen Parteigenossen die Unterwerfung — mittels organisierter Mandate — zu befehlen, als das preussische Junkertum, das Dreiklassenwahlrecht, die Regierung der organisierten Gewalt und der Unterdrückung zu bezwingen.“

Dies Zitat ist im Original fett gedruckt!

Wir wollen auf jede Kritik dieses deliranten Ausbruchs verzichten und dem Verfasser nur freundschaftlich nahelegen, sich baldigst einmal nach Wörrißhofen zu begeben! —

Weitere Preßstimmen zur Obstruktion der „Münchener Post“.

„Norddeutsches Volksblatt“, Bant:

„Es ist jedem Wahlkreise das Recht gegeben, drei Delegierte zu entsenden; wird hiervon Gebrauch gemacht, so hat sich niemand darüber zu mokieren. Will man dem Gebrauch, daß Delegierte, die außerhalb des Wahlkreises wohnen, gewählt werden, ein Ende machen, so kann man auf dem Parteitage entsprechende Anträge stellen. Der Versuch, wegen Ausübung eines verbotenen Rechtes die süddeutsche Parteitagbescheidung in Frage zu stellen und die rechtmäßige Delegation als Polizeikomödie des Parteivorstandes hinzustellen, übersteigt doch die Grenzen des Zulässigen. In landlichen Wahlkreisen ist es oft geradezu notwendig, Delegierte aus anderen Wahlkreisen zu nehmen, soll der Wahlkreis vertreten sein oder soll ein außerordentlich befähigter Genosse aus irgendwelchen Gründen den Wahlkreis vertreten. Es ist das Sache des Wahlkreises, ebenso wie die Wahlkreise ihre Reichstagsdelegierten benennen können, woher sie wollen. Vor allem ist es ausgeschlossen, daß Hamburg Delegierte auf Kosten Berlins entsendet. Wenn das anderwärts geschieht, so kann man darüber reden.“

„Lübeker Volksbote“:

„Es muß auf das allerentschiedenste Protest gegen die Behauptung erhoben werden, daß die norddeutschen Genossen die brutale Gewalt an die Stelle parteigenösslicher Diskussion rücken wollen. Geradezu verblüffend aber muß es wirken, wenn Parteigenossen ernsthaft den Vorschlag einer Obstruktion innerhalb unserer Partei machen. Ist sich der Schreiber jener Notiz klar geworden darüber, daß sein Vorschlag nichts anderes in sich birgt als den Anfang zur Spaltung der Partei? Kann er das als Parteigenosse verantworten? Hoffentlich machen unsere süddeutschen Parteigenossen dem Schreiber der Notiz klar, daß sie, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in der Budgetfrage, sein Vorgehen ebenso entschieden mißbilligen als wir.“

Zu der Erklärung des Parteivorstandes bemerkt die

Breslauer „Vollmacht“:

„Diese Erklärung kann nicht befriedigend gelten. Wir haben gestern gefordert, daß der Parteivorstand offen erkläre, daß er die Bestrebungen nach mehr Delegierten, nur um gegenüber den Süddeutschen in der Mehrheit zu sein, nicht billigt. Daraus müssen wir bestehen bleiben, gerade weil wir im Übrigen mit dem Vorgehen der Süddeutschen nicht einverstanden sind. Daß die Kreise „das unbefristete Recht“ haben, drei Delegierte zu senden, wissen wir aus dem Organisationsstatut, und daß der Parteivorstand in die Wahl nicht eingreift und vor allem keine Gelder dazu bewilligt, weiß jeder Parteigenosse. Bleibt also von der „Erklärung“ nichts mehr übrig. Das ist um so bedauerlicher, als durch eine freiwillige Erklärung der Parteileitung die Wogen des Streites wesentlich gelbt werden würden.“

Die Breslauer „Vollmacht“ irrt ganz gewaltig. In ihrer Wohlwoll-Töschung hat die „Münchener Post“ ausdrücklich geschrieben: „Damit hat sich der Parteivorstand auf den Standpunkt des Postgeankers gestellt.“ Das konnte und sollte nicht anders verstanden werden, als daß die Wahl von drei Delegierten in bestimmten Kreisen auf die Veranlassung des Parteivorstandes zurückzuführen sei. Ebenso wurde durch die Zwischenfrage: „Auf wessen Kosten?“ der Argwohn hervorgerufen, daß es auf Kosten des Parteivorstandes, d. h. der Zentralkasse geschehen sei. Die Erklärung des Parteivorstandes beantwortet demnach gerade die beiden Punkte, auf die es für ihn allein ankommt. — Was die Forderung der Breslauer „Vollmacht“ anbetrifft, der Parteivorstand möge die Wahl von drei Delegierten mißbilligen,

So verweisen wir auf die betreffenden Ausführungen in unserem heutigen Artikel über die neueste Auslösung der „Rändener Post“, außerdem sei bemerkt: der Parteitag ist die Instanz, die über den Parteivorstand die oberste Aufsicht führt, vor der er Rechenschaft abzulegen hat, und es wäre in der Tat ein tolles Stück, wenn er diesen Zusammenkunft in irgendeiner Weise beeinflussen wollte. Die Parteiblätter, die ihm dergleichen anheimen, täten besser, ihren Lesern endlich den zahlenmäßigen Nachweis zu unterbreiten, daß sie selbst, wenn jeder Wahlkreis der Provinz Brandenburg drei Delegierte entsendet, die süddeutschen Genossen dennoch viel stärker auf dem Parteitag vertreten sind, als ihrer Zahl entspricht. Dieser Nachweis ist von uns schon vor zierlich acht Tagen und neuerdings wieder von der „Leipziger Volkszeitung“ erbracht worden. Aber leider haben ihn gerade die Blätter, die sich am meisten über angeblich zu starke Delegationen entäußern, immer noch nicht übernommen. Ihre Leser wissen also nichts davon.

Ueber die Frage der Budgetbewilligung selbst äußert sich nachträglich noch die „Brandenburger Zeitung“ wie folgt:

„... Es ist nun ganz unglaublich, wie die süddeutschen Genossen allen Ernstes behaupten können, die ausnahmsweise zwingenden Voraussetzungen seien in ihrem Falle zu finden gewesen. Da hört doch alles auf. Wie recht hatte Singer, als er seinerzeit vor dieser Hinterfront warnte und die Streichung des letzten Absatzes empfahl! Weil die Regierung neben den vom entengählten die Arbeiterlöhne erhöht hat und auch sonst nicht Entgegenkommen gezeigt hat, als es gerade in Preußen üblich ist, hat sie doch keineswegs ihre Feindschaft gegen das Koalitionsrecht & c. und andere klassenstaatliche Märsche aufgegeben. Oder kennt man in Bayern vielleicht keine Klassenjustiz mehr? Mit dem Gesamtbudget wurden kurzerhand Mittel bewilligt für Zwecke, die wir überall in gleich scharfer Weise zu bekämpfen haben.

Unter den Gründen, die die Bayern zur Rechtfertigung ihrer Haltung angegeben haben, nimmt sich ganz besonders schön die Wendung an, daß man auf die Wähler im Lande Rücksicht nehmen müsse, die eine ablehnende Haltung nicht verstanden hätten. Pflicht und Schuldigkeit der führenden Genossen wäre es aber von jeher gewesen, den Wählern die grundsätzlichen Aufgaben der Sozialdemokratie gebührend klar zu machen, anstatt ihnen durch kleine Augenblicksvorteile den Blick für das Ganze zu trüben und den Klassenkampfcharakter den Parteigenossen und der Regierung gegenüber zu verwischen.

An dem grundsätzlichen Urteil vermag keine spezielle Kenntnis der süddeutschen Verhältnisse, die man uns Norddeutschen so gern abspricht, etwas zu ändern. Schlichtlich leben wir doch alle in demselben kapitalistischen Klassensystem. . . . Allerdings darf man den süddeutschen Genossen nicht etwa den guten Glauben absprechen wollen. Dennoch erwarten wir, daß die überwältigende Mehrheit des Parteitag sich nicht maßlos zeigen wird. Ein ernstes Wort wird mit denen zu reden sein, deren politische Knochenweichung den revolutionären Kampf des Proletariats im innersten Kern zu zerbrechen droht.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. September 1908.

Ausländische Arbeiter in Preußen.

Die „Kreuzzeitung“ stellt nach einer soeben erschienenen Schrift des preussischen Regierungsdirektors Dr. Wobbenstein über die „Beschäftigung ausländischer Arbeiter“ zusammen, wie viel ausländische Arbeiter während der letzten Jahre in Preußen beschäftigt waren. Danach sind im Jahre 1906 in Preußen über 600 000 ausländische Arbeiter, davon in der Landwirtschaft rund 240 000, beschäftigt gewesen. Der bei weitem größte Teil dieser Arbeiter kommt über die östlichen Grenzen, nämlich 400 000 aus Rußland und Oesterreich-Ungarn. Daneben kommen hauptsächlich noch Italien und Niederlande, diese mit etwa 80 000, jenes mit rund 90 000 Arbeitern in Betracht.

In den Provinzen Rheinland und Westfalen waren 1906 rund 232 000 ausländische Arbeiter beschäftigt, davon entfielen auf das Rheinland 159 000. Für das Jahr 1907 hat sich die Zahl der in der westlichen Industrie tätigen Arbeiter noch erheblich gesteigert. Genaue Zahlen darüber liegen dem Verfasser aus dem statistischen Material des Bochumer Knappheitsvereins vor. Danach betrug am 1. Juli 1907 die Gesamtbelegschaft der rheinisch-westfälischen Bergwerke 311 649 Mann; von diesen waren 25 748 Ausländer; davon stammten 16 971 aus Oesterreich-Ungarn. Der Prozentsatz der Ausländer an der Gesamtbelegschaft betrug im Jahre 1907 8,23. Seit 1902 ist diese Ziffer ständig gewachsen, sie betrug 1902 5,79 Proz. und stieg in den folgenden Jahren auf 6,14, 6,46, 6,81, 7,42 und 8,26 Proz. An Arbeitern aus den vier östlichen Provinzen (Schlesien, Westpreußen, Ostpreußen und Posen) waren im Jahre 1907 105 000, also gerade ein Drittel der Gesamtbelegschaft beschäftigt.

Friedensdemonstration englischer Sozialdemokraten.

Der Ausschuss der Social-Democratic-Party hielt am Sonntag in London eine Versammlung ab, in welcher folgende Resolution Annahme fand:

„Die Versammlung sendet den deutschen Sozialdemokraten ihre herzlichsten, brüderlichen Grüße und stellt fest, daß keine Interessengegenstände — welcher Art sie auch immer seien — zwischen den beiden Ländern existieren. Sie verpflichtet sich deshalb ebenso ernstlich, wie bisher, auch in Zukunft auf eine ähnliche „entente cordiale“ zwischen Deutschland und England hinzuwirken, wie sie gegenwärtig zwischen Frankreich und England besteht, damit dem schädlichen Wettbewerb der fortgesetzten Kriegsrüstungen auf beiden Seiten der Nordsee ein Ende bereitet werde.“

Das verschleierte Steuerbrot.

Die Scherl-Presse teilt mit, daß die Meldungen, die neuerdings über den Stand der Reichsfinanzreform verbreitet werden, über die einzelnen Steuerarten, über die Höhe der Gesamtsforderungen, über den voraussichtlichen Ertrag der neuen Steuern in dem ersten Jahre ihrer Wirksamkeit, samt und sonders auf Vermutungen ohne tatsächliche Unterlagen beruhen. Es sind wohl über manche Einzelheiten zuverlässige Angaben bekannt geworden. Aber im ganzen wird das Geheimnis von allen beteiligten Stellen strengstens gewahrt, und es wird erst enthüllt werden, wenn sich der Bundesrat endgültig über die dem Reichstage zu unterbreitenden Gesegentwürfe schlüssig gemacht haben wird. Das dürfte erst unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages, der für den 20. Oktober in Aussicht genommen ist, der Fall sein. Vorher wird die Öffentlichkeit kaum ein einigermaßen zureichendes Gesamtbild von der geplanten Reichsfinanzreform erhalten.

In keinem anderen Lande dürfte sich eine Regierung herausnehmen, das Volk derart am Karrenfeld zu führen. Daß der Reichstag am 20. Oktober zusammentritt, kann nicht stimmen, denn die Vertagung ist bis zum 28. Oktober beschloffen. Nach dem bei der Vertagung getroffenen Dispositionen sollten an diesem Tage einzelne Kommissionen ihre Tätigkeit aufnehmen, während die Plenarsitzungen erst im November beginnen sollten.

Denunzianten.

Auf dem sogenannten Deutschen Arbeiterkongreß, der im Oktober 1907 in Berlin stattfand, war auch eine Anzahl Kellner-

organisationen vertreten, deren Berechtigung, sich der Arbeiterbewegung anzuschließen, damals vom „Vorwärts“ zur Genüge gekennzeichnet worden ist. Unter Anleitung des Reichstagsabgeordneten Schiffer, Vorsitzenden des Ausschusses vom Gesamtverbande christlicher Gewerkschaften, schlossen sich dem Kongreß jene Kellnerorganisationen an, die sich zu einem nationalen Kartell deutscher Gasthofsgehilfen zusammenschlossen, in dem einzelnen Orten bildeten sie „nationale Gasthofsgehilfen-Ausschüsse“, deren hauptsächlichstes Bestreben darin besteht, die im Verbandsmittel aus ihren Stellungen zu vertreiben. So ist es zum Beispiel in Bonn geschehen. Der dortige Verband der Gasthofsgehilfen hatte schon längere Zeit ein städtisches Etablissement in Remagen mit Ausschloßstellen für die Sonntage versehen. Das behagte den christlichnationalen Brüdern nicht; sie sandten an den Bürgermeister in Remagen folgendes Schreiben:

Die Unterzeichneten erlauben sich, bei Ew. Hochwohlgeboren mit folgendem Gesuch ganz ergebenst vorstellig zu werden. Ew. Hochwohlgeboren zur gefälligen Kenntnisnahme, daß in der städtischen Restauration . . . Mitglieder vom sozialdemokratischen Verband deutscher Gasthofsgehilfen (Berlin, Orsbervwaltung Bonn, Kreuzstr. 9, als Kellner beschäftigt werden. Die unterzeichneten Kellner, welche, alle ohne Ausnahme, laut Statuten nur nationale Gesinnung pflegen, und bei denen sozialdemokratische Tendenzen ausgeschlossen sind, bitten Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst gefälligst dahin wirken zu wollen, daß dem in Frage stehenden Wirt angezeigt wird, daß Kellner vom obgenannten Verbande nicht mehr beschäftigt werden. In der Erwartung, daß die angeführten Punkte Ew. Hochwohlgeboren Zustimmung finden werden, bitten wir Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst um gefällige Rückantwort.

Dachstuhlgebäude

Nationaler Gasthofsgehilfen-Ausschuß Bonn.

Wir gratulieren den Herren Giesberts, Schiffer, Behrens und Genossen zu diesen würdigen Vertretern der christlichnationalen Arbeiterbewegung.

Reservistenfreunden.

Und wird geschrieben: Am 22. August früh 7 Uhr waren gegen 350-400 Reservisten auf dem Hofe des Bezirkskommandos am Tempelhofer Feld versammelt, um auf vier Wochen ihrem Verufe entzogen zu werden. Wie immer bei solchen Gelegenheiten, ging's streng militärisch zu. Trotz des andauernden Regens mußten alle im Freien warten, bis endlich gegen 7 Uhr die Tore des Exerzierhauses geöffnet wurden. Vier Stunden dauerte es, bis die Einteilung nach Kompagnien vollzogen war. Kurz vor der Abfahrt sollte jeder Mann 50 Pf. erhalten, jedoch wurden, ohne zu fragen, 10 Pf. für Kasse abgezogen, der in kleinen Käpfen verpackt wurde. Um 11 Uhr erfolgte die Abfahrt nach Jauer, wo wir abends 7/8 Uhr bei strömendem Regen und heftigem Gewitter anlangen. Trotz des Regens mußten wir nach der etwa 20 Minuten entfernten Kaserne marschieren. Vollständig bis auf die Haut durchnäßt, kamen wir in der Kaserne an. Bafete, Kartons usw. waren teils gerissen, teils durchnäßt, so daß viele Putzgegenstände verloren waren. Dreizehn Stunden mußten wir noch im Exerzierhaus warten, klappern und frieren, ehe wir die Kompagnien angewiesen wurden. Am nächsten Morgen wiederholte sich derselbe Vorgang, ehe alles „Klappte“. Vermittags in der zehnten Stunde kamen wir endlich dazu, unsere nassen Kleider gegen des „Königs Rock“ auszutauschen. Sonnabend eingetroffen, erhielten wir erst Montagabend Brot. Von Anfang an hatten wir einen Dienst dann auszuhalten, der auf die Dauer ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Täglich 9 bis 10 1/2 Stunden Dienst außer den Vorarbeiten (Putzen usw.), Appells ist die Regel.

Der Tagesdienst war folgender: 6-7 Unterricht, 7 1/2-8 Uhr Exerzieren, von da ab Gefechtsübungen; darauf Gewehrübungen, Aufstellung mit Gewehr und Seitengewehr, eine Stunde Unterricht, 7/7 Uhr Ausrücken zum Nachschichtdienst, 10 Uhr Einrücken, früh 4 Uhr Aufstehen, um 5 1/2 Abmarsch zum Felddienst, 1/2 Uhr mittags Einrücken.

Der Soldat gewesen ist, wird wissen, was es bedeutet, nach einem Nachschichtdienst am frühen Morgen einen Felddienst folgen zu lassen von 8 1/2 stündiger Dauer! Ohne Rücksicht auf den ungeheuren Dienst treibt ebendrei ein Appell den anderen, eine Aufstellung die andere. Bedenkt man dabei, daß fast nur die Beteiligten aus Reservisten bestanden, welche, da etwa drei bis fünf Jahre aus dem aktiven Dienste entlassen, zu 60 Proz. Familienväter sind, so kann sich jeder eine Vorstellung davon machen, welche Gefühle die einzelnen besaßen. Dazu kam noch der echt preussische Ton: „Saubere, ich reite Euch nieder“ usw., die der Herr Hauptmann gegenüber Familienvätern anzuhören beliebte. Das erhöht die Lust und die Liebe zum Dienst natürlich ganz besonders. So mancher Unteroffizier glaubt, das „Du“ sei die richtige Anrede für Reservisten.

Das unsere Sachen anbetrifft, wie Röcke und Hosen, die wir erhalten haben, so spotten diese aller Bekleidung, zerrissen, lämmig, flüden überall. So geht nun unsere Kompagnie den 3. September ins Manöver. Etwa 15 Proz. sind bereits kranken von den fortwährenden Märschen usw., die uns oft die Zeit nehmen, in Ruhe zu Mittag zu essen. 65 Proz. sind Berliner und Berlin hat gewiß ein Recht darauf, zu erfahren, wie es uns als Reservisten geht.“

Bülou und der Friedenskongreß.

Fürst Bülou soll die Absicht haben, den interparlamentarischen Friedenskongreß mit einer Ansprache zu eröffnen. Die „Hamburger Nachrichten“ regen sich darüber auf, weil dadurch die Meinung erweckt werden könnte, als ob wir auf Friedensströmereien zu viel Wert legten. Und die „Deutsche Tageszeitung“ charakterisiert die Konfession so:

„Der ganze interparlamentarische Friedenskongreß läßt und recht läßt. Die Herren mögen das Beste wollen, ihre Tätigkeit bleibt bedeutungslos, und das ist auch gut so. Bei den meisten internationalen Wischmaschereien kommt zweifelhaft wenig heraus. Die allgemeinen Redensarten, die man in den verschiedenen Kultursprachen vom Stapel läßt, haben wenig Wert und wenig Wirkung. Deshalb tut man gut daran, wenn man die internationalen Friedensparlamentarier ruhig reden läßt, ohne sich dafür oder dagegen zu ereifern.“

Die „Feyer“, von denen Wilhelm II. vor wenigen Tagen in seiner Straßburger Rede sprach, machen sich aus dieser Bezeichnung offenbar gar nichts, denn sie sind schon wieder fröhlich bei der Arbeit. — Uebrigens halten wir es für nichts Besonderes, wenn Bülou den parlamentarischen Vertretern eine mit Phrasen und Zitate durchsetzte Rede verbietet. — Eine Bülourede mehr — deshalb geht die Welt nicht aus den Angeln.

Liberaler Stadtvater. Wie die Liberalen, da wo sie die Mehrheit haben, die Minderheitsparteien behandeln, illustriert wieder ein Beschluß des Rändener Magistrats. Als vor kurzem ein Magistratsrat starb, forderten unsere Genossen im Magistrat, daß eine Nachwahl vorgenommen werden müsse, damit die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte keine Verzögerung erleide. Nun hätten aber die Schwarzen nach den letzten Wahlen billigerweise Anspruch auf den freigewordenen Sitz. Dies thaten aber den liberalen Herren nicht in den Kram und deshalb beschloffen sie in der Sitzung am 1. September, überhaupt keine Nachwahl mehr vorzunehmen. Weil in vier Monaten sowieso Neuwahl wäre, könne der Gewählte doch nicht viel Ersprießliches mehr leisten. Damit schämen die

Liberalen ihre eigene Tüchtigkeit vor vier Monaten nicht besonders hoch ein. Die Liberalen werden sich aber zu trösten wissen, denn im Landtage, wo sie die „Mehreren“ sind, wird sich schon zur Nebensache Gelegenheit bieten.

Die „großzügige Persönlichkeit“.

Von neuem ist es notwendig, an den unverkündeten Schwundel zu erinnern, den der Freisinn in Charlottenburg mit der Kandidatur und Wahl des Professors v. Liszt getrieben hat. Den geachteten Gelehrten, der in seiner Ehrlichkeit von dem frechen Spiel nicht merkte, das mit ihm getrieben wurde, hat man einem p. t. Wählerpublikum empfohlen, damit eine „großzügige Persönlichkeit“ ins Parlament komme und dort ihren Einfluß ausüben könne. Nachdem er gewählt ist, zeigt es sich aber, daß der Freisinn gerade seine Persönlichkeit als vollkommene politische Null behandelt. Er soll einfach mit der Fraktion stimmen; seine persönlichen Ansichten, sein persönlicher Rat, derentwegen ihn die Wähler doch gerade auf den Schild erhoben haben, wird von der Fraktion durchaus ignoriert, als ob er gar nicht da wäre. Wir sahen das bei seinem Vorschlag, die Reichsfinanzreform von einer demokratischen Verbesserung des preussischen Wahlrechts abhängig zu machen. Damals verstieg sich die „Freisinnige Zeitung“ gar zu dem Schimpfwort „Abbaupolitiker“. Jetzt aber liegt ein neuer, noch ärgerer Fall vor: selbst auf Liszts eigenstem Gebiet, dem Strafrecht, wo er ein hervorragender Sachverständiger ist, kümmert sich der Freisinn keinen Pfifferling um die Meinung und den Rat des Professors v. Liszt. Im „Berl. Tageblatt“ hat der Gelehrte am Mittwochabend sein bestimmtes Herz wie folgt ausgesprochen:

„Ich fürchte, daß der Entwurf (der Strafrechtsreform), der jetzt an den Bundesrat gelangt ist, im Reichstag angenommen wird. Denn das Zentrum ist dafür und der Entwurf findet auch die Sympathien der freisinnigen Parteien. Auch meine politischen Freunde sind damit einverstanden. Wir allerdings gefallen die Verbesserungen nicht. Wenn Kritiker die Reform eine halbe Beizeichnen, so möchte ich meinen, daß das schon zu viel gesagt wäre. Man kann das höchste eine Viertelreform nennen und für solche Viertelreformen kann ich mich nicht erörtern. Entweder man reformiert — dann aber gründlich, oder gar nicht!“

Also obwohl die „großzügige Persönlichkeit“, die hier zugleich der hervorstechendste Sachverständige ist, den Entwurf ganz und gar verwirft, wollen ihn die Freisinnigen doch annehmen — aus Gründen der Vöckpolitik natürlich. Die „großzügige Persönlichkeit“ ist jetzt, wo es zum Handeln kommt, Luft geworden.

Von den weiteren Äußerungen des Professors v. Liszt scheinen uns noch die folgenden von Interesse:

„Die kleinen Verbesserungen nützen gar nichts, man könnte sich auch ohne sie helfen, bis man wirklich reformiert. Nach meiner Meinung müßte eine einschneidende Verbesserung des Strafrechts beim Anlagereformieren einsehen. Und damit wäre auch noch nicht viel geleistet, solange unsere Richter aus einer Kaste stammen. In Deutschland kann allerdings jedermann Jus studieren. Während des Studiums stehen ihm allerhand Stipendien zur Verfügung. Aber für die Referendarzeit muß man einen Vermögen nachweis erbringen, so daß vielen sehr guten Elementen der Weg zum Richteramt verschlossen bleibt.“

Der Entwurf der Kommission des Reichsjustizamts enthält einige winzige Verbesserungen. Aber es ist wirklich ganz neben-sächlich, ob statt des Vorworts der Nachschicht eingeführt wird. Die Erleichterungen des Jugendstrafverfahrens gegen die Presse sind ganz unwesentlicher Art. Ich halte das subjektive Verfahren gegen die Presse überhaupt für ein Unrecht. Ich bin durchaus der Ansicht des österreichischen obersten Gerichtshofes, daß eine Zeitung keine juristische Person, sondern ein Handelsartikel ist. Ich halte das objektive Verfahren, wie es gegen die Presse in Oesterreich geübt wird, für weit vorteilhafter für die Zeitung als das Verfahren gegen den Redakteur. Nach meiner Meinung wäre auch das Votenelement zur Rechtsprechung viel stärker heranzuziehen.“

Schweiz.

Weitere sozialdemokratische Erfolge.

Am vergangenen Sonntag ist im Amt Ridau (Kanton Bern) Genosse Salali, Schalenmacher, ohne Gegenkandidaten mit 1335 Stimmen in den Kantonsrat gewählt worden. Der Sitz, für den eine Ersatzwahl zu treffen war, gehörte schon vorher unserer Partei an. Die sozialdemokratische Fraktion des Berner Kantonsrat zählt 16 Mitglieder.

In Korsbach (Kanton St. Gallen) ist unser Genosse Höppli ohne Gegenkandidaten mit 554 Stimmen in die Schulbehörde gewählt worden.

Von der Tätigkeit der politischen Polizei.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Eine Verfidie der politischen Polizei in Bern wird nachträglich erst in der Deffentlichkeit bekannt. Der ehemalige österreichische Erzherzog Leopold, der bekanntlich den harmlosen Namen Wöllfling annahm, erwarb seinerzeit das Schweizerbürgerrecht im Kanton Zug. Die politische Polizei in Bern schrieb nun unter 20. Dezember 1906 an die Zürcher Regierung: „Der ehemalige Erzherzog hat keine schöne Vergangenheit hinter sich. Er galt in Oesterreich als fittlich verwaelterter Schandemacher; er soll die damalige Kronprinzessin von Sachsen zur Flucht verleitet haben.“ Die richtige Kalaiennatur kommt in dieser Auskunft zum Ausdruck: Dauchruschen vor den Mächtigen, Freiheit gegen Verflozene! —

Italien.

Nachwehen vom Landarbeiterstreik in Parma.

In Parma wird ein Miesenzug vorbereitet. Die Untersuchung war gegen 167 Personen eingeleitet, die sich während des Ausstandes der Landarbeiter strafbar gemacht haben sollten. Wegen nicht weniger denn 100 ist die Anklage erhoben; ein Teil soll nur wegen gewöhnlicher Streikvergehen verfolgt werden, andere sollen sich Gewalttätigkeiten und sogar des Mordes, begangen an einem Gendarmen, schuldig gemacht haben.

Türkei.

Der Baudenkrieg lebt wieder auf.

Am vergangenen Sonnabend sind bei Iffertshemo im Sandschal Serres des Vilajets Saloniki drei Bulgaren von Unbekannten ermordet worden. Es ist dies seit Einführung der Verfassung die erste größere Missetat in Mazedonien.

Die Kugeln der Korruption.

Eine große Anzahl konservativer Beamter in Konstantinopel ist im Begriff, einen Klub zu gründen, welcher den zahlreichen Abscheuungen von Beamten seitens des jungtürkischen Komitees mit allen Mitteln entgegenarbeiten soll.

Christenhege in Palästina.

Der griechische Patriarch in Jerusalem meldet nach Konstantinopel, daß in Rabulud umfangreiche Christenhege stattgefunden haben.

Marokko.

Die deutsche Note in Frankreich.

Die französische Presse läßt trotz aller Dämpfung der Töne erkennen, wie unangenehm die deutsche Note in Frankreich berührt hat. Es wird aus Paris gemeldet: „Figaro“ meint, man müsse sich vor überleiteter Aufregung hüten. Die Friedensworte Kaiser Wilhelms seien trotz der nachher

erfolgten Schritte der deutschen Regierung noch nicht vergessen, und es sei die Hoffnung berechtigt, daß die schwebende Angelegenheit durch friedliche Erörterungen nach Recht und Billigkeit sich werde erledigen lassen. — „Siecle“ schreibt, Frankreich hätte schon längst seine Konsuln nach Jedd senden sollen; es sei recht bedauerlich, daß die Unentschlossenheit der französischen Regierung Deutschland zu einem wichtigen Vorsprung verholfen habe. — Den gleichen Gedanken führt „Republique française“ aus und meint, nun werde wohl nur mehr kurze Zeit vergehen bis zur Abreise der Konsuln Frankreichs, Spaniens und Englands nach Jedd.

Der „Petit Parisien“ veröffentlicht einen Artikel, in welchem lebhaftes Bedauern über die neue Haltung der deutschen Diplomatie ausgesprochen wird.

„Petite République“ glaubt zu wissen, daß die zwischen dem Minister des Äußeren Pichon und dem deutschen Votschaftsrat Freiherrn von der Landen ausgetauschten Versicherungen eine befriedigende Lösung der letzten Vorfälle erhoffen lassen.

Dem „Matin“ zufolge empfing Minister Pichon unmittelbar nach dem deutschen Votschaftsrat Freiherrn v. d. Landen den englischen Votschaftsrat Vertie. Der „Matin“ will wissen, daß Frankreich auch heute noch keinen Anlaß habe, seine Marokkopolitik zu ändern.

Die „Agence Havas“ meldet: Die französisch-spanische Note über die von Mulah Hafid zu fordernden Garantien, die gestern den diplomatischen Vertretern Frankreichs und Spaniens zugegangen ist, soll heute den Signatarmächten der Algeriasakte zugestellt werden.

Abdul Afis verzichtet.

El Mokri erklärte bei einem Interview in Medina dem Korrespondenten des „Matin“, Abdul Afis verzichte nach eingehenden Erwägungen und in Uebereinstimmung mit seinen Ministern auf weiteren Kampf und überlasse den Thron Mulah Hafid. Er beabsichtige, eine ein- bis zweijährige Pilgerfahrt nach dem heiligen Lande zu machen und hoffe dann, in Jedd, Marrakesch oder Mekines Wohnsitz nehmen zu dürfen.

Der Kampf an der süd-algerischen Grenze.

Aus Colomb Buchar wird vom 3. September gemeldet: Die Zahl der getöteten Marokkaner bei den getriggen Kämpfen in der Nähe des Forts Du Denid beläuft sich auf mehrere hundert. Der Hauptangriff erfolgte um 2 Uhr morgens, er wurde besonders durch Maschinengewehre und Handgranaten abgewiesen. Die Marokkaner versuchten, ihre Toten mitzunehmen, waren aber gezwungen, viele Leichen zurückzulassen. Dieses deutet auf schwere Verluste hin. In dem Blockhaus befanden sich 51 Schützen, sie hatten nur einen Toten und 7 Verwundete.

Aus der Partei.

Die Nürnberger Genossen zur Budgetfrage.

Die in voriger Woche vertagte Parteiversammlung in Nürnberg fand am Mittwochabend ihre Fortsetzung. Sie war stärker besucht als die vorige und nahm einen lebhaften Verlauf. Die Abgeordneten Kollwagen, Parscher-Fürth und andere verteidigten den Standpunkt der Fraktionsmehrheit, während Simon-Nürnberg von neuem seine und Dr. Süßheims abweichende Haltung in der Budgetfrage verteidigte. Von den übrigen Diskussionsrednern trat die Mehrzahl für die Fraktion ein, die Widerheit verfolgt den Standpunkt, daß für die Zustimmung zum Budget keine zwingenden Gründe vorhanden gewesen seien. Es wurde auch von einer Anzahl Redner die Art der Polemiken in norddeutschen Parteiblättern, besonders im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“, scharf verurteilt, und die Meinung ausgesprochen, daß dem unfruchtbaren und schädlichen Streit der Journalisten ein Ende gemacht werden müsse.

Von den vorliegenden fünf Resolutionen wurde eine angenommen, in der die Versammlung die Ueberzeugung ausspricht, daß die Fraktion, den Grundsätzen der Partei entsprechend, in allen Gelegenheiten sich des werthvollen Volkes angenommen und für dasselbe zu erkämpfen bestrebt war, was unter den heutigen Verhältnissen möglich ist. Die Versammlung erblickt in der Zustimmung zum Budget keinen Verstoß gegen die Grundsätze der Gesamtpartei, ist vielmehr der Auffassung, daß die Genehmigung die konsequente Folge der praktischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten darstellt. Damit soll den beiden Abgeordneten, welche sich der Abstimmung enthalten haben, kein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden, da die Lübecker Resolution zweifellos auch eine andere Auffassung zuläßt. Die Versammlung billigt den Inhalt der Fraktionserklärung zum Finanzgesetz und erwartet vom deutschen Parteitag, daß er die sachliche und praktische Tätigkeit der bayerischen Landtagsfraktion ebenso sachlich beurteilt und eine Entscheidung trifft, die die zukünftige Tätigkeit der bayerischen Genossen im Landtag wie im Lande nicht erschwert.

Württembergische Organisationen zur Budgetfrage.

Privatdepesche des „Vorwärts“.

Stuttgart, 3. September.
Es liegt nunmehr das Gesamtergebn der Urabstimmung für die Delegiertenwahl zum Parteitag für den 1. württembergischen Reichstagswahlkreis (Stuttgart Stadt und Amt) vor. Die bereits gemeldet, erhielt am Sonntag in Stuttgart Stadt der vom Landtagsabgeordneten Gehmann vorgeschlagene Kandidat Rastbach (Sekretär nicht zweiter Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes) 257 Stimmen, Genosse Westmeyer 50 Stimmen. Das Land hat sich nun mit entscheidender Majorität für Genossen Westmeyer entschieden. Das Gesamtergebn für Stadt und Amt ergibt: Rastbach 280 Stimmen, Westmeyer 1007 Stimmen. Außerdem wurde gewählt Genosse Stabel mit 803 Stimmen, ein vierter Kandidat erhielt 202 Stimmen.

Eine Parteiversammlung in Eßlingen, in der Genosse Landtagsabgeordneter Schlegel über die Budgetbewilligung referierte, kam zu dem Beschluß, daß sich die Zustimmung zum Budget wohl mit der Lübecker Resolution vereinbaren lasse. Es wurde eine vom Genossen Schlegel eingebrachte Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die Parteiversammlung ist der Ansicht, daß zu einer Verschärfung der Lübecker Resolution kein Anlaß vorliegt. Sie erblickt in der Abstimmung zum Finanzgesetz eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, welche nach den örtlich und zeitlich gegebenen Umständen zu beurteilen ist. Die Parteiversammlung erwartet, daß der Parteitag in der Frage der Budgetbewilligung einen Beschluß faßt, der für die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei Gewähr leistet.“

Zehn Jahre Revisionismus.

Dieses Thema behandelt die „Leipziger Volksztg.“ in zwei Artikeln und kommt dabei zu folgendem beachtenswerten Schluß: „Damals (vor 10 Jahren) sprach man von einem gemeinsamen mit dem bürgerlichen Liberalismus zu unternehmenden Sturm gegen die reaktionäre Regierung, vom Eintauschen von Volksrecht gegen Kanonen.“ Jetzt stürmt man nicht gegen die reaktionäre Regierung, sondern man stiftet sie, indem man den prinzipiellen Protest, der in der Budgetverweigerung liegt, fallen läßt, jetzt „tauscht“ man gar nichts ein, sondern man wirft sich weg.

Das eben ist das Charakteristische dabei: es gibt keine Gründe, mit denen die bayerischen und badischen Landtagsabgeordneten ihren Schritt motivieren können, man versucht auch gar nicht, Verunstigungen beizubringen. Warum also hat man es getan? Wir sehen keinen anderen Grund als den, daß die Revisionisten es auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollen. Man fühlt sich sicher im revisionistischen Lager und stellt die Partei vor eine fertige Tatsache. Deshalb hat man nicht etwa eine erneute Diskussion über die Lübecker Resolution herbeigeführt, bei der man jedenfalls den Kürzeren gezogen hätte, sondern man hat entgegen jeder Tradition der Partei im geheimen Konventikel, unter Ausnützung des Umstandes, daß man in zwei Organen der Partei, den sozialdemokratischen Landtagsfraktionen jener beiden Länder eine Zufallsmajorität von Revisionisten hat, einen Beschluß zwar nicht gefaßt, aber durchgeführt. Nicht Parteipolitik war das, sondern Cliquepolitik gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Partei. Damit stimmt es überein, daß ein Kurt Eisner jetzt erklärt: „es gibt nichts mehr zu ändern“, daß die „Münchener Post“ die Frage aufwirft, ob die süddeutschen Parteigenossen sich noch am Parteitag beteiligen sollen. Man wollte den Zufall ausnützen, daß der Parteitag in Süddeutschland abgehalten wird, wo dann vielleicht eine Zufallsmajorität für die Revisionisten sich ergeben könnte, und weil die norddeutschen Organisationen, die ungleich zahlreicher und auch politisch regamer sind, dem vorbeugen wollen und ihr formales und politisches Recht, den Parteitag nach den Satzungen des Partei-statuts zu beschließen, ausüben, droht man mit Obstruktion und schließlich der Partei das infame Wort „Polizeiromdie“ ins Gesicht. Das ist die organisierte Fronde der Clique.

Vor zehn Jahren wurde auf dem Stuttgarter Parteitag der geistige Kampf um die Grundsätze der Partei begonnen. In diesem Kampfe haben die Revisionisten Niederlagen auf Niederlagen erlitten. Jetzt gilt es nicht mehr, die theoretischen Grundsätze zu verteidigen, sondern es gilt, in Nürnberg zu entscheiden, ob die Partei von der Clique bergewaltigt werden darf, es gilt, dem Spiel von Leuten, die sich über das formale und das moralische Recht in der Partei hinwegsetzen wollen, einen unzerbrechlichen Riegel vorzuschieben.“

Die Parteitage-Delegation aus Frankfurt a. M. Die Frankfurter Genossen haben durch Urabstimmung die Genossen Dr. Quard und Dieuel zu Delegierten gewählt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streit der Kollkutscher und Bodenarbeiter bei der Firma Kempermann ist beendet. Es haben bereits am Donnerstagmorgen Verhandlungen unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreeters mit der Firma stattgefunden, die zu einer Einigung beider Parteien auf folgender Grundlage geführt haben: Die Firma erklärt sich bereit, drei Mann von den entlassenen Kollkutschern wieder einzustellen; dagegen lehnt sie eine Wiedereinstellung des vierten Kollkutschers entschieden ab. Die Streikenden haben sich mit diesem Vorschlag schließlich einverstanden erklärt und beschloßen, am Freitag früh die Arbeit wieder einmüthig aufzunehmen. Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Unser neuester Bericht über die Verhältnisse der Firma Meyer

hat die Firma zu einer Abwehr veranlaßt, die uns dann die folgende Zuschrift eintrug:

5000 Mark.

Unter dieser Ueberschrift brachte die Firma Hermann Meyer u. Co. Aktiengesellschaft in der letzten Sonntags-Nummer des „Vorwärts“ eine Annonce, durch welche sie zunächst den Lesern des „Vorwärts“ ihre Spirituosen und sonstigen Produkte in empfehlende Erinnerung bringt und dann weiter darin versucht, jedem, der es wissen will, die Wohlthaten zu preisen, welche die Arbeiter in ihrem Betriebe genießen. Da diese Annonce unabweislich dazu dienen soll, die Veröffentlichung abzuwehren, welche der „Vorwärts“ vor einigen Tagen in bezug auf die Klagen der Westpreussischen Arbeiter über Mißstände im Arbeitsverhältnis brachte, so gestatten wir uns hierzu einiges zu bemerken.

In der betreffenden Betriebsversammlung ist von keiner Seite in Abrede gestellt worden, daß die 5000 M. unter dem Betriebspersonal zur Verteilung gelangt waren. Um so sonderbarer ist es, daß die Firma gerade diese angebliche Wohlthat so hervorhebt oder will die Firma vielleicht damit der Öffentlichkeit ihr schon an anderer Stelle verratenes „sozialpolitisches Verständnis“ ebenfalls offenbaren?

Wir wollen demgegenüber feststellen, daß unter den bei der Firma beschäftigten Arbeitern allgemein die Ansicht über die Verteilung der angeführten Summe besteht, daß die Beträge, welche die einzelnen Beschäftigten erhielten, als ein Ersatz des Mehrlohnes betrachtet werden müsse, welchen die Firma in Anbetracht der Zeitverhältnisse eigentlich ohnehin regelmäßig zu zahlen verpflichtet gewesen wäre und daher als besondere Wohlthat nicht empfunden werden könne. Außerdem steht fest, daß nicht alle Beschäftigten bei der Verteilung bedacht wurden, sondern daß diejenigen, die noch kein volles Jahr beschäftigt waren, leer ausgingen.

Ferner stellt die Firma die Behauptung auf, daß sie die höchsten Löhne in dieser Branche zahle, und daß diese wesentlich die mit dem Transportarbeiter-Verbande vereinbarten überschreiten. Wir konstatieren, daß die Firma mit unserem Verbande für ihr inneres Betriebspersonal (Kellerarbeiter, Arbeiterinnen, Abgießer usw.) bisher noch keine Lohnvereinbarungen getroffen hat.

Wir stellen ferner fest, daß in anderen ähnlichen Betrieben, ja fast in jeder kleinen Mineralwasserfabrik die Abgießer einen Wochenlohn von 28 bis 30 Mark bei zehnstündiger Arbeitszeit erhalten. Die Firma Meyer zahlt aber für diese Kategorie nur einen Lohn von 21 bis höchstens 28 Mark. Ja, die Firma Meyer hat in diesem Frühjahr bei Einführung einer Selter-Füllmaschine sofort den Affordlohn, der bis dahin für einen Kasten (30 Pl.) 8 Pf. betrug, auf 4 Pf. erniedrigt, wodurch die alten Abgießer einen wesentlichen Lohnausfall hatten. Als sie sich weigerten, für diesen Lohn zu arbeiten, wurden wohl einige davon beim Limonadenabgießern zu den alten Affordlösen weiter beschäftigt, aber dafür an der Füllmaschine jüngere Leute engagiert, die nur 4 Pf. Affordlohn pro Kasten erhalten. Weiter bemerken wir, daß uns keine Weinstellerei oder Likörfabrik bekannt ist, welche zur jetzigen Zeit verheiratete Kellerarbeiter mit einem Wochenlohn von 20 M. einstellt, wie es aber bei der Firma Meyer in den letzten Wochen tatsächlich noch geschehen ist.

Wenn man die Firma der Meinung ist, daß die starke Nachfrage nach Arbeitsgelegenheit auf die guten Löhne und sonstigen Einrichtungen in ihrem Betriebe zurückzuführen sei, so haben wir auch in dieser Beziehung eine andere Auffassung. Zu dieser sind wir durch einen Schriftwechsel gelangt, den wir vor einigen Tagen mit der Firma geführt haben und durch welchen wir ihr nachgewiesen hatten, daß die Arbeiter, besonders aber die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, in bezug auf Eizität und Eitlichkeit in Betrieben den allergrößten Gefahren ausgesetzt waren, weil sich Vorgesetzte Ausbrüche und Handlungen gegenüber ihren Untergebenen bedienten, welche das Anstandsgefühl verbieten wiederzugeben, und was die Firma nicht in Abrede stellen konnte. Dieser Zustand nebst den wirklich nicht zu hohen Löhnen hat dazu geführt, daß ein starker Personalwechsel bei der Firma an der Tagesordnung ist. Die schlechte Konjunktur trägt dann aber weiter dazu bei, daß sich auch Arbeiter bei der Firma

Meyer melden, die bei besserer Arbeitsgelegenheit diesen Betrieb vielleicht nicht aufsuchen würden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Die Firma Hermann Meyer sendet uns folgende Zuschrift:

„In Nr. 21 Ihrer Zeitung vom 28. August 1908 befindet sich ein Artikel: „Klagen über die Firma Hermann Meyer u. Co.“, in welchem es heißt: „Von einer Tätigkeit des Arbeiter-Ausschusses, den die Firma einmal erwähnt, ist bei den Arbeitern selbst nichts bekannt. Bei der Verwendung der Strafgeelder haben die Arbeiter nichts mitzureden.“

Da diese Sätze nicht den Tatsachen entsprechen, sehen wir uns veranlaßt Sie zu ersuchen, folgende Richtigstellung anzunehmen:

Die Arbeiter der genannten Firma wählen sich ihren Arbeiter-Ausschuß ohne irgend welche Mitwirkung der Firma. Der Arbeiter-Ausschuß ist berechtigt, die Arbeiter jederzeit in allen Arbeiterfragen zu vertreten; es ist noch niemals von der Firma abgelehnt worden, in irgend welche Verhandlungen mit dem Arbeiter-Ausschuß zu treten.

Ueber die Verwendung der Gelder der Strafkasse hat einzig und allein der Arbeiter-Ausschuß zu verfügen. Diese Strafkassenkasse wird hauptsächlich zur Unterstützung von Arbeitern verwendet. Wenn ein Erkranken unterstützung bei der Firma einläuft, so wird dieses unbedingt an den Arbeiter-Ausschuß überwiesen und werden nur die Unterstützungen gezahlt, die der Arbeiter-Ausschuß bestimmt. Ueber die Verwendung der Strafgeelder wird genau Buch geführt und wird auf Verlangen jederzeit dem Arbeiter-Ausschuß Rechnung über die Strafkasse gelegt. Wenn es längere Zeit unterblieben war, daß sich der Arbeiter-Ausschuß um die Rechnungslegung gekümmert hat, so ist er sogar von der Firma aufgefordert worden solches zu tun.“

Unterschieden ist dieses Schriftstück von der Firma Meyer selbst und den Arbeiter-Ausschußmitgliedern.

Wir möchten dazu bemerken, daß die angegriffenen Behauptungen in der Versammlung von Arbeitern der Firma selbst aufgestellt wurden, ohne daß die anwesenden Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses dem entgegentraten. Wir haben rein objektiv berichtet, was in jener Versammlung gesagt wurde. Uebrigens bestätigt obige Zuschrift selbst, daß sich der Arbeiter-Ausschuß zeitweilig um die Rechnungslegung nicht gekümmert hat. Von einer Berichterstattung des Ausschusses an die Arbeiter ist nirgends die Rede, so daß wohl glaubhaft erscheint, daß den Arbeitern von der Tätigkeit des Ausschusses nichts bekannt ist.

In der Märkischen Maschinenbauanstalt Teutonia zu Frankfurt a. O. sind die Metallarbeiter wegen ganz erheblicher Abzüge gezwungen gewesen, die Arbeit niederzulegen. Die Firma sucht in Berlin Arbeitskräfte und sind leider schon einige Kollegen auf die Angebote der Firma nach Frankfurt gefahren. Wir ersuchen dringend, auf die Arbeitsangebote der Firma nicht einzugehen und den Zugang nach Frankfurt a. O. fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiterverband, 3. Bezirk.

Deutsches Reich.

Streik in der optischen Industrie.

In den Ausbund getreten sind am Mittwochmorgen die optischen Horn- und Schildpatenarbeiter in Mathenow. Mit Ausnahme der Firma Kutsche und Gantner, welche dem Arbeitgeberverband nicht angeschlossen ist, ruht die Arbeit in allen anderen Betrieben.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter in Slogon ist zu berichten, daß die Arbeitgeber nunmehr anfangen, mit Drohungen gegen die Lohnkommission vorzugehen, indem sie ankündigen, daß sie gegen deren Mitglieder Schadensersatzansprüche geltend machen würden, falls man die Arbeiter an der angeblich von ihnen selbst gewünschten Wiederaufnahme der Arbeit noch weiter hindern würde. Ueber den Erfolg ihrer Schreckschüsse tut die Unternehmer gut, sich keinen Illusionen hinzugeben. Jeder Eindruck wird an der Solidarität der um ihr gutes Recht kämpfenden scheitern, zumal es bereits gelungen ist, in zwei Betrieben die Unternehmer zur Anerkennung des Tarifs zu veranlassen.

Ausland.

Zur Aussperrung der Tischlergehilfen in Budapest.

Die am 22. August von „Verband der Budapest Tischlermeister“ in einer Generalversammlung beschlossene Generalaussperrung der Tischlergehilfen, wobei 100 Meister für und 24 dagegen stimmten, hat total Schiffbruch gelitten und ist kläglich ins Wasser gefallen. In einer Versammlung der Gehilfen wurde ausgeführt, daß die Bemühungen des Verbandes der Tischlermeister, die Gehilfen auf der ganzen Linie auszusperrn, vollständig mißlungen sei, trotzdem auf die Meister ein wahrer Terrorismus ausgeübt worden sei, um dieselben zum Anschluß an die Aktion des Verbandes zu bewegen. Von den 400, die von der Aussperrung betroffen werden sollten, sind derzeit 130 Gehilfen ausgesperrt, mithin könne von einer allgemeinen Aussperrung überhaupt keine Rede sein. Die ausgesperrten Arbeiter werden sich nicht ergeben, sie werden im Kampfe ausharren, die arbeitenden Genossen werden sie nach Kräften unterstützen. Im Namen des ungarisch-österreichischen Gewerkschaftsrats versicherte Sekretär Samuel Jassai die Aussperrten der weitgehendsten moralischen und materiellen Unterstützung.

Drohende Aussperrung in der finnländischen Metallindustrie.

Wie die offizielle „Finnl. Gaz.“ berichtet, beschloß eine Versammlung von Vertretern der finnländischen Metallindustriellen in Helsingfors, im Falle der Metallarbeiterverband in Tammerfors und der Verband der Eisengießer in Jakobstad nicht binnen zwei Wochen den Streik einstellen und die Bedingungen der Arbeitgeber annehmen würden, alle Arbeiter in der gesamten finnländischen Metallindustrie auszusperrn. In bezug auf die Helsingforser Metallwerke, in denen laut dem bestehenden Vertrage eine plötzliche Aussperrung unmöglich ist, beschloß die Versammlung, die Helsingforser Metallindustriellen aufzufordern, den Vertrag unverzüglich zu kündigen und nach Ablauf desselben sich der Aussperrung anzuschließen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Drei Zuchthäuser ausgedrohen.

Stuttgart, 3. September. (V. G.) Aus dem Zuchthause in Ludwigsburg sind drei Inassen entwichen. Einer von ihnen ist der 28-jährige Schlächter Rhein, der wegen Beteiligung an einem Morde zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt worden war.

Eingeschnitten.

Jannbrunn, 3. September. (V. G.) Bei empfindlich kalter Temperatur ist heute nacht in den Bergen bis 1500 Meter herab Neuschnee gefallen. In den Schutthütten sind zahlreiche Touristen eingeschneit.

Lemberg, 3. September. (V. G.) In ganz Galizien ist Schneefall eingetreten.

Der Ausbruch der türkischen Eisenbahnen.

Konstantinopel, 3. September. (Melbung des Wiener L. I. Telegr.-Korresp.-Bür.) Der Ausbruch auf der nach Saloniki führenden Orientbahnlinie, dauert fort. Der Personenverkehr ist eingestellt. Auf der Linie von Adrianopel nach Konstantinopel hat ein teilweiser Ausbruch begonnen.

Stadtverordneten-Versammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 3. September, nachmittags 5 Uhr.

Mit der heutigen ordentlichen Sitzung nimmt das Plenum der Vertretung der Berliner Bürgerschaft nach Ablauf der beiden Ferienmonate Juli und August seine regelmäßigen Arbeiten wieder auf. Die Tagesordnung umfaßt 64 Nummern, darunter an erster Stelle die Beratung des vor den Ferien wiederholt zurückgestellten Antrages Stadthagen u. Gen. (Soz.) auf Einleitung von Verhandlungen mit den staatlichen Behörden behufs Uebernahme der Sicherheitspolizei auf die Stadt. Ferner steht zur Verhandlung die Frage der Beteiligung der Stadt an der Zeppelin-Spende.

Der Vorsitzende Michalet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den im Juli plötzlich verstorbenen Stadtverordneten Pilsch (R. L.).

Ferner gedenkt er des Hinscheidens des früheren Stadtverordneten Dr. Alexander Meyer und des verstorbenen Fabrikanten Groschus.

Es sind zwei dringliche Anträge und eine Anfrage eingegangen, nämlich die angeleglich durch

Fleischvergiftung vorgekommener Erkrankungen im Virchow-Krankenhaus

Betreffend.

Die Neue Linke beantragt: Den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob es richtig ist, daß im Virchow-Krankenhaus zahlreiche Schwestern an Fleischvergiftung erkrankt sind, und event. welche Maßnahmen er zu treffen gedenkt, Wiederholungen solchen Vorganges zu verhüten.

Die Alte Linke und die Freie Fraktion beantragen: Die Versammlung ersucht den Magistrat um eingehende Untersuchung der Ursachen der im hiesigen Virchow-Krankenhaus angeleglich an Fleischvergiftung erfolgten Erkrankungen und um baldige Mitteilung der Ergebnisse dieser Untersuchung sowie der aus Anlaß dieser Erkrankungen für die Zukunft vom Magistrat getroffenen Anordnungen.

Die Sozialdemokraten fragen an: Verstärkt sich die durch die Presse gehende Nachricht von den Fleischvergiftungen im Rudolf Virchow-Krankenhaus und welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat eventuell zu ergreifen, um diese Gefahr vom Personal und den Patienten fernzuhalten? Gegen die Dringlichkeit der Verhandlung des Gegenstandes wird Einspruch nicht erhoben; die Beratung wird am Schluß der Tagesordnung erfolgen.

Hierauf werden die Ersatzwahlen für die durch den Tod des Stadtv. Pilsch erledigten Stellen vorgenommen.

In den Petitionsauschuss und in die Gemeinbedeputations tritt Stadtv. Imberg, in die Parteideputation Stadtv. Fasquel, in das Kuratorium der Wobesley-Stadt. Witkowski. Für die Fortbildungsschul- und Straßencleaningdeputation sowie für das Kuratorium der Handwerkerhochschule werden die Wahlen in der nächsten Sitzung stattfinden.

Die Beratung des oben erwähnten Antrages Stadthagen wird auf Antrag Vorgmann (Soz.) auf 14 Tage vertagt, da der Antragsteller sich noch in Urlaub befindet.

Die vom Magistrat vorgeschlagene kostenlose Ueberlassung des Rathhaus-Festsaales zu einer vom Deutschen Musikbund zu veranstaltenden Erinnerungsfeier für Darwin wird von der Versammlung ohne Debatte genehmigt.

Die Wahl von fünf Mitgliedern der Versammlung zur Teilnahme am 6. preussischen Städtetage (5. und 6. Oktober 1908) erfolgt durch Zufall; unter den Gewählten befindet sich auch Stadtv. Singer.

Die Vorlage wegen Aufnahme einer neuen Straße 19 b zwischen Grenzauer Allee und Dunderstraße in Abteilung XII des Bebauungsplans geht auf Antrag Vorgmann an einen besonderen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Die Prüfung der in diesem Jahre gegen die Richtigkeit der Gemeindevählerliste erhobenen 13 Einwendungen wird dem Wahlprüfungsausschuss überwiefen.

Als Antrag für die durch das Brandunglück vom 5. August betroffenen Bewohner von Donaueschingen will der Magistrat aus hiesigen Mitteln 5000 M., als städtische Spende für das „patriotische und hoffnungsvolle Pfälzwerk“, durch welches Graf Zeppelin in den Stand gesetzt werden soll, für den am gleichen Tage vernichteten Ballon Ersatz zu schaffen und sich durch den Bau weiterer Luftschiffe gegen die Wiederkehr einer solchen Eventualität zu schützen, 30 000 M. bewilligen und sucht dazu die Zustimmung der Versammlung nach.

Kleines feuilleton.

Die persische Presse. Wer noch vor einigen Jahren über den Journalismus in Persien sich hätte verbreiten wollen, würde nur geringen Stoff gefunden haben; aber die kurze Blütezeit freier Regierungen, die nun wieder von der Reaktion unterbrochen ist, hat neben anderen wichtigen Ereignissen auch die Geburt einer wirklichen persischen Presse zur Folge gehabt. Ueber den plötzlichen Umschwung, der damit im Geistesleben des Landes eintrat, unterrichtet ein Aufsatz von Marthe Martowich in der „Revue“. Die erste Zeitung erhielt Persien unter der Regierung des Schahs Kasr-Eddin durch den gelehrten und einflussreichen Sang-Eb-Dowlet, der durch ein großzügiges Uebersetzungsbureau seiner Heimat auch die Kenntnis zahlreicher französischer Werke vermittelte. Das eine seiner beiden Blätter „Ettel“ („Information“) suchte seinem Publikum hauptsächlich die Resultate der europäischen Wissenschaft zu vermitteln, das andere Blatt „Iran“ wurde das offizielle Organ der Regierung. Es galt als ein Zeichen von Loyalität, sich auf diese Zeitung zu abonnieren, die recht viel von den Jagden, Festen seiner Majestät, den Auszeichnungen und Ernennungen, aber gar nichts von der Politik und den auswärtigen Angelegenheiten brachte. Als hauptsächlich von den Ausländern gelesenes Journal erschienen die noch heute bestehenden „Public News“, die außer ihrer englischen Ausgabe auch noch eine französische hatten und von denen täglich eine einzige handschriftlich hergestellte persische Uebersetzung dem Schah überreicht wurde. Ein französisch-persisches Blatt, die „Patrie“, wurde wegen seines freierlichen Tons sofort unterdrückt. Seit 1906 aber entstanden binnen kurzem mehr als 25 Zeitungen, die sich ungeachtet mit modernen Problemen und vor allem mit Politik beschäftigten. Die wichtigsten dieser Blätter waren der „Modjlis“ (Parlament), von zwanzig Abgeordneten herausgegeben, dann der „Habl-Ol-Matin“ (Das mächtige Wald), der in mehr als 4000 Exemplaren verbreitet wurde, und der „Nadja Vatann“ (Schrei des Vaterlandes), der radikale Ansichten vertrat und z. B. verlangte, daß alle Schmuckstücke in Gold und Silber und Juwelen nach einer zu gründenden Nationalbank gebracht werden sollten, um dort gegen einen Anteilsschein an dem Unternehmen eingetauscht zu werden. Die persische Zeitung hat einen durchaus politischen Charakter. So wenig bestimmen sich die Perser um alles, was nicht mit Politik zusammenhängt, daß sie den Unterhaltungsteil und das Auslandere der Zeitung wie Format und Druck ganz vernachlässigen. Allerdings erregt die Form der Mitteilungen ein wenig den sonst so völlig fehlenden Schmuck der Kunst. Der Stil hat nämlich auch bei der Darstellung ganz moderner und nächster Ideen die Leppigkeit und den Schwung des Orients behalten, ist mit Koranversen reichlich verziert, ergeht sich in glühenden Uebertreibungen und schwelgt in jenen Vergleichen, die die persischen Dichter so lieben. Neben den Tageszeitungen haben die Wochen- und Halbmonats-Zeitschriften

Auf Vorschlag des Vorstehers, der darauf verwies, daß auch für Kalesund seinerzeit 10 000 M. bewilligt worden sind, wird für Donaueschingen der gleiche Betrag beschlossen und der Magistrat ersucht, diesen Beschlüsse beizutreten.

Darauf wird über die Zeppelinspende verhandelt.

Stadtv. Vorgmann (Soz.): Wir sind unersetzlich nicht in der Lage, dieser Vorlage unsere Zustimmung zu erteilen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir für die Sache des Grafen Zeppelin nicht die vollste Anerkennung bekämen. Das Gegenteil ist der Fall, wir haben für die große Arbeitsleistung und selbstlose Aufopferung dieses Mannes die größte Hochachtung. Aber wir glauben, es liegt keine Notwendigkeit vor, eine solche Unterstützung durch die Stadt Berlin zu bewilligen. Eine Notlage ist durchaus nicht vorhanden. Zunächst muß anerkannt werden, daß das Reich hinter der Unternehmung des Grafen in vollem Maße steht. Im Reichstag haben in der Budgetkommission sämtliche Parteien sich in der wohlwollendsten Weise für die Sache des Grafen Zeppelin erklärt; mein Freund Singer hat das gleiche in der Kommission und auch im Plenum des Reichstages getan. Wenn jetzt das Unglück der Explosion des Ballons eintrat, so kann natürlich der vollen freien Entschliebung des einzelnen dem Grafen zu Hilfe zu kommen, nicht im mindesten entgegengetreten werden; aber eine Notlage, welche schnelle Hilfe aus öffentlichen Mitteln notwendig macht, ist nicht gegeben. Schnelle Hilfe hat auch Berlin bei den großen Ueberflutungskalamitäten geleistet, und die Versammlung ist über die Vorschläge des Magistrats dabei oft hinausgegangen. Wenn angeregt worden ist, daß man die Gelegenheit wahrnehmen müsse, den Mann, der seiner Sache sein Vermögen geopfert hat, dieses Vermögen wieder zu schaffen, so würde damit doch bloß eine schwere Beleidigung jenes Mannes ausgesprochen. Mit Rücksicht auf alle diese Tatsachen, bitte ich Sie, die Vorlage abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Cassel (R. L.): Wir werden für die Vorlage stimmen. Es freut mich, aus dem Munde des Vorredners eine so rückhaltlose Anerkennung der Tätigkeit und der Persönlichkeit des Grafen Zeppelin gehört zu haben. Seine Motivierung der Ablehnung des Antrages können wir nicht akzeptieren. Das ganze deutsche Volk ist dem Grafen, als ihn das Unglück traf, zu Hilfe geeilt. Wenn wir für die Vorlage stimmen, tun wir es nicht im entferntesten aus dem Motiv, welches der Vorredner erwähnt hat, als sollte seine Selbstlosigkeit belohnt werden. Es hat sich gezeigt, was ein Mann im Interesse der Wissenschaft zum Teil im Gegensatz gegenüber anderen staatlichen Autoritäten zu schaffen imstande ist; es hat sich dabei gezeigt, daß das Gefühl im deutschen Volke vorhanden war, nicht bloß ihm den Ballon zu ersetzen — dazu sind die Mittel schon vorhanden —, sondern ihm auch die Mittel zu gewähren zur Fortsetzung seiner Studien im Interesse der Wissenschaft, der Kultur und des deutschen Volkes in einer Weise, wie es ein Privatmann zu tun nicht in der Lage ist. Darum hat sich im ganzen deutschen Volke dieser so lebhafteste Sammelruf gezeigt. An diesem Werke zu helfen, haben viele Kommunen des deutschen Vaterlandes für notwendig gehalten; wir waren bisher lediglich durch die Ferien daran gehindert. Kommt es früher nicht geschehen, so sieht es sich gewiß in diesem Augenblick, in Würdigung der Motive, welche das deutsche Volk befeuert haben, dem hochherzigen Beispiele so vieler deutscher Bürger und Kommunen zu folgen. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (R. L.): Wir werden einstimmig für die Vorlage eintreten. Wir meinen nicht, daß der Magistrat, der den Grafen Zeppelin in seiner Kondolenzbesuche den „fahnen Eroberer der Lüste“ genannt hat, den Mann mit der Spende belohnen, sondern daß er seine Verdienste anerkannt wissen wollte, die uns die Vorkerrschaft in der Luft sichern sollen. (Beifall und Zurufe.)

Stadtv. Dr. Nathau (Soz.-fortschr.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Stadtv. Cassel an. Es handele sich hier um ein Vertrauensvotum für den Grafen Zeppelin und um die Schaffung der Möglichkeit für ihn, seine Arbeit möglichst unabhängig von staatlicher und bürokratischer Bevormundung fortzuführen.

Stadtv. Khlmann (fr. Fr.): Auch wir werden einstimmig für die Vorlage eintreten. Wir sind von Herzen erfreut, daß sich hier eine Gelegenheit bietet, wo es sich um ein Werk der Wissenschaft und der Kultur handelt, wo alle Parteigrenzen weggefallen sind, wo die ganze Bevölkerung einig ist.

Bürgermeister Reide: Hätten wir die Versammlung sofort nach dem Magistratsbeschlusse zusammenberufen können, so wäre unzweifelhaft unser Vorschlag einstimmig angenommen worden. Darüber hinaus hat es der Magistrat für seine Pflicht gehalten, dem Grafen eine teilnehmende Depesche zu schicken, ein Vorgang, der doch auch nicht zu den Alltäglichkeiten gehört, und wir haben ferner Anlaß genommen, einen städtischen Platz nach seinem Namen zu taufen. (Beifall.) Wir haben in Deutschland nicht viele Punkte,

eine große Bedeutung für die Verbreitung der freigeistlichen Gedanken. Den interessantesten Spiegel des persischen Geisteslebens bietet der „Sur Israkil“ (Die Trompete Israels), der eine große Verbreitung besitzt. Sein Titelbild, der Erzengel Israfil des Korans, der mit der Posaune des jüngsten Gerichts die Toten erweckt, und sein Motto: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ zeigen zur Genüge den Geist an, in dem diese Zeitschrift geschrieben ist. Die Monatschrift „Wadjelle-Ettelbad“ widmet sich den Interessen der Frauen, die hier auch alle Mitarbeiterinnen auftreten und die neue Strömung begeistert begrüßen.

Die Erfindungen benannt werden. Als zu Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts des amerikanischen Sprachwissenschaftlers Well Erfindung, die zwei von einander entfernten Menschen ermöglichte, sich miteinander zu unterhalten, in Berlin durch ein städtisches Amt in die Praxis eingeführt worden war, da mußte man auch für diese Erfindung einen Namen finden, der sich leicht einbürgern konnte. Zuerst gebrauchte man das Wort, das der deutsche Lehrer Philipp Reis, der schon 15 Jahre vor Well den Apparat zur elektrischen Uebersetzung der Sprache gefunden hatte, bei der Mitteilung seiner Untersuchungen verwendete: Telephon, möglich, daß er diesen Namen, vielleicht auch einiges von der Erfindung dem Franzosen Jobb Versuval entlehnt hatte. Da aber der Generalpostmeister Stephan für die Anwendung deutscher Namen eingenommen war, so mußte der Fremdnamen aus dem amtlichen Verkehr weichen. Franz Neuleux schlug damals in dem richtigen Gefühl, daß ein solcher Name ein einfaches, kurzes Wort sein müsse, aus dem sich auch Zeitwort, Eigenschaftswort und dergleichen ableiten lasse, vor, das alte deutsche Wort „hören“, das in die Ferne rufen bedeutet und noch in „Hörhorn“ vorkommt, wieder aufleben zu lassen; aber er drang hiermit nicht durch, vielmehr wurde das langweilige Wort „Fernsprecher“ eingeführt. Wenn man aber glaubte, damit ein funktionsreiches Wort gefunden zu haben, so irrte man sich ganz gewaltig. Denn es findet sich schon im Jahre 1795; freilich wurde damals mit ihm ein anderer Sinn verbunden. Damals schlug Professor Wölke vor, seinem optischen Telegraphen diesen Namen zu geben. Von Reis' Erfindung gibt die erste Mitteilung der Jahresberichte des Physikalischen Vereins in Frankfurt a. M. von 1861; seine Originalapparate sind im Berliner Reichspostmuseum. Von dem optischen Telegraphen kommen wir zu dem elektromagnetischen, der in der Zeit zwischen 1820—1840, vielleicht ohne daß die Erfinder von einander wußten, von amerikanischer, russischer, englischer und deutscher Seite erfunden worden ist. Die deutsche Erfindung ging von den Göttinger Physikern Gauß und Weber aus; 1833 hatten sie die Sternwarte mit dem Physikalischen Kabinett durch zwei Drähte verbunden, am Osterfesttag begann der Dienst, und mit dem ersten Telegramm „Michellmann kommt“ wurde die Ankunft des Institutsdieners gemeldet. Zur Uebersetzung dieser zwei Wörter waren damals 43 Bewegungen nötig, die zwei Minuten Zeit erforderten. Erst 19 Jahre, nachdem diese telegraphische Meldung gegeben worden

war, kam der uns geläufige Name „Telegraph“ auf. Er stammt aus Amerika und war vom „Albany Evening Journal“ am 6. April 1852 vorgeschlagen worden. Die nicht gerade sehr glücklichen Verdeutschungen „Drahtbericht“, „Drahtung“ sind kaum in den allgemeinen Sprachgebrauch aufgenommen worden und haben bei der Erweiterung der drahtlosen Telegraphie in Zukunft noch weniger Aussicht auf Erfolg. Ueber den Namen des wichtigsten Apparates der Funkentelegraphie entnehmen wir Franz W. Feldhaus die folgenden Mitteilungen. Die elektrische Verstärkungsanlage lernt man im Physikunterricht noch immer als Leidener Flasche kennen. Der Name schreibt sich daher, daß der Apparat einmal von Leiden aus in einem Briefe an den berühmten französischen Physiker Nollet bekannt gemacht wurde. Es ist nicht eben verwunderlich, daß dieser dann von der Leidener Flasche sprach. Aber schon am 9. März 1745 entschuldigt er sich wegen dieser Bezeichnung. Allein auch heute noch ist der von einem höchst nebenläufigen Umstande abgeleitete Name ganz und gäbe, während der Erfinder den meisten Menschen unbekannt ist; es war übrigens ein Deutscher, Ewald Jürgen von Reist zu Kammin in Pommern, und man läte daher recht, statt von der Leidener, von der Reistschen Flasche zu reden.

Die Bewilligung der 30 000 M. erfolgt hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Die Versammlung wendet sich hierauf zur Beratung der eingangs erwähnten dringlichen Anträge Goldschmidt und Cassel und einer Anfrage Augustin.

Stadtv. Goldschmidt (R. L.): Am Montag brachte das „Berliner Tageblatt“ die Mitteilung, daß 60 Schwestern im Rudolf Virchow-Krankenhaus, auf das wir stolz sind, nach dem Tode von Schabefleisch erkrankt seien. In einer späteren Notiz wurde die Ziffer noch höher angegeben, aber gleichzeitig mitgeteilt, daß Lebensgefahr für keine der Erkrankten bestehe. Da die Sache sofort von der gesamten Presse aufgenommen worden ist, haben wir die Einbringung unseres Antrages für unsere Pflicht gehalten. Angeleglich hat noch gestern abend der städtische Dezerent von der ganzen Sache nichts gewußt. Da der Verwaltungsdirektor das Ereignis der Presse mitgeteilt hat, sollten doch auch die bezüglichen Meldungen an den Dezerenten erstattet worden sein. Nach dem „R. L.“ sollen über die Verfestigung der Ärzte, Schwestern und das übrige Personal längst Klagen erhoben worden sein. Eine Folge dieser Mängel sei die Unmöglichkeit, einen tüchtigen Schwesternstamm bei der Anstalt zu halten.

Stadtv. Cassel schließt sich diesen Ausführungen an. Nach Zeitungsnachrichten soll der vorgekommene Fall gar nicht der einzige sein, sondern schon zwei oder drei Vorgänger haben. Diese Tatsache wäre, wenn richtig, überaus beklagenswert. Die Bürgerschaft muß beruhigt und wir müssen in den Stand gesetzt werden, zu beurteilen, ob alles geschehen ist, was der Wiederholung solcher Vorkommnisse vorbeugen kann.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Uns hat bei der Wahl der Form der Anfrage dieselbe Reihe von Erwägungen wie die Vorredner geleitet. Wir haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß der Magistrat schleunigst Verabfassung schafft. Wenn die Tatsache nicht bestritten werden kann, muß und gesagt werden, welche Maßregeln getroffen werden sollen, um in Zukunft solchen Erkrankungen des Personals vorzubeugen. In den Zeitungen wird bestätigt, daß 68, schließlich 80 Schwestern an den Folgen einer Fleischvergiftung erkrankt sind; wir hören ferner, daß der Magistrat zunächst durch die Verwaltungsdeputation dafür gesorgt hat, durch Untersuchung der Ueberreste des Fleisches Nachforschungen über den Ursprung der Vergiftungen anstellen zu lassen; diese Untersuchungen seien noch nicht zum Abschluß gelangt. Wenn diese bisherigen Mitteilungen wahr sind, dann halte ich mich für berechtigt, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß wir eigentlich kaum darüber verwundert sind, daß in dieser Form einmal die mangelhafte Verfestigung in unseren Krankenhäusern in die Erscheinung tritt. Wenn die Ernährung in den Krankenhäusern mangelhaft ist, so ist es ganz besonders merkwürdig, daß gerade der zweite Tisch, der für die Schwestern bestimmt ist und weit über dem dritten Tisch für die Pfleger und die Kranken steht, von diesem Schicksal betroffen worden ist. Man darf vielleicht annehmen, daß nunmehr den häufigen Beschwerden des Personals und der Kranken über die mangelhafte Verfestigung mit noch größerer Gewissenhaftigkeit nachgegangen wird als bisher. Wie Ärzte sind längst von dem V. M. stehen dieser Klagen unterrichtet. Allerdings sind Kranke ja bezüglich der Verfestigung außerordentlich schwierig; immerhin haben weite Kreise der Bevölkerung über die mangelhafte und geschmacklose Verfestigung in diesem Krankenhaus oft geklagt. Eine Autorität auf dem Gebiete der Stoffwechselforschungen, Dr. Sternberg, hat in einer Broschüre ausdrücklich schon vor einem halben Jahre darauf hingewiesen, daß er insbesondere im Virchow-Krankenhaus auf eine Kost gestoßen ist, die den modernen Anforderungen an die Küche nicht im entferntesten Rechnung trägt. Das soll zum Teil an der Einrichtung des Krankenhauses, an der Zentralküche usw. liegen. Außerdem soll man sich doch fragen, ob es denn in der heißen Jahreszeit in dem Maße wie bisher raffam ist, Schabefleisch und Wurst zu geben. Bei der Bereitung des Hackfleischs kann die kleinste Unreinlichkeit in der Maschine die verhängnisvollsten Folgen haben. Bei der Vergebung der Fleisch- und Wurstlieferungen wird noch immer nach dem alten Ritus verfahren. Bei der Heimstättenverwaltung fiel es auf, daß die Preise für Fleischwaren viel teurer waren als für die Krankenhäuser, obwohl es sich um dieselben Lieferanten handelte. Diese erklärten, sie könnten die gute Ware für die Heimstätten nicht an die Krankenhäuser liefern, dort wären sie durch die Submissionen, die Unterbietungen usw. gezwungen,

war, kam der uns geläufige Name „Telegraph“ auf. Er stammt aus Amerika und war vom „Albany Evening Journal“ am 6. April 1852 vorgeschlagen worden. Die nicht gerade sehr glücklichen Verdeutschungen „Drahtbericht“, „Drahtung“ sind kaum in den allgemeinen Sprachgebrauch aufgenommen worden und haben bei der Erweiterung der drahtlosen Telegraphie in Zukunft noch weniger Aussicht auf Erfolg. Ueber den Namen des wichtigsten Apparates der Funkentelegraphie entnehmen wir Franz W. Feldhaus die folgenden Mitteilungen. Die elektrische Verstärkungsanlage lernt man im Physikunterricht noch immer als Leidener Flasche kennen. Der Name schreibt sich daher, daß der Apparat einmal von Leiden aus in einem Briefe an den berühmten französischen Physiker Nollet bekannt gemacht wurde. Es ist nicht eben verwunderlich, daß dieser dann von der Leidener Flasche sprach. Aber schon am 9. März 1745 entschuldigt er sich wegen dieser Bezeichnung. Allein auch heute noch ist der von einem höchst nebenläufigen Umstande abgeleitete Name ganz und gäbe, während der Erfinder den meisten Menschen unbekannt ist; es war übrigens ein Deutscher, Ewald Jürgen von Reist zu Kammin in Pommern, und man läte daher recht, statt von der Leidener, von der Reistschen Flasche zu reden.

Humor und Satire.

— Gesichert. Ein Pastor hört im Rupee seinen Nachbar fortwährend laut fluchen und fragt ihn: „Wo fahren Sie denn hin?“ „Nach Hannover“, sagt dieser, und flucht weiter. „Ja, toem Sie so forsahren zu fluchen, sagt der Pastor, so kommen Sie nicht nach Hannover, sondern in die Hölle!“ „Das is mir egal, sagt der Reisende, ich hab' ein Retourbillet!“ — Entrüftet. Münderer (im Bräuhaus die Speisefarte hinterfend): Is a Wunder, daß's Ioa Kalbshagen nimmer gibt, wenn alle Rindviecher im Landtag sizen! — Die Herrin. Serenissima — von der leider viel zu wenig die Rede ist — kam einmal nach Stambul und machte beim Empfang die Bekanntschaft mehrerer Großwürdenträger, unter anderen wurde ihr in Dolma Bagdscha der Ober-Kumuh vorgestellt. Diesen tobredigte sie einer kühnen Ansprache: „Nicht wahr, Sie haben für die Sittlichkeit bei den Palastdamen zu sorgen. Ein sehr schönes Amt, vom ethischen Standpunkte aus. Sie stammen gewiß aus einer vornehmen Familie?“ „Ja Wehrl, Hoheit.“ („Unstige Blätter.“) — Humor des Anlandes. „Was heist Du da in der Zeitung?“ — „Daß ein Schuft einer fremden Regierung geheime Dokumente auslieferte, die er aus einer illustrierten Zeitschrift schnitt.“ (R. L. T. Buenos Aires.) — Reugierige Dame: „Wieviel Milch gibt Eure Kuh den Tag?“ — Wahrheitsliebender Anade: „Etwa acht Quart.“ — Dame: „Und wieviel verkauft Ihr davon?“ — Anade: „Etwa zwölf Quart.“ (Tit Wit.)

minderwertige Ware

zu liefern (Hört! Hört!) Es sollten mehr unermittelte Revisionen bei den Krankenhäusern stattfinden; wie diese jetzt gemacht werden, darüber hört man vom Pflegerpersonal wunderbare Dinge. Am besten wissen um solche unermittelten Revisionen die Schwestern, die um ihre Arbeitspausen gebracht werden, damit bei den „unermittelten“ Revisionen alles in Ordnung ist. Auch die „Oberköche“ sind sehr ahnungslos Engel; das Personal war eines Tages sehr verwundert, als es ein vorzügliches Menü vorgesetzt bekam; unmittelbar darauf erschien der Revisor, und nun wußte man Bescheid. Diese Dinge sollten auch von den zuständigen Instanzen mehr beherzigt werden.

Bürgermeister Dr. Reide: Es freut mich, Gelegenheit zu haben, die vielleicht etwas vorläufigen und übertriebenen Pressebehauptungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Ich habe sofort Bericht eingefordert und auch das Krankenhaus selbst besucht. Gegenwärtig liegt eine Gefahr nicht mehr vor, aber richtig ist, daß gegen 100 Personen an Vergiftungserscheinungen mehr oder minder erkrankt waren; etwa 60 davon waren Schwestern, 35 von diesen haben sich offiziell krank melden müssen; bei einer ganz kleinen Zahl waren die Krankheitserscheinungen auch stärker, indem Fieber bis zu 40 Grad eintrat. Sonntag meldeten sich 30 Schwestern krank; der Verdacht lenkte sich auf die Nahrung, und nachdem alles untersucht war, was noch untersucht werden konnte, blieb der Verdacht auf einem am Freitag Abend gereichten Schabefleisch liegen, welches à la tataré bereitet war. Weinake alle Erkrankten hatten von dem Schabefleisch gegessen; einige, die nicht davon gegessen hatten, erkrankten nicht, auch die nicht, die es sich hatten braten lassen. Bei der ersten oberflächlichen Untersuchung des von den fraglichen drei Tieren noch vorhandenen Fleisches hat man weder nach Geruch noch Aussehen etwas Verdächtigtes finden können. Es ist aber alles Fleisch von diesen drei Tieren vernichtet worden. Die Krankenhausverwaltung hat dann das Fleisch bakteriologisch untersuchen lassen, und zwar an drei verschiedenen Stellen. Was dabei herausgekommen ist, wird Ihnen Geheimrat Strahmann sagen. Allem Anschein nach sind die Erkrankungen einem Bazillus zuguschrieben, der das Fleisch in seinem Zustande äußerlich nicht verändert. Eine Wiederkehr solcher sehr trauriger Ereignisse zu verhindern, scheint danach beinahe unmöglich; aber richtig scheint mir, was die Verwaltung auch angeordnet hat, daß das „Boesfleisch à la tataré“ nicht mehr auf dem Speisezettel steht. (Sehr richtig!) Im Laufe des Sommers sind zweimal Darmkrankheiten allerdings vorgekommen, aber nicht in diesem Maße; es kann allerdings auch damals eine Wurst dabei schädliche Wirkung gehabt haben. In Verbindung mit diesem Fall ist nun von mehreren Zeitungen die Bemängelung auf die Verdünnung überhaupt ausgedehnt worden; und leider scheinen mir die ausgesprochenen Befürchtungen nicht ganz unerschütterlich. Die von mir geprüften Speisen waren gut, auch die für die Schwestern; aber ich wunderte mich, daß Vegetabilien, zumal Salate, nicht verabreicht werden. Die Ärzte wollen den nicht mehr, der ist ihnen zu alt.“ wurde mir gesagt. Die Verwaltung hat mir zugeben müssen, daß in dieser Hinsicht im Krankenhause schon seit einiger Zeit Mängel behauptet und festgestellt worden sind, aber keine völlige Abhilfe erfolgt ist. Die Vorwürfe richten sich fast durchweg gegen dieselbe Personlichkeit, von der einwandfreie Lieferung trotz mehrfachen Vorhaltens nicht zu erreichen gewesen ist. Jetzt wird das hoffentlich anders werden. Was abgestellt werden kann, wird auch abgestellt werden. Dazu werden auch die heutigen Verhandlungen beitragen. (Beifall.)

Stadtrat Straßmann: Die Untersuchungen sind bis zum Augenblick noch nicht abgeschlossen. Es kann aber mit einer an Gewissenhaftigkeit grenzenden Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß eine Vergiftung des Fleisches durch Bakterien erfolgt ist, welche der Para-Typhus- und Coli-Bazillengruppe angehören. In dem un- verarbeiteten Fleische, welches der Untersuchung unterworfen ist, sind diese gefunden worden. Es handelt sich nicht um eine chemische Vergiftung, denn es liegt hier ja ein Zwischenraum von zwei Tagen vor. Die Maschine, welche das Hackfleisch liefert, ist bei dem Unglück nicht beteiligt, denn die Bakterien sind eben in dem Fleisch selbst enthalten. Der Krankheitsverlauf ist gewöhnlich ein Magen- darmkatarrh mit Erscheinungen hämischer Natur und bedeutender Abgeschlagenheit, aber die Erscheinungen gehen verhältnismäßig rasch vorüber. Heute sind nur noch 10 Schwestern bettlägerig und nur noch 17 müssen sich Schonung auferlegen; am Schlusse der Woche werden alle wieder dienstfähig sein. Das Schabefleisch wird in totem Zustande nicht mehr verabfolgt werden, sondern nur noch intensiv gebraten. Daß der Mangel an Schwestern auch auf die mangelhafte Ernährung zurückzuführen ist, trifft nicht zu; Herr Dr. Wehl sollte doch wissen, daß dieser Mangel auf ganz anderen Umständen beruht. Daß zu viel Fleisch gegeben wird, ist ebenfalls bemängelt worden. Ich bin auch für gemischte Kost; aber an Stelle des vorgeschriebenen Fleischquantums Salate usw. treten zu lassen, möchte ich doch nicht befürworten. Bei den Heimstätten ist die Preisdifferenz dadurch zu erklären, daß die Lieferungen weit nach auswärts zu gehen haben. Wenige Tage vor den Ferien habe ich unermittelte Revisionen in den Krankenhäusern vorgenommen, ohne daß die Direktoren Friedrichshain, Urban und Moabit ein Wort vorher davon erfahren hatten; wir haben alles aufs beste gefunden, auch die Kranken haben ihre Zufriedenheit bekundet. Was das Virchow-Krankenhaus betrifft, so hat jede neue Einrichtung eine Anzahl von Kinderkrankheiten durchgemacht. Nur drei Beschwerden von Kassenkranken sind im ganzen an die Deputation gekommen; seit Februar keine einzige mehr, da kann man nicht von häufigen Klagen sprechen.

Stadtv. Rungge (A. L.) teilt mit, daß der Vorstand des Metzgerzweigs allerdings im gegenüber lebhaften Klagen geführt habe, daß Abhilfe auf Beschwerden zwar erfolgt, aber nicht von langer Dauer gewesen sei. Der Speisezettel für den ersten Tisch sei aber sehr mannigfaltig. Auch die Schwestern und die Pfleger seien mit dem zweiten und dritten Tisch zufrieden, die letzteren wünschten lediglich größere Abwechslung beim Mittagstisch. Man habe über ungeschmackhafte Kartoffeln geklagt und bezweifelnd; nach Möglichkeit seien diese Beschwerden abgestellt worden. Unermittelte Revisionen veranstaltete er (Redner) als Hauskurator sehr oft. Leider gebe es keine Geschäftsanweisung für Hauskuratoren. Die Schwestern seien in lebhafter Entrüstung geraten, da die Direktion erklärte, viele von ihnen würden nur durch Suggestion mit krank. Im großen und ganzen seien die Hebestreitungen der Zeitungen sehr bewunderlich.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.): Durch das Vorkommnis ist jedenfalls das Vertrauen in das Krankenhaus keineswegs erschüttert. Fleischergiftungen kommen in der heißen Jahreszeit und auch sonst überall vor, auch in den höchsten Kreisen. Salate sind doch sehr billig; an Kostenpunkt kann es also nicht liegen, wenn sie in der Verpflegung zurücktreten. Die Zeitungen haben die Verwaltung des Krankenhauses ganz grundlos angegriffen.

Stadtv. Gasse: Wir können für die Offenheit der Magistratsvertreter nur dankbar sein; diese Offenheit ist mir lieber, als die Stellungnahme des Redners, denn nur durch die Zeitungen ist die heutige Verhandlung und Klärung möglich geworden. Da unser Antrag seinen Zweck im wesentlichen erreicht hat, ziehen wir ihn im Vertrauen auf die Erfüllung der heute gegebenen Zusagen zurück.

Stadtv. Dr. Zabel (Soz.): Hackfleischvergiftungen sind nicht selten. Wäher ist angenommen worden, daß vor der Zubereitung des Fleisches Keimkulturen zu dem Apparat Zutritt hatten. Nach dieser Richtung sind uns Mitteilungen über angelegte Nachforschungen nicht gemacht worden. Die Hauptsache scheint, daß das System der Fleischverarbeitung, die Lieferung durch Submissionen, befestigt wird. Der verstorbene Verwaltungsdirektor Reide hat einen scharfen Kampf gegen dieses System der Untertreibungen geführt, gegen das Sparen am unrichtigen Orte. In der Deputation für die Anstalten hat der Verwaltungsdirektor von Wühlgarten erklärt, er könne bei der Statistiken kein einwandfreies

Fleisch beschaffen; trotzdem sind diese Fälle noch immer nicht erhöht worden, und so kommt es, daß minderwertiges Fleisch entweder von minderwertigen Tieren, die nicht krank waren, oder von bereits kranken Tieren verwendet wird, obwohl es nicht zur Verpflegung gebraucht werden dürfte. Da fragt es sich wieder, woher der fleisende Fleischer das Fleisch bezieht. Dieser Gottes wird ja jetzt, dank den Bemühungen der Argauer, Fleisch nach Berlin eingeführt, das gar nicht auf unierem Schlachthof untersucht wurde. Wir stehen da in der Tat vor einer großen Gefahr. Sollte nicht dieser flagranter Fall auch benutzt werden, um an die Staatsbehörden und den preussischen Landtag heranzutreten behufs Abänderung der Einfuhrbestimmungen über die Fleischbeschau? Stadtv. Dr. Wehl: Für Herrn Geheimrat Strahmann gilt der Satz: „Quod non est in actis, non est in mundo.“ (Was nicht in den Akten steht, ist nicht in der Welt.) Er kennt amtlich nur drei Beschwerden; die sind zurückgewiesen worden, also gibt es Beschwerden überhaupt nicht. Nach den Mitteilungen der Zeitung, die die Sache ausgerollt hat, soll der Magistratsvertreter bis vorgestern Abend von der ganzen Sache nicht die Spur einer Ahnung gehabt haben. (Hört! Hört!) In seiner Lieblingszeitung, der „Bosischen Zeitung“, war allerdings davon nicht die Rede. Kollege Rungge und der Bürgermeister haben bestätigt, daß Beschwerden vorhanden waren; Herr Strahmann darf sich also nicht auf das hohe Ross setzen. Von den Kranken, die auch die dritte Form erhalten, ist heute noch gar nicht geredet worden, und ihrerwegen ist doch eigentlich das Krankenhaus errichtet worden. Die Kranken haben lebhaftest Beschwerden über die Verpflegung den Ärzten geäußert. Der Bürgermeister selbst vernimmt in dem Speisezettel Salate; es fehlen auch Obst und Gemüse fast ganz. Würde hier Remedy geschaffen, so könnten sehr wohl die Fleischportionen vergrößert werden. Daß die teuren Preise für die Heimstätten auf den Transport zurückzuführen wären, ist unrichtig; in solchem Umfang können die Kosten dafür nicht auf den Preis schlagen. Die Lieferanten fordern und erhalten den höheren Preis, weil es sich in den Heimstätten um eine bessere Qualität handelt. Mit aller Energie wird der Magistrat dafür zu sorgen haben, daß das untergeordnete Küchenpersonal, das nicht Disziplin hält, die Stellung wechselt. Mit dem Verlauf der heutigen Besprechung bin ich sehr zufrieden und habe nur noch den Wunsch, daß für die Schwestern, die Pfleger und die Kranken die nötigen Folgerungen gezogen werden. Auch abgesehen von der Vergütungsfrage ist es beargwöhnlich, wenn es der Verwaltung nicht gelingt, einen tüchtigen Stamm von Schwestern zusammenzubringen, wenn die Befestigung nicht genügt.

Stadtv. Ritter tritt verschiedenen Mißverständnissen seiner Ausführungen entgegen.

Bürgermeister Dr. Reide: Zur Richtigkeit muß ich bemerken, daß Bemängelungen an dem Etat für Befestigung bisher nicht vorgekommen sind. Daß bei einer Lieferung für etwa 200 wie bei den Heimstätten, andere Preise herauskommen müssen, als wenn es sich um die Lieferung für 3000 Köpfe handelt, ist doch nicht zu bestreiten. Außer dem Direktor in Wühlgarten haben wir auch andere Direktoren, aus deren Äußerungen der Magistrat ein gesundes Mittel ziehen muß.

Stadtv. Goldschmidt: Unausgeklärt ist immer noch, daß der Magistrat noch am Mittwoch von nichts genutzt haben soll.

Bürgermeister Dr. Reide: Ich kann dazu erklären, daß, als ich die Notiz am Montag früh im „Tageblatt“ las, ich sofort von der Krankenhausverwaltung Aufklärung verlangte. Diese erwiderte, die Sache würde untersucht. Da bis gestern kein Bericht einging, fuhr ich selbst hinaus und habe mit allen Beteiligten offiziell verhandelt. Es scheint, als ob jemand, der im Hause beschäftigt ist, außerhalb dessen mit einer mit der betreffenden Redaktion in Verbindung stehenden Persönlichkeit über die Sache gesprochen hat, denn ein telephonisches Gespräch des Inhalts ist vom Krankenhause aus nicht geführt worden.

Stadtv. Goldschmidt: In solchen Fällen wäre es doch geboten, daß die Verwaltung auch ohne besondere Aufforderung sofort an den Magistrat berichtet.

Stadtv. Rathau: Wenn die Zeitungen derartiges erfahren, so ist es ihre verblühende Pflicht und Schuldigkeit, unverzüglich auch der Öffentlichkeit davon Mitteilung zu machen. Wir haben alle Veranlassung, der Presse dafür Dank auszusprechen. Damit schließt die Besprechung; die Angelegenheit ist damit erledigt.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 8 Uhr.

Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer.

Hannover, 2. September.

8. Verhandlungstag.

Zur Verhandlung steht die

Veratung der Anträge zur Statutenänderung

betreffend die Unterstützungen. In seinen gestrigen einleitenden Worten hatte Bömelburg ausgeführt, daß Anträge mannigfacher Art vorliegen, nämlich: Ausdehnung der Winterreiseunterstützung auf das ganze Jahr, Erhöhung des Reisegeldes, der Krankenunterstützung und Fortfall der Karenzzeit dabei, Einführung der Familienunterstützung, der Arbeitslosenunterstützung u. a. m. Von familiären Zweigvereinen, die Anträge gestellt haben, habe nur Kaiserlautern zugleich die dadurch bedingte Erhöhung der Beiträge angeregt. Die Anträge seien bis auf wenige undiskutierbar, weil ihre finanzielle Durchführung nicht möglich sei. Man solle nur einmal bedenken, daß, wenn auch nur die Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde, im Winter zwei Drittel der gesamten Verbandsmitglieder zu unterstützen sein würden. Man solle vor allem bedenken, daß, wenn man alle diese Unterstützungen einführe, der Verband Gefahr laufe, seinen Charakter als Kampforganisation zu verlieren. Die Aufgabe der nächsten Jahre könne nur darin bestehen, daß der Verband sich einrichte auf das, was kommen müsse und kommen werde auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse und Entwicklung. Er richte deshalb an den Verbandstag das Ersuchen, über einige absolut undiskutierbare Anträge kurzerhand hinwegzugehen und die übrigen ebenfalls abzulehnen.

In der Diskussion über die Anträge soll aus jedem der 22 Gauen je ein Redner das Wort erhalten zu deren Begründung, da die Anträge sich ja vielfach bed. resp. zur generellen Begründung der Erweiterung der Unterstützungsleistungen überhaupt.

Hast alle Redner äußern sich im Sinne Bömelburgs. Unter den wenigen Rednern, die anderer Meinung sind, wendet sich besonders Thöne-Kassel für den Gau Frankfurt gegen Bömelburgs Ausführungen, die leicht dazu beitragen könnten, die Kollegen zu entmutigen, weil daraus die Auffassung geschöpft werden könne, daß an eine Erweiterung der Unterstützungsleistungen überhaupt nicht zu denken sei. Bömelburg hätte sich etwas mögliches sollen. Die Anträge seien nicht etwa einer Postheimpolitik gegen den Vorstand entsprungen, sondern entsprächen dem Juge der Zeit und der schwereren wirtschaftlichen Krisis. Der Kampfcharakter der Organisation werde durch solche Unterstützungen nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt. Die Frage sei nur, ob die Einführung zurzeit möglich sei. Und da siehe auch er auf dem Standpunkt, daß das nicht möglich sei angesichts der Verhältnisse und des drohenden Kampfes mit dem Unternehmertum, für den alle Kräfte und Mittel des Verbandes freigehalten werden müßten.

Bömelburg bemerkt in seinem Schlusswort demgegenüber, daß er sich keineswegs als grundsätzlicher Gegner der Unterstützungsleistungen bekannt habe, im Gegenteil, er habe betont, daß die bestehenden Unterstützungsleistungen von großer Bedeutung seien und daß eine Gewerkschaft heute nicht ohne solche auskomme. Nur dagegen habe er sich gewandt, daß durch diese Unterstützungen der Verband so sehr belastet werde, daß ihm nicht

mehr genügend Mittel blieben zur Erfüllung seiner übrigen, seiner Hauptaufgaben. Dazu werde er nie seine Hand bieten. Das gegenüber den Anträgen zum Ausdruck zu bringen und auf diese hinanzuziehen; Tragweite der Anträge hinzuweisen, sei seine Pflicht gewesen. Im weiteren wendet sich dann Bömelburg nochmals gegen die einzelnen Anträge, sie als finanziell oder praktisch undurchführbar beämpfend. Lediglich die Familienunterstützung bei Streiks könne in Erwägung gezogen werden. Auch erklärt er sich für eine statistische Feststellung der Zahl der Arbeitslosen, er sucht aber, diese nicht in irgendeine Verbindung mit Unterstützungsfragen zu bringen.

In der Abstimmung wird die Arbeitslosenunterstützung gegen 2 Stimmen abgelehnt, dagegen beschloffen, daß der Vorstand Erhebungen über den Umfang der Zahl der Arbeitslosen veranlassen. Abgelehnt wurden auch alle Anträge zur Krankenunterstützung, Sterbeunterstützung und Reiseunterstützung. In bezug auf die Familienunterstützung bei Streiks wird der Vorstand beauftragt, für den nächsten Verbandstag eine Vorlage auszuarbeiten. Beschlossen wird, daß den arbeitslosen Kollegen durch die Zweigvereine von einem bestimmten Zeitpunkt ab die Beiträge erlassen werden. Die weiteren hierher gehörigen Anträge werden abgelehnt bezw. einzelne dem Vorstande als Material überwiesen.

Aus Industrie und Handel.

Die böhmische Textilindustrie.

Der weitest größte Industriezweig in Böhmen ist die hoch entwickelte Textilindustrie, die bei im Jahre 1902: 8276 Betriebe (darunter 1078 ausgeprobenere Großbetriebe) mit zusammen 178 880 tätigen Personen gezählt wurden. Unter den Textilbetrieben waren nicht weniger als 1269 Motorenbetriebe, die 140 828 Personen beschäftigten und deren motorische Leistungsfähigkeit sich mit 146 135 HP bezifferte, d. h. mehr als ein Viertel von ganz Böhmen. Die Textilindustrie ist auch heute noch der stärkste Hausindustriezweig, indem 1902 bei derselben 87 099 hausindustrielle Betriebe und 128 877 Heimarbeiter, mehr als die Hälfte sämtlicher Heimarbeiter in Böhmen, ermittelt wurde. Biewohl in sämtlichen Handelskammerbezirken mehr oder weniger große Betriebe der Textilindustrie vorkommen, ist doch der weitest größte Teil derselben im Reichsberger Kammerbezirk, namentlich in den nördlichsten Bezirken, Karl konzentriert, wie aus der nachstehenden Uebersicht hervorgeht:

Handelskammer	Textilbetriebe überhaupt	in den Hauptbetrieben tätige Personen	Heimarbeiter	Sterbekarten
Reichenberg	4026	134 088	69 044	114 491
Eger	1098	18 505	23 558	18 274
Prag	1718	17 084	21 171	18 501
Pilsen	488	8 840	6 298	2 841
Pilsen	353	8 610	8 808	2 029

Diese Zahlen sind überdies nur minimal und ziemlich veraltet, da seit 1902 die böhmische Textilindustrie einen früher ungeahnten Aufschwung auszuweisen hat, der im Jahre 1907 vorläufig seinen Höhepunkt erreicht hat.

Die Fabrikzählung vom Jahre 1906 ergab schon 1211 Textilfabriken mit 170 168 Fabrikarbeitern (in den obigen Zahlen ist auch das kommerzielle Personal, technische Aufsichtspersonal, die Betriebsinhaber usw. miteinbezogen). Nach der Unfallversicherungsstatistik waren im Jahre 1906 durchschnittlich 1568 Textilbetriebe mit 177 850 Personen beschäftigt (darunter 424 Betriebsbeamte, 80 760 Arbeiter, 89 448 Arbeiterinnen, 1775 jugendliche männliche und 1023 jugendliche weibliche Hilfsarbeiter); die angerechnete Lohnsumme betrug 108 544 502 Kr.

Die Ausfuhr der Kleinfabrikindustrie weist im laufenden Jahre eine starke Abnahme auf. Vor allem werden Haus- und Küchengeräte in sehr viel geringeren Mengen exportiert als 1907. In den ersten sieben Monaten wurden nur 142 128 Doppelzentner Haus- und Küchengeräte, Küchengehirer usw. ausgeführt gegen 170 190 Doppelzentner in der entsprechenden Zeit 1907. Dem Werte nach beläuft sich der Rückgang auf annähernd 3 Millionen Mark. Großbritannien bezog gleich viel wie 1907, aber die Niederlande, die Vereinigten Staaten und Südamerika schränkten ihre Bezüge stark ein. Auch Oesterreich, Wärsen, Badenwonen usw. aus Wieg wurden erheblich weniger angefordert als im Vorjahre. Die Ausfuhr ging von 60 179 Doppelzentner auf 51 077 zurück, was einer Wertverminderung um circa 1 Million Mark gleichkommt. Hier ist es Großbritannien, das sich weniger aufnahmefähig zeigte. Drahtgefächte, Drahtgewebe wurden ebenfalls weniger exportiert, und zwar ging die Ausfuhr nach Australien besonders zurück. Salzfässer und Schlüssel weisen eine Abnahme der Ausfuhr um 13 Proz. auf; die Ausfuhr nach Britisch-Indien ging von 6152 Doppelzentnern auf 3318 zurück. Auch bei feinen Messern und feinen Scheren hat eine Abnahme stattgefunden; es wurden in diesem Jahre nur für 13,114 Millionen Mark exportiert gegen 14,457 Millionen im Jahre 1907. Abgenommen hat ferner die Ausfuhr von Weisfisch, Federhaltern, Fingerhaken usw.; sie betrug 1907 18 202 Doppelzentner, im laufenden Jahre aber nur 15 711 Doppelzentner. Eisenbahnklingenschrauben wurden nur in einer Menge von 51 713 Doppelzentnern exportiert gegen 60 572 Doppelzentner im Vorjahre. Kennenswert zugenommen hat nur der Export von Drahtstiften, deren Ausfuhr von 372 859 Doppelzentnern in den ersten sieben Monaten 1907 auf 444 779 im laufenden Jahre stieg. Dem Werte nach beträgt diese Zunahme circa 1,3 Millionen Mark.

Krise im Schiffbau.

Auf der Flensburger Schiffswerft macht sich die wirtschaftliche Depression immer mehr bemerkbar. Die Werftschmiede müssen seit einiger Zeit kolonnenweise abwechselnd zwei Tage aussetzen. Auf ihre Vorstellung bei der Werkdirektion, wie lange die Werkzeuge dauern würde, erhielten sie zur Antwort, daß diesen Feierlichkeiten nach die Entlassung von etwa 80 Mann folgen würde. Im Maschinenbau ist man direkt zu Arbeiterentlassungen gekommen. Auf den Einwand der Arbeiter, doch abwechselnd Feierlichkeiten einzulegen oder die Arbeitszeit zu verkürzen, wurde ihnen vom Werkmeister erwidert: „Das können wir nicht, die Anweisung kommt von oben. Sie sind nicht die einzigen, die entlassen werden; sobald die anderen ihren Klford fertig haben, folgen sie nach.“ Bei alledem soll die Werk Aufträge für reichlich ein Jahr haben.

Soziales.

Die Postengasse in Duisburg

hat den dortigen Arbeitern und Kleinbürgern endlich darüber die Augen geöffnet, daß die dortigen kommunalen Verhältnisse dringend der Abänderung bedürfen. Politisch vollständig indifferente Personen haben in der letzten Woche eine Versammlung einberufen, in der in einer Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium wenigstens um Abhilfe der dringendsten Mißstände ersucht wurde. Die Antwort war — wie das bei einer Kommunalvertretung von der Zusammenlegung der Duisburger nicht anders zu erwarten war — vollkommen ungenügend. Alle Vorschlagsmahregeln seien getroffen, um einer Weiterverbreitung der Posten zu feuern, die Klagen der Bürger seien übertrieben und wurden dieselben auf später vertröstet. Leider spottete jedoch die Seuche den behördlichen Maßnahmen, sie suchte sich auch in der letzten Woche neue Opfer, sprang über in andere Stadtteile und droht immer mehr zu einer Massenfeuche aufzuwachen. Das veranlaßte einige Herren aus dem bürgerlichen Lager, eine neue Bürgerversammlung in dem hauptsächlich betroffenen Stadteil einzuberufen, um Stellung gegen das Verhalten der Stadtverwaltung und der Stadtverordneten zu nehmen. Damit war es aber auch mit dem bürgerlichen Heldennut zu Ende. Wären unsere Genossen nicht auf

dem Plan erschienen und hätten sie nicht die kommunale Verteilung in Duisburg geduldet und den Pranger gestellt, die Versammlung wäre ausgegangen ohne jedes Resultat. So aber einigte sich die aus Angehörigen der verschiedensten Parteien zusammengeführte Versammlung auf nachstehende von unseren Genossen eingebrachte Resolution, die einstimmig angenommen wurde und der Stadtverwaltung sowohl als den einzelnen Stadtverordneten zugestimmt werden soll. Sie geht in erschöpfender Weise der Duisburger Wohnverhältnisse zu Leibe und lautet:

Die zahlreichen Erkrankungsfälle an den schwarzen Poden, von denen die Einwohnerzahl Duisburgs gegenwärtig bedroht wird, und die zahlreichen Erkrankungen an sonstigen Infektionskrankheiten, die alljährlich im Duisburger Stadtgebiete registriert werden müssen, bezeugen: daß die sanitären Verhältnisse unserer Stadt mangelhaft sind und dringend einer grundlegenden Verbesserung bedürfen!

Den Aufgaben, welche die zahlreiche Bevölkerungszunahme der letzten Jahrzehnte der Kommunalverwaltung stellt, hat diese sich nicht gewachsen gezeigt. Der rapiden Vermehrung der Einwohnerzahl, die insbesondere auch durch Zuwanderung von Industriearbeitern entstand, entspricht nicht die Vermehrung der bewohnbaren Räume. Ein Mangel an preiswerten Arbeiterwohnungen machte sich von Jahr zu Jahr mehr fühlbar, führte zu einer Ueberfüllung der vorhandenen Wohnräume, die an sich schon eine städtische und soziale Gefahr bedeutet. Die Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Herabminderung der Wohnungsnot sind nur kleinlicher Natur und daher bedeutungslos und einflußlos geblieben. Die hygienischen Gefahren, welche durch das enge Zusammenwohnen größerer Volksmassen in ungenügenden Wohnräumen bedingt werden, wurden in Duisburg verstärkt durch den Mangel einer geeigneten Kanalisation und durch ungenügende Fäkalienabfuhr. So entstand in den von Arbeitern bewohnten Stadtteilen Duisburgs ein geradezu idealer Verbreitungsboden aller möglichen ansteckenden Krankheiten.

Weit entfernt davon, die Gefahr zu erkennen, hat die Stadtverwaltung nichts getan, um den unheilbaren Zuständen abzuhelfen. Allein die Tatsache, daß bei Ausbruch der gegenwärtigen Podenepidemie die Isolierbaracken größeren Reparaturen unterworfen werden mußten, beweist, daß die Stadtverwaltung ihre Pflichten auf sanitärem Gebiet nur mangelhaft erfüllt hat.

Angesichts dieser Tatsachen protestiert die heutige zweite Versammlung der Bewohner des Reudorfer Stadtteils auf das entschiedenste gegen die Behandlung, welche ihrer Eingabe vom 24. August d. J. durch das Stadtverordnetenkollegium zuteil wurde. Die Versammlung hält die von Herrn Beigeordneten Dr. Raiweg abgegebene Erklärung für durchaus ungenügend und wird durch das Ueberbringen der Podenentzündungen nach den Stadtteilen Hochfeld und Wanheim in ihrer Ansicht bekräftigt, daß die bisher getroffenen Maßnahmen im Kampf gegen die Seuche allein nicht genügen.

Die Versammelten fordern daher nach wie vor, zunächst:

1. Gründliche Desinfektion und Beseitigung der bestehenden Abwasserlämpfe.
2. Gründliche Reinigung und Desinfektion sämtlicher Senkgruben, Entleerung derselben durch die Stadt auf Kosten der Hausbesitzer, welche im Umlageverfahren nach dem Nutzungswert ihrer Häuser heranzuziehen sind.
3. Beschleunigte Inangriffnahme der Schwemmkanalisation.

Die Versammelten sind der Ansicht, daß auch bezüglich des letzten Punktes sofort die nötigen Vorarbeiten in Angriff genommen werden müssen, selbst auf die Gefahr hin, daß der Haushaltetat der Stadt durch solche Arbeiten überschritten wird. Die sofortige Inangriffnahme der Arbeiten würde während der gegenwärtigen rückläufigen Geschäftskonjunktur nicht nur von sanitärer, sondern auch von hoher sozialer Bedeutung sein, da dadurch zahlreichen Arbeitlosen Erwerbsmöglichkeit geboten würde. In Anbetracht der ungünstigen Finanzlage der Stadt erwartet die Versammlung, daß diese Arbeiten in städtischer Regie ausgeführt werden.

Da die Versammelten ferner der Ueberzeugung sind, daß die

ungünstigen Duisburger Wohnverhältnisse zahlreiche hygienische Gefahren in sich bergen, erwartet die Versammlung, daß die Stadtverwaltung der kommunalen Wohnungspolitik erhöhte Beachtung schenkt. Die Milderung der Wohnungsnot, unter der die ärmern Kreise der Bevölkerung zu leiden haben, gehört zu den vornehmsten Aufgaben einer gesunden sozialen Kommunalpolitik und es fordert deshalb die Versammlung ferner:

1. Eine in regelmäßigen Zwischenräumen aufzunehmende Wohnungsstatistik, die nicht nur schematisch die Zahl der leerstehenden und bewohnten Räume und die Kopfzahl der auf die letzteren entfallenden Bewohner festzustellen, sondern vor allem auch ihr Augenmerk auf den gesundheitlichen Zustand der Wohnungen zu richten hat.
2. Ein Wohnungssamt zur Bearbeitung, des statistischen Materials und zur Beobachtung des Wohnungsmarktes, dem im Anschluß hieran eine Wohnungsvermittlung nach Stuttgarter Vorbild zu übertragen wäre.
3. Eine Wohnungsinpektion durch eigens vorgebildete Beamte (Bautechniker, Hygieniker usw.).
4. Maßnahmen gegen den Häuser- und Bodenwucher, durch geeignete Steuerpolitik, zweckentsprechende Bebauungspläne und Verkehrsvereinfachungen.
5. Die Kosten der geforderten Maßnahmen sind aufzubringen durch eine Steuerpolitik, die einer Abwälzung der Kosten auf die schwächeren Schichten möglichst vorbeugt.

Da die Versammelten ferner der Ueberzeugung sind, daß ihren Forderungen nur dann Rechnung getragen wird, wenn auch die minderbemittelten Kreise der Bürgerschaft im Stadtverordnetenkollegium eine Vertretung finden können, fordert die Versammlung weiterhin:

Ausdehnung des kommunalen Wahlrechts auf alle diejenigen Personen, welche zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. herangezogen werden, nach Maßgabe der rheinischen Städteordnung vom 15. Mai 1850.

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß nur auf dem geforderten Wege die Stadt Duisburg zu gesunden kommunalpolitischen Zuständen gelangt, die ähnliche Massenverkrankungen in Zukunft zu einer selteneren Erscheinung machen werden.

Zu erwarten steht ferner, daß das Duisburger Stadtverordnetenkollegium diesen Wünschen der Bürgerschaft in seiner Weise Rechnung tragen wird. Die Versammlung rechnet damit und beauftragt einen unserer Genossen, für diesen Fall die Bürger der Gesamtstadt zu Protestversammlungen aufzufordern, damit die Stadtverwaltung endlich einsehe, daß es der ernstliche Wille der Bürger ist, daß auch in Duisburg zufriedenstellende kommunalpolitische Maßnahmen getroffen werden.

Aus der frauenbewegung.

An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse!

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse nimmt wie in jedem Jahre am Beginn des September seine regelmäßige Tätigkeit wieder auf.

Die Neuorganisation der Frauenorganisation des Vereinsgesetzes wird in wenigen Tagen von der Münchener Frauenkonferenz und dem Parteitag festgestellt werden. Sie umfaßt auch die Frage der Weibehaltung resp. Auflösung der Frauen-Bildungsvereine. Wir dürfen hoffen, daß diese Frage im Sinne der vom Parteivorstand und den Genossinnen gemeinsam vereinbarten Vorschläge entschieden werden wird, die die Beschlußfassung über das Fortbestehen der Vereine den einzelnen Orten überlassen wollen, und wir glauben, daß in diesem Falle die Berliner Genossinnen und Genossinnen sich warm für die Erhaltung ihres Bildungsvereins einsetzen werden.

Der Vorstand wird jedenfalls bemüht sein, bis zu einer definitiven Entscheidung die Vereinsarbeit möglichst reich und fruchtbar zu gestalten.

Dagegen ist es die Aufgabe der Mitglieder, wie aller Genossen und Genossinnen, die im Laufe der Jahre die Tätigkeit des Vereins schätzen lernten und sich für seine Weiterentwicklung interessieren, in jeder Weise für ihn zu agitieren, sich an seinen Veranstaltungen so lebhaft wie bisher zu beteiligen und für neue Mitglieder und Gäste zu werben.

Am Sonntag, den 6. September, veranstaltet der Verein mit der Jugendabteilung einen Ausflug nach Grünau. Abfahrt zwischen 9¹/₂—10 Uhr von den Stadtbahnhöfen und Götlicher Bahnhof. Treffpunkt in Grünau Restaurant Jägerhaus bis 1¹/₂ Uhr. Dann überlegen nach dem Lokal Schmetterlingshorst, hier Treffpunkt für Nachzügler; auch von Köpenick zu erreichen.

Montag, den 7. September, 8¹/₂ Uhr, im Deutschen Hof, Ludauer Straße 15, Vortrag des Herrn Dr. Kern: „Das Leben und die Kunst Giovanni Segantinis. Mit Lichtbildern. Gäste sehr willkommen.“ Der Vorstand.

Die Frauen Nixdorfs waren am Mittwoch in großer Zahl der Einladung zu einer öffentlichen Versammlung gefolgt, die den Thielischen Saal in der Bergstraße bis auf den letzten Platz füllte. Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden, größtenteils Frauen und Mädchen, dem Vortrage der Genossin Frauenwald. Das Thema lautete: „Pflichten und Rechte der Frau im Staatsleben“. In überzeugender Weise schilderte die Referentin die drückenden Verhältnisse, unter denen die Proletarierinnen in der heutigen Gesellschaft zu leiden haben. Sie zeigte, daß dem weiblichen Geschlecht Pflichten in großer Zahl auferlegt werden, daß ihm aber Rechte nicht eingeräumt werden. Die Rechte, welche den Frauen im Staatsleben zukommen, müssen erst erkämpft werden, und dieser Kampf wird nur geführt durch die Sozialdemokratie. Deshalb haben sich alle Frauen und Mädchen, die nach Recht und Gerechtigkeit streben, den Organisationen der Sozialdemokratie anzuschließen. Der lebhafteste Beifall, mit dem der Vortrag aufgenommen wurde, bewies, daß die Ausführungen der Referentin ihre Wirkung nicht verfehlt hatten und der agitatorische Erfolg hoffentlich nicht ausbleiben wird.

Genossin Mohr erstattete den Bericht als Vertrauensperson. Aus demselben geht hervor, daß die Versammlungen, welche für die Frauen veranstaltet wurden, durchweg gut besucht waren, und daß sich die Frauen an der Landtagswahltagung und an den Wahlarbeiten in reger Weise beteiligt haben. Die „Gleichheit“ hat in Nixdorf 280 Abonnentinnen, gegen 215 in der vorigen Wahlperiode. Die Kasse zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 274,76 M.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist toeben das 49. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Budgetpolitik. Von Karl Kautsk. Die und das Zentrum. Von Jean Reuel. Die Arbeiterbewegung. Von Hermann Wolf (Deutsches Dresden). Literarische Rundschau: Justizrat Wagner und Generaldirektor Wobber. Polenplegel. Die Antriebe der Polen nach ihrer eigenen Presse. Zeitschriftenchau. Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Korrespondenten zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probestimmern stehen jederzeit zur Verfügung.

Antlicher Marktbericht der südlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft reger, Preise für Kalb- und Schweinefleisch anziehend. Wild: Zufuhr gering, Geschäft lebhaft, Preise hoch. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise betriebliegend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise für Hechte weiter anziehend, sonst wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr gehend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Wetterprognose für Freitag, den 4. September 1908.
Zunächst ziemlich heiter, etwas wärmer bei mäßigen südlichen Winden, später wieder zunehmende Bewölkung und leichter Regen.

Unserem Bezirksführer Genoss **Wilhelm Baumgarten** nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Genossen des 308. Wahlbezirks. 3095

Unserem Bezirksführer **Rudolf Saß** zu seinem heutigen Geburtstag ein dreifaches Hoch! 14025 Mehrere Genossen des 411. Bezirks.

Am 2. d. Mts., nachmittags 5¹/₂ Uhr, erkrankte laut nach kurzem, aber schwerem Leiden meine innig geliebte Frau **Ida Nagler geb. Markus.**

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. d. Mts., mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Hons- Friedhofes, Nordend, Nieder-Schönhausen, aus statt.
Berlin, den 3. September 1908.
Gustav Nagler,
14025 Schönhauser Allee 33.

Dauaufgabung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Begräbnis meines geliebten Vaters, unseres guten und treuherzigen Vaters, des Buchdruckers **Max Hamilton** sagen herzlichsten Dank dem Personal der Firma D. E. Hermann sowie allen Verwandten und Bekannten. 14016 **Johanna Hamilton** nebst Kindern.

Dauaufgabung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben, unvergesslichen Frau (sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere meinem Opa sowie den Kollegen der Firma Blumenthal meinen innigsten Dank. 41629 **F. Verwald** und Kinder.

Dauaufgabung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters sagen wir hierdurch dem Verband der Leplerer, den Genossen des 701. Bezirks des 6. Wahlkreises sowie allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 14068 **Berta Wilde** nebst Söhnen.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin, Bezirk III.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen Nagler **Jda Nagler,** geb. Markus verstorben ist.

Emilie Wardin am 1. September verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ruffen-Friedhofes in Konigs aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter **Emilie Wardin** am 1. September verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ruffen-Friedhofes in Konigs aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Von der Reise zurück. **Dr. Max Blumenthal** Landsberger Allee 157/58.

Reste!
Damenstiche, schwarz und farbig. Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Wollgarn, Seidenplüsch, Velours du Nord, Sammet, Seide, Velvet etc. 41471.

Confektion
Paletots, Jacketts, Costumes und Costumesröcke in großer Auswahl. **C. Pelz,** Koitbuscr Straße 5.

Hühner, Enten, Tauben, etc. Gänse empfiehlt reich und billig **Wagner,** Berlin SO., Marlanenstr. 54.

Sämtliche Gänse-Artikel zum billigsten Tagespreise
Gänsefleisch ohne Knochen a Pfd. 40 Pf.
Gänselebern, Gänsefette und Gänselein,
Gänsekanten, frisch u. gepökelt, Gänsefleisch, Reusenstücke usw. empfiehlt täglich frisch 154/9*

Hermann Leibner, 95, Klosterstraße 95, Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11.
Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Dr. Simmel Dr. mod. Karl Reinhardt's Spezial-Arztl. Institut für Haut- u. Harnleiden. **Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Bestes Teilzahl-Geschäft für Brennabor-Räder!
Sein Laden: Günstigste Bedingungen. **Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.**

Niederlage von Medizinal-Kraft-Blutweinen
empfehlen zu Original-Preisen **August Gadegast, Kolonialwaren u. Weine, Adlershof b. Berlin, 154/6 Sedan-Straße No. 24.**

... du hast gar ein wint, nu drei mich!
(Walter u. d. Vogelweibe.)
Die gelehrten Erfinder (Schlon, Zepelin, selbst Curie) dienen dem Kapital, nur hört den Welt-u. Seelenheiliger Ernst Mach, mit dessen einseit. Weiterfassung wir einst die Welt ergreifen! Zu seinem allg. Verständnis lohnt sich, hier u. in jeder Sprache die ill. Monatschrift „Wissenschaft fürs Leben“. Abgeschlossen in 10 Bänden, Bildern u. Humor als Anknüpfungspunkt. **Berlin SO., Felix Schauer, Ulmanstr. 1.**

Jenensia-Räder! Mod. I.
10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder! 2428L* **Phänomen-Räder!**
Groskurth's Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Den geehrten Parteigenossen erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage die **Möbelfabrik nebst Lager Tischler- und Tapezierwerkstatt** der altbekannten Firma **H. Walter, Brunnenstraße 35** käuflich erworben habe, und bitte höflichst durch regen Zuspruch mein junges Unternehmen zu unterstützen. Ich werde bemüht bleiben, das Renommee der alten Firma durch Reellität zu wahren und empfehle mich Hochachtungsvoll **Willy Maas, früher Brunnenstraße 96, jetzt in Firma H. Walter, Möbelfabrik, Brunnenstr. 35.**

Eine infame Handlungsweise!

Meine Anstalt ist nachweislich die leistungsfähigste ihrer Art in Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Trotzdem erschien vor einiger Zeit in der Presse ein Aufruf, welcher sich gegen mein Unternehmen richtete, die Qualität meiner Bilder verdächtigte und in welchem aufgefordert wurde, Leute auffindig zu machen, die etwa mit meinen Leistungen unzufrieden seien. Unterzeichnet war der Aufruf vom Vorstande eines Photographenverbandes.

Vor Gericht

gab zur allgemeinen Verblüffung der Herr Vorstand die Erklärung ab, daß ein derartiger „Aufruf“ von ihm nie erlassen worden sei, sondern nur eine Notiz in einer Fachschrift unter „Eingefandt“ ohne Nennung meiner Firma und demnach eine Fälschung vorliegen muß. Es liegt also

eine raffinierte Fälschung

seitens eines unbekanntem Konkurrenten vor, in der Absicht, mich geschäftlich zu schädigen. Mit solchen infamen Mitteln führen unbekannte Gegner den Kampf gegen mich, weil sie mir mit Mitteln, die das Tageslicht vertragen, nicht gegenüberzutreten wagen, weil sie mir im offenen ehrlichen Kampf nicht gewachsen sind, weil sie wissen, daß ich ihnen auf jede andere Weise überlegen bin.

Ich stelle den Fälscher hiermit an den Pranger

der Öffentlichkeit, ich liefere ihn der verdienten Verachtung des rechtschaffenen denkenden Publikums aus und zum Beweise, daß ich keine Konkurrenz fürchte, erkläre ich hiermit, daß ich an die

hiesige Armenkasse 3000 M. auszahle

wenn sich in Deutschland oder Oesterreich-Ungarn jemand finden sollte, der für gelieferte große Bilder ebensobiele freiwillig eingegangene Dank- und Anerkennungsbriefe vorzulegen vermag als ich. Es steht jedem Konkurrenten oder was sich so nennen will, frei, sich fünf beliebige aufeinanderfolgende Tage des letzten Jahres auszusuchen und mir Abschriften der an diesen fünf Tagen eingegangenen Anerkennungen einzusenden, damit ich dieselben nachprüfen kann und nicht etwa eine zweite Fälschung gegen mich ausgespielt wird. Ich unterwerfe mich denselben Bedingungen und habe die 3000 M. bereits deponiert und zwar bei der

Deutschen Bank

Und weiter erkläre ich meinen Gegnern, daß ich gar nicht daran denke, mich nach meiner Konkurrenz zu richten, sondern daß ich nach der gemeinen Tat, die man gegen mich begangen hat, um mich geschäftlich zu schädigen, den

Kampf bis zur Vernichtung

der unlauteren Konkurrenz führen werde, selbst wenn es mich viele Tausende kosten sollte! Ich habe gerechte Sache, ich kämpfe für dieselbe mit scharfen, aber nur anständigen Waffen und ich liefere jetzt zunächst 6 Wochen lang und wenn ich will noch länger

ein großes Bild umsonst

nach jeder mir eingesandten Photographie. Das Bild wird 33/48 Zentimeter groß angefertigt, also fast in Lebensgröße! Um jeden Irrtum und jede unlautere Verdächtigung auszuschließen, erkläre ich ausdrücklich, daß ich keine sogenannten Vergrößerungen liefere, wie solche von Photographen und Amateuren ins Publikum gebracht werden, sondern meine Bilder werden kartonfrei mittels besonderer elektrischer Spezialapparate ohne Positivretouche genau nach dem Original hergestellt. („Solar-Prints“)

Kein Geld, kein Brief

braucht mitgesandt werden, Photographie und genaue Adresse genügt. Wer gern von sich, seinen Angehörigen oder einem teuren Verstorbenen ein großes Bild haben möchte oder wer auch nur neugierig ist, ob dieses Angebot wirklich ernst gemeint sei, der sende eine beliebige Photographie ein und erhält das vergrößerte

Bild ganz kosten- und spesenfrei

und ohne jeden Vorbehalt, möge er heißen, wie er wolle, ins Haus geliefert! Will jemand nicht von mir verlangen, daß ich auch das Porto für die Uebersendung des vergrößerten Bildes oder die Rücksendung der Photographie aus eigener Tasche zahle, so habe ich nichts dagegen, wenn man 50 Pf. in Marken beilegt, ich erkläre aber ausdrücklich, daß die Lieferung ebenso prompt und ebenfalls portofrei erfolgt, wenn keine Portovergütung beigefügt ist. Das einzige, was ich erwarte, ist, daß die Empfänger von Bildern meine Firma bei passender Gelegenheit ihren Freunden und Bekannten empfehlen und ihnen aufrichtig sagen, wie sie damit zufrieden sind. Aber keineswegs verlange ich, daß sie jemand gegen seine Ueberzeugung lobt; ich bin ein ehrlicher Geschäftsmann und es sei ferne von mir, jemandem etwas zuzumuten, was er nicht mit gutem Gewissen tun zu können glaubt. Ausgeschlossen von diesem Angebot sind die Inhaber von Konkurrenzgeschäften, sowie deren Angehörige, Angestellte und Beauftragte. Ich würde gegen sie unnachsichtlich wegen Betruges vorgehen.

Mitteldeutsche Elektro-Photographische Kunstanstalt

Robert Mertner, Dresden-A. 3. Nr. 29

Zweiggeschäfte: Berlin. Wien.

Die außerordentl. Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend

findet am Sonntag, den 6. September, 12 Uhr mittags, in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29, statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Fortsetzung der Diskussion über das Referat des Genossen Mollenhuth und die hierzu gestellten Anträge.
2. Erledigung der gegen den Beschluß der Generalversammlung vom 23. August eingegangenen Proteste bezüglich des Beitrages für weibliche Mitglieder.
3. Erledigung der in der letzten Generalversammlung zurückgestellten Anträge.
4. Verbands- und Parteiangelegenheiten.

Die Delegiertenkarten sind allen Berechtigten zugegangen. Ohne solche kein Zutritt zum Saale. Ohne Gastkarten kein Zutritt zur Galerie. Das Verbandsbureau.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 6. September, in den Gesamträumen der Berliner Sod-Bräuerei Volksfest. Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent: Max Fischer), Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ (Chormeister: Gottho Frank), Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes, Kinderspiele, Vorführung lebender Photographien, Großer Ball, Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. Näheres siehe Inserat in der Sonntagsnummer. Da das Komitee weder Kosten noch Mühe scheut hat, den Genossen nebst ihren Angehörigen ein gutes Programm zu bieten, hoffen wir auf einen guten Besuch. Das Komitee.

Wilmersdorf-Palast. Heute abend 8 Uhr findet von sämtlichen Bezirkskollegen eine Tanzabendveranstaltung statt. Die Teilnahme aller Genossen ist erforderlich. Der Vorstand.

Stralau. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins in der „Perle“, Alt-Stralau 21. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten hatten gestern ihre erste Sitzung nach den Sommerferien. Vorgelegt wurde ihnen eine lange Tagesordnung, doch erledigten sie fast das meiste ohne Debatte.

Zu einer Erörterung von Belang kam es erst bei der Zeppelein-Spende, für die der Magistrat einen Beitrag von 30000 M. beantragte. Nur die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich dagegen, daß aus Mitteln der Kommune ein Beitrag für diesen Zweck geleistet werde. Warum sie bei aller Anerkennung der Verdienste Zeppeleins hiergegen Einspruch erheben muß, das wurde von unserem Genossen Vorgmann dargelegt. Die Redner aller übrigen Fraktionen stimmten dem Magistratsantrage begeistert zu, am begeistertsten Herr Rosenow, der mit Prophezeiung voraussieht, daß Graf Zeppelein „uns die Vorherrschaft in der Luft sichern“ wird.

Sehr eingehend wurde über die Fleischbergiftungen im Birkow-Krankenhaus debattiert. Die Angelegenheit war infolge dreier Anträge, die von der sozialdemokratischen Fraktion und von zwei der freisinnigen Fraktionen eingebracht worden waren, als dringlich auf die Tagesordnung gesetzt worden und kam an letzter Stelle zur Verhandlung. Die Herren Goldschmidt (Neue Linke) und Cassel (Alte Linke) begründeten die Anträge ihrer Fraktionen mit Ausführungen, denen man es anmerkte, daß sie dem Magistrat und der Krankenhausverwaltung nicht allzu wehe tun wollten. Fester griff erst Genosse Weyl zu, der es offen aussprach, daß man sich eigentlich kaum darüber wundern könne, die in unseren Krankenhäusern bestehenden Mängel der Beköstigung einmal auf diese Weise in die Erscheinung treten zu sehen. Bürgermeister Meike und Stadtrat Sirachmann versuchten es diesmal nicht mit dem sonst so beliebten Mittel des Ablenkens, sondern gaben alle gewünschte Auskunft. Herr Cassel bescheinigte ihnen nachher die „große Offenheit“, mit der sie sich äußert hatten. Im weiteren Verlauf der Debatte wies noch Genosse Zadel auf die Gefahren hin, die das Bestreben, möglichst billig zu wirtschaften, unseren Krankenhäusern bringt. Ob es nach diesen Vorkommnissen hierin anders werden wird, das muß leider bezweifelt werden. Es ist übrigens fast als ein „Glück“ zu bezeichnen, daß die Vergiftungserscheinungen nicht bei dem „niederen“ Personal, den Wärtern und Wärterinnen, oder gar bei den Patienten aufgetreten sind. In diesem Fall würde wahrlich keine der freisinnigen Fraktionen es für nötig gehalten haben, auch ihrerseits den Magistrat zu interpellieren und ihn auf die Notwendigkeit verhängender Maßregeln hinzuweisen.

Im Berliner Eispalast.

In jedem Hochsommer mindestens einmal wurde auf der Berliner Friedrichstraße der abgenutzte Studententum verkappt, daß ein paar besonders geistreiche Nusenöhne mit Winterüberzieher, Pelzmütze und Schlittschuh im Gänsemarsch über das Großstadtpflaster trabten. Hätten Arbeiter das getan, so wären sie sicherlich mit einem gepfefferten Strafmandat wegen groben Unfugs beglückt worden. Inbes die zarbefeizten Sprößlinge wohlhabender, hochgestellter Eltern wurden vom grinfenden Schutzmann höchlichst gebeten, ihren Geist lieber in der Studentenkeipe leuchten zu lassen. Heute darf man ihnen auch das nicht mehr bieten. Seit einigen Tagen ist es in Berlin hochmodern, bei 28 Grad Reamur im Schatten winterliche Renommiersportkollime und blühende Stahlschuhe spazieren zu führen. Staunend betrachtet sich die auf den Kopf gestellte Großstadtwelt die schurrigen Sportzwitler. Und die Wissenden aus dem Volke tuscheln: „Det sind Bevorzugte der Nation... die schlüßern nach'n Eispalast!“ Das eigenartige Unternehmen, von dem dieser Tage alle bürgerlichen Blätter in den höchsten Tönen des Lobes und der

Freude fangen, ist nur für Berlin neu. In Paris kennt man schon längst das „palais de glace“, eine in jeder Jahreszeit zu benutzende Eiseisbahn unter Dach und Fach, und nun hat sich auch das große Sünden-Nebel an der Spree diese Attraktion geleistet. Sie ist in der endlosen Kette der Festreunungen, die sich die Festenden gönnen dürfen, um ihre edelste Langeweile zu töten und die eingekullten Nerven aufzupeitschen, ein neues Glied. Den Veranstaltung muß es der Reiz lassen, daß sie etwas an sich Großartiges und wirklich Großstädtisches geschaffen haben. In der Lutherstraße, auf Charlottenburger Gebiet, erhebt sich der neue Eispalast, architektonisch und technisch sicher eine wertvolle Schöpfung. Durch das reiche Vestibül, an eleganten Garderoben vorbei, gelangt man auf eine spiegelglatte Eisfläche, die mit ihrer geschlossenen Umgebung Kunst und Natur harmonisch bereint, uns das Bild eines Ballsaales mit gefrorenem Tanzboden vorzaubert. Ein sinnreiches System von Kühlröhren in Verbindung mit eigenartigen chemischen Prozessen hat es ermöglicht, das bequem für 1200 bis 1500 Personen Platz bietende Parkett des Saales in eine glühende, immerwährende Eisbahn zu verwandeln. Tau und Regenwetter können ihr nichts anhaben, der ewig spintzierende Menschengestir triumphiert hier wieder mal über Allmutter Natur. Keine Eisbahn im gewöhnlichen Sinne harmlosen Genießens ist es... nein, ein Manège-Schaustück, ein Eis-theater, ein Stätte des Sportlurus und vornehmer Vergnügungsraferel. Man könnte sich mit der Idee ungemein befreunden, wenn ihre separate Ausführung nicht jenen Kreisen, die sich um alles in der Welt nicht langweilen mögen, wieder die schönste Gelegenheit böte, all den feidsten Gesellschaftszanber, ohne den die bevorzugten Klassen nun mal nicht leben können, vom Jirt bis zum Ehebruch, aus dem Ballsaal auf die Eisbahn zu verpflanzen. Es war eine wohlgelungene Spekulation auf die Sinne, ein feiner Trick erlebener Feinschmecker, das Leben und Treiben auf dem Eise gewissermaßen unter Kuratel der oberen Jehntausend zu stellen. Auf der glänzenden Bahn tummeln sich zu Hunderten die Pärchen aus Berlin WW. im vornehmen Eislauf-dress. Und aus den Bogen neben dem Parkett und von der Galerie darüber wachen die Väter und Mütter, die Onkel und Tanten eifersüchtig, daß alles hübsch fittsam zugeht. Ob man's sich wohl so gedacht hat?

Na, schon der Eröffnungsabend stieß unsere gute Meinung über den Haufen. Vielleicht sind alle die verschwiegenen Ecken mit den prächtig gedeckten Tischen und den silbernen Seftküßlern das allein wahre Mittel zum Zweck, vornehm zu leben und in vollen Jügen sein bischen Leben zu genießen. Vielleicht haben die verschlungenen Wandelgänge ringsum die tiefere Bestimmung, nicht minder die tafelnden Günstlinge des Lebens als die goldene Jugend auf dem Eise bewundern zu lassen. Und wer noch immer sich in dem holden Traume wiegte, daß hier „fürs Volk“ etwas Herrliches geschaffen sei, dem machte ein einziger Blick auf die zur Eröffnung geladene Gästeschar einen trostlosen Strich durch die Rechnung. Alles war da, was sich zur „Gesellschaft“ zählt. Man hatte es verstanden, vortreffliche Auslese zu halten. Zwischen reichgeputzten Uniformen tauchten ungezählte bester Prads auf. Und über all dem glühenden Schimmer wogte das Meer der prunkenden Niesenhüte mit den wallenden Straußenfedern. Das war ein Begrüßen und Komplimentieren, ein Verbeugen und Nicken, als ob Berlin eine weltbewegende Tat feiere. Nicht mal als Stallsten brauchte man heute das Volk vorzuschicken, wie etwa bei einem großen Wohlthatigkeitsfest. Alle die Gesellschaftslöwen und Beamtenhonoranden, die Finanzgrößen und Aristokratenshelden, die dem einladenden Ruße gefolgt waren, um sich im eigenen Glanze zu sonnen, hatten das erhebende Bewußtsein, im intimsten Milieu zu sein. Sie schwammen in Wolle, daß der Eispalast ihnen ganz allein gehöre, ihrer dominierenden Stellung und ihrem glänzenden Solde. Und als in das allgemeine Blicksgefühl, nicht als Plebejer zur Welt gekommen zu sein, etwas stark deplaziert sogar ein Kaiserhoch hineinplatze mit schmetterndem Lufsch, klangen die Selbstgehe noch einmal so hell aneinander. Für die mehr oder minder hübschen Sportbilder dort drüben auf dem Kunststeife hatte man kein Auge mehr. . . .

Da wagt man noch die Behauptung, daß der Berliner Eispalast eine volkshygienische Errungenschaft ersten Ranges sei. Wenn der einfache Mann aus dem Volke, als er die laut genug hinausposaunten Voraussetzungen des Unternehmens las, jemals auf den Gedanken verfallen ist, daß hier für ihn etwas „Volkshygienisches“ geschaffen werden solle, dann ist er ganz gründlich aufs Glatteis geführt. Schon die gepfefferten Eintrittsgelder benehmen den letzten Zweifel. Wahrhaft hygienischer Sport, für den wir unsererseits grundsätzlich immer eintreten, muß billig sein, so billig, daß ihn sich jeder Sportliebende Arbeiter leisten kann. Gerade das aber wollte man hier offenbar vermeiden. Mit Absicht sind die Preise so hoch normiert, daß die Volkstreife zurückgeschreck werden. Die schlürfen allerdings weder Selt noch Aultern. Demen ist es im Gegensatz zu den Ueberfättigten aus dem Tiergartenquartel um den reinen Genuß des Eislaufes zu tun. Und von den Eintrittsgeldern allein werden die Unternehmungsgeister des Eispalastes nicht fett. Bei einem Mindestentree von 75 Pf. für Erwachsene und 50 Pf. für Kinder sind die Volkstreife so gut wie gänzlich ausgeschlossen. Wozu noch kommt, daß nach 6 Uhr abends, also zu einer Zeit, wo der Arbeitende aus dem Volke allenfalls für solchen Sport ein paar Stunden übrig hat, das Eintrittsgeld sogar eine Mark beträgt. Da hätte es, wie es anfangs beabsichtigt gewesen sein soll, wie Staffage und Hohn ausgehen, nach dem berühmten Rezept „Mehr Volk“, das allerdings zum Kaiserhoch gepakt hätte, ein paar hundert Volkshygienschilder zur Eröffnungsfeier zu verschreiben. Man bleibe uns also mit der volkshygienischen Betonung des Eispalastes, so lange nicht volkstümliche Preise beliebt werden, gefälligst vom Leibe. Einstweilen können wir in dem neuen Unternehmen weiter nichts sehen, als einen Tummelplatz für die Sinnengier und den Geldsack gerade der exklusivsten, volkseindlichsten Kreise.

Das öffentliche Interesse und die Objektivität der Staatsanwaltschaft.

Wenn sich jemand durch Worte oder Handlungen eines anderen beleidigt fühlt und das Bedürfnis hat, die Beleidigung durch Gerichtsurteil fähnen zu lassen, dann muß er in der Regel selbst Klage bei Gericht erheben. Wenn aber die Sühne einer Beleidigung im öffentlichen Interesse geboten erscheint, dann kann sich der Beleidigte die Umstände der Klageerhebung ersparen. Der Staatsanwalt tritt an seiner Stelle als Ankläger auf und unter Umständen kann

der Beleidigte sogar als Zeuge gegen seinen Beleidiger auftreten. Wenn der Staatsanwalt die Beleidigung verfolgt, dann ist also die Position des Beleidigten in jedem Falle erheblich günstiger, als wenn er selbst im Wege der Privatklage seinen Beleidiger verfolgen würde. Die Voraussetzung für das Einschreiten der Staatsanwaltschaft bei Beleidigungen ist, wie gesagt, das Vorliegen eines öffentlichen Interesses. Ob im gegebenen Falle ein öffentliches Interesse vorliegt, das entscheidet die Staatsanwaltschaft, die ja nach einer Behauptung des Justizministers die objektivierte Behörde der Welt sein soll. Sehen wir uns einmal an der Hand einiger Beispiele die Objektivität der Staatsanwaltschaft in Bezug auf ihre Entscheidung über das Vorliegen eines öffentlichen Interesses bei der Verfolgung von Beleidigungen etwas näher an.

Der Verband der Bäcker hat seit längerer Zeit scharfe Kämpfe zu führen mit einer meistertreuen gelben Gesellenorganisation. In solchen Kämpfen pflegen sich die Gegner natürlich keine Komplimente, aber desto mehr harte Worte zu sagen. Gegen harte Worte, welche kurz und bündig sagen, was man von dem Gelben denkt, sind diese aber sehr empfindlich. Sie riefen die Staatsanwaltschaft an und diese hielt es für notwendig, im öffentlichen Interesse die Beleidigung der Gelben zu verfolgen. Nicht weniger als sechs Anklagen sind aus diesem Grunde gegen die Genossen Schneider und Heyshold vom Bäckerverband durch die Staatsanwaltschaft erhoben worden. Es handelt sich in allen diesen Fällen nur um einfache Beleidigungen durch Worte wie Schmarozer, Speichellecker, Liebediener usw. Diese Worte sind jedoch in keinem Falle in Bezug auf bestimmte Personen gebraucht worden, sondern es wurden ganz allgemein „die Gelben“ als Schmarozer usw. bezeichnet. Einzelne Leute von der gelben Organisation fühlten sich dadurch beleidigt, und die Staatsanwaltschaft erhob zu deren Gunsten die Anklage im öffentlichen Interesse.

Kann die Rehrseite des Bildes. In dem Prehorgan der Gelben wird der Genosse Heyshold nicht nur beleidigt, sondern verleumdet. Es werden in Bezug auf ihn unwahre, längst widerlegte Behauptungen verbreitet, die, wenn sie wahr wären, ihn als einen ehrlosen Menschen erscheinen lassen. So wird dem Genossen Heyshold vorgeworfen, er habe den Verband verraten, er habe den Streit und den Väterboykott in seinem persönlichen materiellen Interesse ins Werk gesetzt usw. Auch Heyshold wandte sich an die Staatsanwaltschaft. Aber die „objektivierte Behörde“, die eine einfache Wortbeleidigung der Gelben im öffentlichen Interesse verfolgt, entschied in diesem Falle, wo der Leiter einer freien Gewerkschaft verleumdet und in seiner Ehre als Gewerkschaftsführer schwer verletzt wird, daß ein öffentliches Interesse nicht vorliegt und daß es dem Beleidigten überlassen bleiben müsse, die Privatbeleidigungsklage gegen „eine Verleumder“ zu erheben.

Das ist die Objektivität der Staatsanwaltschaft, die übrigens noch an anderen Beispielen geprüft werden kann. Es ist bekannt, wie schwer es hielt und wie lange es dauerte, ehe die Staatsanwaltschaft Anklage erhob gegen den Wäckermeister Vogel, der in etwa zehn Fällen das Gegenteil von dem beschwor, was eine Reihe einwandfreier Jungen aus Befestigungen Vogels bekundet hatten. Dögleich ein Jertum auf seiten Vogels kaum anzunehmen ist, lautet die Anklage gegen ihn doch nur auf sabelässigen Meineid. Dagegen schwebt augenblicklich, veranlaßt durch eine Anzeige Vogels, eine Untersuchung wegen wissentlichen Meineides gegen Heyshold, der in dem Vogel-Prozess in einer nebensächlichen Angelegenheit eine unwahre Angabe gemacht haben soll.

Wie man sieht, ist die Staatsanwaltschaft sogleich auf dem Posten, wenn es gegen einen Gewerkschaftsführer geht. Auch aus Anlaß des Wäckermeisters hat die Staatsanwaltschaft in mehreren Fällen ein Verfahren gegen Heyshold eingeleitet, und zwar mit so unzureichenden Gründen, daß ein Verfahren wegen Vergehen gegen § 163 der Gewerbeordnung und ein anderes wegen Nötigung und Erpressung eingestellt werden mußte.

In einem dritten Falle hat die Staatsanwaltschaft ein ganz eigenartiges Vergehen Heysholds konstruiert. Er soll einige Wäckermeister verleitet haben, das alte preussische Prehgesetz zu übertreten, indem er sie veranlaßt haben soll, das Plakat auszuhängen, welches anzeigt: „Hier sind die Forderungen der Gesellen bewilligt.“ — Dies Vergehen schwebt zurzeit noch. Die Staatsanwaltschaft hat es bisher nicht vermocht, ihre Verfolgung gegen Heyshold so zu begründen, daß eine Anklage erhoben werden konnte.

Diese Beispiele zeigen zur Genüge, wie es mit der Objektivität der Staatsanwaltschaft bestellt ist, und was ihr als öffentliches Interesse gilt. Nicht das Interesse der Allgemeinheit, sondern das Interesse der herrschenden Massen ist es, was der Staatsanwaltschaft als öffentliches Interesse gilt. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn sie die Unternehmern und die gelben Gewerkschaften unter ihren ganz besonderen Schutz nimmt, die Leiter der freien Gewerkschaften aber nicht gegen Verleumdungen schützt, sondern vielmehr mit heißem Bemühen nach Gründen sucht, um sie auf die Anklagebank zu bringen.

Wie Herr Rugdan sich das Kommunalwahlrecht wünscht!

Herr Dr. Rugdan, der freisinnige Reichstagsabgeordnete und jetzt auch Kandidat für die Berliner Stadtverordnetenversammlung, hatte in einer nichtöffentlichen Versammlung liberaler Kommunalwähler (vgl. „Vorwärts“ Nr. 205) über sein kommunalpolitisches Programm allerlei Neußerungen getan, die selbst dem Kommunalreifein noch ein bißchen zu kompromittierend erschienen. Koch in derselben Wählerversammlung unternahm der Stadtverordnete Cassel sofort den Versuch, die Wirkung der offenerzigen Bekennnisse seines Freundes Rugdan möglichst abzuschwächen. Im besonderen hob Herr Cassel hervor, daß die freisinnige Volkspartei wie der Berliner Stadtfreifein für die Kommunalwahlen zwar nicht ein allgemeines, aber doch ein gleiches Wahlrecht wünsche. Herr Rugdan hatte nämlich auf eine aus der Versammlung an ihn gerichtete Frage, wie er hierüber denke, eine Antwort gegeben, aus der hervorging, daß er hinsichtlich der Umgestaltung des Kommunalwahlrechts sogar noch hinter den gewöhnlich allzukühnen „Forderungen“ des Berliner Kommunalliberalismus zurückbleibe.

Nachträglich hat nun auch Herr Rugdan es für ratsam gehalten, öffentlich kundzugeben, was er in jener Versammlung gesagt haben möchte. Die „Freisinnige Zeitung“ bringt eine Zuschrift von ihm, die sich als Selbstberichtigung darstellt. Als Vorwand hierzu hat ein Vericht gedient, den die „Berliner Volkszeitung“ über die Versammlung veröffentlicht hatte und der von Herrn Rugdan als „durchaus unwahr“ bezeichnet wird. Herr Rugdan sagt, in der Versammlung habe ein Anhänger des Kandidaten der „Sozialfortschrittler“ ihn, den Herrn Rugdan, „nach echt sozialdemokratischer Weise“ gefragt, wie er zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Kommunalwahlen stehe. Warum solche Reugier dem Herrn Rugdan als „echt sozialdemokratisch“ gilt, das sagt er nicht. Nichtig ist allerdings, daß Liberale es sonst vermeiden, einem Rugdan Fragen vorzulegen, durch deren Beantwortung er sich und seine Partei bloßstellen kann. Herr Rugdan erzählt in der „Freis. Ztg.“ weiter;

„Ich erklärte darauf, daß eine Veränderung des bestehenden Kommunalwahlrechts nicht in der Macht der Kommunalverwaltungen — Stadtverordneten und Magistrat — stünde, sondern daß dies Sache der Landesgesetzgebung sei. Ich hätte also gar nicht nötig, diese Frage zu beantworten, da ich aber gewohnt sei, meine politischen Ansichten frei zu bekennen, so wollte ich keinen Hehl daraus machen, daß ich ein Gegner der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Kommunen

fel. Die „christliche“ Volkszeitung“ erweckt mit dem Anschein, als ob ich dadurch mich zu einem Feinde jeder Veränderung des bestehenden Kommunalwahlrechtes bekannt hätte. Selbstverständlich bin ich ein Feind der bei dem jetzigen kommunalen Wahlrecht bestehenden Klasseneinteilung und öffentlichen Stimmabgabe. Gemäß dem Programm der freisinnigen Volkspartei trete ich ein für ein gleiches und geheimes Kommunalwahlrecht, verlange aber zum Unterschiede von dem Reichstagswahlrecht als Voraussetzung des Kommunalwahlrechtes die Leistung einer Einkommensteuer von besonderer Höhe und ein längeres Wohnen in der Kommune.“

Herr Mugdan hat das, was er hier gesagt haben will, tatsächlich nicht gesagt. Er hat lediglich gesagt, er wüßte das Reichstagswahlrecht nicht für die Kommunalwahlen. Niemals dürfe, so fügte er wörtlich hinzu, „unsere gute Stadt Berlin unter die Herrschaft der Sozialdemokratie kommen, wie es bei einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu erwarten wäre.“ Diese Äußerung, die als nicht nur gegen das allgemeine, sondern auch gegen das gleiche Kommunalwahlrecht gerichtet aufgefaßt werden muß, kann nicht aus der Welt geschafft werden, weder durch Cassels sofortigen Abschwächungsveruch, noch durch Mugdans nachträgliche Selbstberichtigung. Im „Vorwärts“ ist das Bekenntnis des Herrn Mugdan, aus dem sein heißes Verlangen nach Entrechtung der breiten Masse des Volkes sprach, im Wortlaut mitgeteilt worden — und wir stellen fest, daß Herr Mugdan bisher nicht den Mut gehabt hat, auch den Versammlungsbericht des „Vorwärts“ als unwarhaft anzusehen.

Eine recht unerschämte Behandlung erfuhren gestern zahlreiche Frauen, die sich auf Grund einer Annonce in der „Berliner Morgenpost“ nach dem Hause Casseler Straße 30 begeben hatten. In der gestrigen Nummer der „Morgenpost“ war folgendes Inserat zu lesen:

„Nebenverw. Gesucht wird für einen Vertrauensposten, 7-9 U. Wochenlohn, täglich 4-5 Stunden Arbeit und Fahrgeldvergütung eine zuverlässige Frau. Meldung 2-3. Casselerstr. 30.“

Auf diese Anzeige hin fanden sich gestern nachmittag kurz vor zwei Uhr gegen 100 Frauen in dem Hause Casseler Straße 30 ein. Alle waren gekommen, um sich einen Verdienst zu verschaffen, der in der heutigen Zeit der schlechten Erwerbsverhältnisse und der teuren Lebenshaltung im Haushalt bitter not tut. Bei näherer Nachfrage stellte sich heraus, daß die sogenannte Vertrauensstelle im Abonnementensammeln für eine Modenzeitung bestand. Es wurde aber auch einzelnen Frauen gleich bekannt gegeben, daß die Stelle bereits um 1/2 Uhr besetzt worden sei; wohlgerne um 1/2, obwohl Meldungen erst um 2 Uhr erfolgen sollten. Das sprach sich von Mund zu Mund weiter. Und als sich die Frauen nach darüber unterhielten, daß sie den Weg umsonst gemacht hätten und eigentlich genarrt worden waren, wurden sie — angeblich vom dem Portier des Hauses — mit einem Wasserstrahl aus einem Schlauche bespritzt. Jedenfalls sollte diese Maßnahme eine Aufforderung sein, das Haus zu verlassen, denn eine mündliche Aufforderung ist nicht ergangen, gehört hat wenigstens keine der Anwesenden eine solche. Der Mensch, der die freiwilligen Feuerwehrendienste verrichtete, wiederholte das Verfahren sogar ein zweites Mal und durchmählte zahlreiche Frauen und Kinder, die im zweiten Hof des Hauses standen, ganz erheblich. Während dieses Vorganges stand ruhig ein Schutzmann vor dem Hause, der mehrere Frauen, die sich über die ihnen zu teil gewordene Behandlung beschwerten, aufforderte, weiter zu gehen, sonst werde er sie mit zur Wache nehmen, anstatt die Insultierten zu schützen gegen die Unerschämtheiten des Hausportiers.

Die städtischen Arbeiter und die Stadt Berlin.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Unterzeichneten beantragen, den Magistrat zu ersuchen, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Angestellten und Arbeiter nach beizulegenden Spezialverträgen anzuordnen und die dazu erforderlichen Mittel in den Etat 1909 einzusetzen.

Diese speziellen Verträge umfassen nicht weniger als achtzehn Druckseiten und sind während der Ferien von einer dazu eingesetzten Kommission ausgearbeitet worden. Der wesentliche Inhalt hat nachstehenden Wortlaut:

1. Verkürzung der Arbeitszeit:
 - a) in allen kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden (Dreischichtsystem);
 - b) in sämtlichen anderen Betrieben auf 9 Stunden;
 - c) für das Wabepersonal auf 10 Stunden täglich (die Mittagspause wird auf 3 Stunden festgesetzt); in jeder Woche wird ein ganzer freier Tag gewährt;
 - d) für das Pflege- und Küchenpersonal der Pflegeanstalten einschließlich einer einstündigen Mittags- und je einer halbstündigen Frühstückspause und Vesperpause auf 12 Stunden unter gleichzeitiger Aufhebung des Logiszwanges; jede Woche einen freien Tag, jeder zweite davon an einem Sonntag;
 - e) für die Handwerker und Arbeiter der Wabepersonal- und Pflegeanstalten einschließlich Pausen auf neun Stunden, in den kontinuierlichen Betriebszweigen auf acht Stunden (Dreischichtsystem).
2. Regelung bezw. Erhöhung der Löhne für die Betriebe auf der Basis des Wochenlohnes unter Zugrundelegung eines Minimums von 4 M. täglich.

Bei Umrechnungen der Arbeit insolge Witterungsverhältnisse ist der angefangene Tag voll zu zählen.

Vereins gezahlte höhere Löhne bleiben hiervon unberührt.

3. Durchgehende Festlegung fünfjähriger Lohnskalen mit alljährlichen Steigerungen.

4. Für Ueberstundenarbeit in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends 50 Proz., für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit (9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) 100 Proz. Zuschlag.

Im Dreischichtsystem der kontinuierlichen Betriebe zählt, wenn sieben Schichten in eine Woche fallen, die siebente Schicht als Sonntagsarbeit mit entsprechendem Zuschlag. Für die regelmäßige Nachtarbeit kommt der Zuschlag nicht in Betracht.

Die Arbeitslosigkeit betreffend haben unsere Genossen im Notenkasse den Antrag gestellt:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, sofort schleunige Vorkehrungen zu treffen, um der für diesen Winter in erhöhtem Maße drohenden Arbeitslosigkeit in wirkungsvollster Weise entgegenzutreten zu können.

Von einem durchgehenden Gespann überfahren. Ein bedauerlicher Unfall spielte sich gestern nachmittag auf dem Tempelhofer Felde in der Nähe der Garde-Artillerieskizzen in der Prinz-August-von-Württemberg-Straße ab. Dort vergnügten sich mehrere Kinder mit Spielen, unter denen sich auch die beiden Kinder des künftigen Reiches aus der Wilibald-Merckstraße 12 befanden. Plötzlich ging ein Gespann von den Garde-Artillerieskizzen durch und raste in die spielende Kindertruppe hinein. Während es den meisten noch gelang, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, wurden die beiden Kinder des künftigen Reiches umgerissen. Dabei fiel die

11jährige Elfrida so unglücklich, daß der Wagen vollständig über sie hinwegging. Der einjährige Bruder Willi wurde zur Seite geschleudert und kam mit leichteren Hautabwühlungen davon. Das Mädchen wurde mit schweren inneren und äußeren Verletzungen nach dem Ueben-Krankenhaus geschafft. Es besteht jedoch wenig Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens.

Die Kindesleiche im Handkoffer. Eine schaurige Entdeckung machten gestern Schiffer im Schiffahrtskanal. Hinter dem Grundstück Invalidenstr. 50, in der Nähe des Humboldtschloßes, beobachteten sie auf der Oberfläche des Wassers einen Handkoffer, der nach dem Hafen zu getrieben wurde. Sie brachten ihn ans Land und beim Öffnen fanden sie darin zu ihrem Entsetzen die Leiche eines neugeborenen Mädchens. Der tote Körper war in ein leinewes Damenhemd eingehüllt. Der Koffer, der die Leiche barg, besteht aus alter, grauer Leinwand. Ob das Kind eines natürlichen oder eines gewaltsamen Todes gestorben ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Leichnam wurde polizeilich beschlagnahmt und zur Obduktion dem Schauhaus überwiesen.

Ein Silberdiebstahl ist in der Wohnung des Freiherrn v. Mirbach, Friedrich-Karl-Platz 6, verübt worden. Die Einbrecher drangen am hellen Tage in die Wohnung ein. Sie hatten „ausbaldovert“, daß Freiherr von M. verreist und daß die Wohnung nachmittags ohne Aufsicht ist. Unter Jubelruf nahmen die Diebtrahnen und Nachschlüssel drangen sie vom hinteren Treppenaufgang aus in die Küche und von dort in die Wohnräume ein. Aus allen Schächern raubten sie die wertvollen Gegenstände und besonders silbernes Tafelgeschirr. Die Beute der Einbrecher hat einen Wert von mehr als 2500 M.

Eine mit Revolvern ausgerüstete Diebesbande ist der Polizei in Weiskes in die Hände gefallen. Vor einigen Tagen wurden an der Berliner Straße wiederholt Revolververbrechen abgelesen, über deren Herkunft man anfangs vergeblich Nachforschungen hielt. Jetzt hat die Polizei in den Revolverhelden eine Anzahl von Dieben ermittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht.

Auf dem Kummelplatz am Kottbuser Ufer 39 stürzte gestern abend gegen 9 1/2 Uhr der 17 Jahre alte Schreiber Otto Dolge aus der Stallger Straße während des Schauens aus einer amerikanischen Luftschaukel auf die Erde und blieb bewegungslos liegen. Man brachte ihn in einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban, wo er mit schweren inneren Verletzungen und einer starken Quetschung des rechten Oberschenkels Aufnahme fand. Der Verunglückte hat selbst Schuld an dem Unfall, da er nach Angabe von Augenzeugen während des Schauens aus einer Schaukel in die andere steigen wollte.

Der endgültige Winterfahrplan der Königl. Eisenbahndirektion Berlin, der jedoch zur Ausgabe gelangt, bringt nach den amtlichen Erklärungen an neuen Zügen und Anschlüssen u. a. die folgenden: Auf der Strecke Berlin, Lehrter Bahnhof - Spandau - Rauen werden vom 1. Oktober d. J. ab nicht weniger als zehn neue Vertriebszüge verkehren; von diesen sollen zwei bis Spandau durchgeführt werden, nämlich ab Berlin 6⁰⁰ vorm. und 4³⁰ nachm., während drei (ab Berlin 4³⁰, 5⁰⁰ und 6³⁰ nachm.) in Fürstenbrunn endigen und vier daselbst beginnen (ab 7³⁰ vorm., 4³⁰, 4⁴⁴ und 6³⁰ nachm.). Sieben neue Züge sind auf der Wannesebahn zu verzeichnen; von diesen werden je drei zwischen Berlin und Groß-Lichterfelde-West (ab Berlin 8⁰⁰ vorm. und 7³⁰ nachm., ab Gr.-Lichterfelde-W. 8⁴⁰ abends) und zwischen Berlin und Steglitz verkehren (ab Berlin 7⁴⁰ abends, ab Steglitz 7³⁰ vorm. und 8³⁰ abends). Die bisher, wird auch diesmal wieder eine Anzahl von Zügen, die vorwiegend dem Geschäftszug bzw. Arbeiter- und dem Schülerverkehr dienen, ausfallen bzw. der winterlichen Arbeits- und Schulzeit angepaßt werden. Naturgemäß werden davon namentlich die Vorortstrecken Berlin-Spandau-Rauen, Berlin-Groß-Lichterfelde-Ost und die Wannesebahn betroffen. Auf der Stadtbahn kommen nur wenige Züge in Fortfall, so die Nordringzüge ab Westend 4³⁰, ab Weiskes 6¹¹ früh, die Mittagszüge des Vollringes ab Westend 1³⁰ und 1⁴⁵ über den Nord- und Südring bzw. 1¹⁷ und 1⁴⁷ über den Süd- und Nordring, die Frühzüge von und nach Nieder-Schöneweide, Johannisdahl, ab Schleier Bahnhof 4⁴⁰, ab Nieder-Schöneweide, Johannisdahl 5²⁰ vormittags usw.

Straßensperrung. Der Grüne Weg von der Andreas- bis zur Krausstraße wird bezw. Legung einer Gasrohrleitung vom 3. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht am Sonntag, den 6. September, nachmittags um 5 Uhr, Herr Dozent Jens Lügen über: „Steinkohlen und Steinkohlenzeit“ und um 7 Uhr über den „Himmel des Mondes“; am Montagabend um 9 Uhr über: „Die Photographie im Dienste der Astronomie“. Die Vorträge, die gemeinverständlich und mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet sind, finden während des Neubaus der Treptow-Sternwarte im Saale des Neptunianis Anape (vormals Jenner), Treptower Chaussee 27, statt. Mit dem großen Fernrohr wird jetzt am Tage die Sonne, abends von 7 1/2 Uhr an der Mond und von 9 Uhr der Saturn gezeit.

Im Apollo-Theater produzieren sich gegenwärtig Trishy und Svengali in musikalischer Gedankenerörterung. Wlle. Trishy nimmt auf der Bühne am Flügel Platz. Ihr Partner Mr. Svengali begibt sich in den Zuschauerraum und bittet das Publikum, ihm die Namen international berühmter Opern oder Operetten anzuschreiben oder so leise zuzuschließen, daß die Künstlerin auf der Bühne diese unmöglich vernehmen kann. Kann hat der Auftraggeber seinen Wunsch geäußert, so hört er auch schon von der Bühne herab irgend eine Arie aus der gewünschten Oper oder Operette von Wlle. Trishy singen, welche ihren Gesang am Flügel begleitet. Zweifellos verfügt die Künstlerin über eine erstaunliche Kenntnis auf dem Gebiete der Musik und auch der Sprachen, da sie fast jedes Werk in der Sprache seines Autors singt. Zu dieser Attraktion gesellen sich eine Reihe anderer, von welchen vor allem die des Kraftathleten Paul Spadoni erwähnt sei, der als Gladiator mit Kanonenkugeln, Granaten und Torpedos jongliert, als habe er es mit Kinderbällen zu tun.

Feuerwehrrachrichten. Am Mittwochabend kam in der Fernstraße 22-23 auf dem dortigen Kohlenbahnhof Feuer durch Selbstentzündung von Freischloten aus. Die Wehr ließ 2 Mann mit einer Schlauchleitung auf der Braudelle zurück, wo 20 Arbeiter die Kohlen neu stapeln mußten. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Prinzenstr. 60 zu tun, wo schwefelrige Säure ausgetreten war. Der 8. Zug mußte in der Reichsberger Straße 130 einen Schaufensterbrand löschen. Auf dem Boden des Hauses Wühlstr. 8 brannten Möbel und in der Riesenstr. 2 auf dem Dach Leer. In der Kurfürstenstr. 80 geriet Fett in dem Kessel einer Waschlüche in Brand. Ferner hatte die Feuerwehr in der Köpenicker Straße 121, Vessellstr. 44 und an anderen Stellen zu tun. Die Schöneberger Feuerwehr wurde nach der Gothaer Straße 18 alarmiert. Dort hatte ein Knabe Feuerwerkskörper abgedramt und dabei Verletzungen erlitten. Die Charlottenburger Wehr wurde wegen eines Schornsteinbrandes nach der Potsdamer Straße gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Nehmt Einsicht in die Wählerlisten! Die Parteigenossen werden nochmals auf das Auslegen der Wählerlisten hingewiesen. Die Liste der stimmungsfähigen Bürger liegt in der Zeit vom 1. September bis einschließlich 15. September im Wahlbureau, Lanenburger Straße 19 aus. Sie kann an Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags eingesehen werden.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung der letzteren bei dem Magistrat zu erheben.

Genossen! Es ist äußerst wichtig, daß ein jeder sich informiert, ob sein Name in die Liste aufgenommen und richtig eingetragen ist. Ist war dies nicht der Fall und bei einer eventuellen Nachwahl ist der Betreffende um sein Wahlrecht gekommen. Wer nicht selbst Einsicht nehmen kann, beauftrage einen anderen, der bereit ist dies zu tun, mit dieser Arbeit.

Nixdorf.

Umfangreiche Diebstähle von Tüchelschlägen sind gestern nachmittag in der Pietenstraße zu Nixdorf begangen worden. Die Diebe gingen mit großer Frechheit vor und schraubten am hellen lichten Tage die Messingbeschläge ab. Trotzdem konnte bisher noch keiner der Spitzbuben gefaßt werden.

Köpenick.

Die Beschäftigung der neuerbauten 8. Gemeindefchule hat der Magistrat, einem von Parteigenossen der Dammvorstadt gestellten Antrage entsprechend, gestillt. Die Beschäftigung findet am Sonntag, den 6. September, vormittags 9 Uhr statt. In dieser Schule sind verschiedene moderne hygienische Reizeiten eingeführt, die für und von großem Interesse sind. Sämtliche Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich an der Beschäftigung zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt 1/2 9 Uhr an der Schule.

Wahlsdorf a. d. Ostbahn.

In der letzten Monatsversammlung des Wahlvereins referierte Genossin Buchmann über den Uebertritt der Frauen in den Wahlverein. Die Referentin verbreitete sich in eingehender Weise über die Vereinsgesetzgebung und ihre Handhabung in den Einzelstaaten vor Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes, wies nach, wie auch die Frau sich politisch betätigen müsse und forderte schließlich zum Beitritt der Frauen in die politische Organisation auf.

Hierauf nahm die Versammlung Berichte entgegen: Den Bericht über die Kreisverammlung gab Genosse Dertel. Es knüpfte sich an denselben eine längere Debatte, an welcher sich die Genossen Elias, Bachus, Ränning und Schumacher beteiligten. Die Versammlung nahm folgende zwei Resolutionen an:

1. Die am 29. August 1908 tagende Versammlung des Wahlvereins in Wahlsdorf beauftragt ihre Vertreter zur Kreis-Generalversammlung, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß zu allen Parteidelegationen das Wahlverfahren in Anwendung kommt.
2. Die am 29. August 1908 im Lokale von Linke tagende Mitgliederversammlung des Wahlvereins von Wahlsdorf verurteilt auf das allerentschiedenste das Vorgehen gegenüber dem Pankower Wahlverein, resp. dem Vorstand von Pankow. Sie sieht in diesem Vorgehen einen Eingriff in die Rechte und Selbständigkeit der Bezirkswahlvereine und beauftragt ihren Vorsitzenden, die Selbständigkeit der Bezirkswahlvereine zu vertreten.

Gerichts-Zeitung.

Verurteilung des Staatsanwalts.

Den Kreditwindel im großen hatte der frühere Schutzmann jehige Stallmeister Robert Lorenz betrieben, welcher gestern aus der Untersuchungskast der Ferienkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen Betruges in 16 Fällen und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte war früher in Berlin Schutzmann, wurde dann aber wegen einer Krankheit pensioniert. Schon wenige Monate nach seiner Pensionierung machte sich der Angeklagte verschiedener Verbrechen schuldig und wurde zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt. Dieser ersten Verurteilung folgten bald noch mehrere andere. Nach Verbüßung der zuletzt gegen ihn erkannten Strafe legte sich der Angeklagte auf den Kreditwindel. Er trieb in verschiedenen Zeitungen Inserate, in welchen er als pensionierter Beamter auf kurze Zeit gegen Sicherheit ein Darlehen von 100-200 M. suchte. Auf diese Inserate hin bekam er eine Unmenge Angebote von Geldverleihern, die er nun der Reihe nach in Anspruch nahm. Als Sicherheit handigte er einigen der Geldgeber eine Pensionsquittung aus, die aber völlig wertlos war, da die Pension des Angeklagten nur an ihn selbst ausgegahlt wurde. In dem Tage der Auszahlung hob er dann in aller Frühe seine Pension ab, während seine Gläubiger mit der wertlosen Quittung wieder nach Hause gehen mußten. In einigen Fällen gab der Angeklagte auch als Sicherheit einen Wechsel, dem er mit der Unterschrift seiner Ehefrau gefälscht hatte. Auch in anderer Weise betätigte sich L. noch als Pumpschmeißer, indem er verschiedene Gastwirte und kleine Gewerbetreibende unter unwahren Angaben, bei denen stets seine Pension eine Rolle spielte, anbot. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für das Zuchtband reis, da sich dieser eines ganz gewöhnlichen Kreditwindels schuldig gemacht habe. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf 8 Jahre Zuchthaus. Das Gericht billigte dem Angeklagten noch einmal mildernde Umstände zu und erlaubte auf 2 Jahre Gefängnis, unter Abrechnung von einem Monat der Untersuchungskast.

Vom Kampf gegen die Polen.

Für den Landkreis Effen ist unter dem 10. Juni 1888 eine Polizeiverordnung erlassen worden, welche sich unter anderem gegen das Tragen von Fahnen und Plaggen in anderen als den Landes- und Reichsfarben richtet und dann den mit Strafe bedroht, der Kolarden und Abzeichen in anderen als den Farben desjenigen Landes öffentlich trägt, wo der Träger staatszugehörig ist. Drobath, Freisch und Kronik waren zum Stützpunkt eines polnischen Turnvereins gegangen und hatten schon auf dem Wege über die Straße eines kleinen weißmetallenen Adlers am Rod getragen, mit der sehr kleinen Aufschrift: „Gott erhalte Polen!“. Daburh sollten sie jene Vorchrift übertreten haben. Das Landgericht Effen sprach sie jedoch frei und führte aus: Die Bestimmung sei ungültig. Sie würde nur gültig sein, soweit einer Eiderung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vorgebeugt werden sollte. Das sei aber hierbei nicht gesagt. Im übrigen seien die aus weissem Metall bestehenden Adler auch nicht als farbige Abzeichen im Sinne der Verordnung anzusehen. Und schließlich fühle sich auch kein Mensch durch das Tragen der kleinen Adler bedrängt. — Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Kammergericht mit der Begründung verworfen: Sie scheiterte an der tatsächlichen Feststellung, daß das weiße Metall nicht als weiße Farbe anzusehen und daß die Abzeichen nicht geeignet waren, irgendwelche Unruhe zu erregen. — Die Frage der Gültigkeit erwähnte der Senat nicht.

Wasserstands-Nachrichten.

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	2. 9.	1. 9.	om	om ¹⁾		2. 9.	1. 9.	om	om ¹⁾
Remel, Müst	201	+4	201	+4	Saale, Großh	110	-8	110	-8
Regel, Jüterburg	-5	+1	-5	+1	Havel, Spandau	49	+2	49	+2
Wegsel, Thon	146	+4	146	+4	Spree, Rathenow	26	0	26	0
Ober, Netze	192	-51	192	-51	Spree, Spremberg	68	0	68	0
Krofen	104	+1	104	+1	Beslow	79	0	79	0
Frankfurt	110	-1	110	-1	Weser, Minden	-37	+2	-37	+2
Wartze, Schimm	42	0	42	0	Minden	17	-1	17	-1
Landberg	18	0	18	0	Wesl., Wapinillandau	430	+34	430	+34
Rede, Verden	-8	-1	-8	-1	Wesl., Verden	290	-1	290	-1
Eibe, Zeilmer	-56	0	-56	0	Wesl., Zeilmer	212	-1	212	-1
Dresden	-170	0	-170	0	Wesl., Zeilmer	56	-4	56	-4
Barby	73	-3	73	-3	Wesl., Zeilmer	161	0	161	0
Magdeburg	69	-7	69	-7	Wesl., Zeilmer	77	+8	77	+8

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 4. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Kathan der Weise.
Denkmal. Medea.
Kammerspiele. Sozialaristokrat.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal.
Lefling. Der Hund der Cabine.
Neues. Außerhalb der Gesellschaft.
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Erde.
Kleines. X 2 1/2.
Komische Oper. Tiesland.
Reichshallen. Der Floh im Ohr.
Gebbel. Der Liebhaber.
Kunstspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Gräulein Jofette - meine Frau.

Wochen. Ein Balztraum.
Schiller O. (Walker-Theater.)
Stein unter Steinen.
Schiller Charlottenburg. Herr Ministerialdirektor.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Als ich wieder kam.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Lorching. Jaja.
Luisen. Helga.
Reichshallen. Das Ritternachtsmädchen.
Bernhard Rose. Das demüthigste Haupt.
Metropol. Geschlossen.
Apothe. Vera Violetta. Spezialitäten.

Gebrüder Herrfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachleben.
Vahage. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kafkas. Familie August Krosche. Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die lästige Witwe. Die Brautschau.
Berliner Prater. Berlin, wie es weint und lacht. (Anf. 7 Uhr.)
Carl Oberland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Die Goldenprinzessin. Spezialitäten.
Reichshallen. Stiller Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Esterwarte. Suedenstr. 57/52.

Hebbel-Theater.
Königsgrüner Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Der Liebhaber.
Sonntag u. Sonntag: Der Liebhaber.

Neues Theater.
Außerhalb der Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Außerhalb der Gesellschaft.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwan in 3 Akten von G. Feydeau.
Deutsch von Wolf-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 2, a. d. Luisenstr.
Neu einstudiert! Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten v. A. v. Wilner.

Theater des Westens.
Abendlich 8 Uhr:
Ein Walztraum.
Operette von Oscar Strauß.
Sonntag, 6. September, nachm. 3 1/2 Uhr. zu halben Preisen: Die lästige Witwe.

Lortzing-Theater
Selle-Platzstraße 7/8.
Heute 8 Uhr:
Beispiel Hedwig Lange.
ZAZA. 154/8*
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Am Meer.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Helga.
Sonntag: Standesamt, Alexander.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, 4. September, Anf. 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Als ich wieder kam.
Schwan in 3 Akten v. Blumenthal und Stadelberg.
Sonntag: Egonol.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militärkonzert.

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrfeld.

Schiller-Theater.
O. (Walker-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Stein unter Steinen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.

Brauerei Friedrichshain
Oekonom: Ernst Liebing, früher Lipps, Am Königstor.
Vom 8. September 1908 ab auf kurze Zeit täglich:
Großes bayerisches Keller-Fest
nach Sitten und Gebräuchen des **Münchener Oktoberfestes.**
Orig. bayr. Königskapelle, die Untersberger, die bayr. Schrammeln in Heilmatsstr. - Gr. Fest-Aufführungen.
Belustigungen jegl. Art. - Gr. Prämierungen sowie Gratisverlosungen.
Bedienung durch ca. 30 oberbayr. Madln in Heilmatsstr. Anf. 5 Uhr.
Entree Wochentags 20 Pf. - Bei ungünstiger Witterung im großen Saal.
Von 4-8 Uhr Kaffeekonzert bei freiem Entree.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonzert
Eintritt 1 M.,
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
- die Hälfte. -

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Na endlich!
Pariser Extravaganza mit
Paulette van Roy
und das kolossale
Eröffnungsprogramm
14 erstklassige Spezialitäten.

Metropol-Theater
Wegen Vorbereitung zur neuen
Jahresrevue v. Julius Freund
Musik von Paul Lincke
- bleibt das Theater bis inkl. -
Freitag, den 4. September,
geschlossen.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und
die unheimliche Burleske
„Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonntag, 8. Wochentags 8 1/2 Uhr.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
67 Kommandantenstr. 57

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrfeld.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die neuen Sensations-Attraktionen. II. a.:
Trilby und Svengali?
Kunst und Welterkenntnis.

Paul Spadoni
der König der Krafttheater. 9 1/2:
Vera Violetta.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.

The Zancigs - Joseph Joseph, Slinger - Ephraim Thompson, dressierte Elephanten - Okabe, Japaner-Truppe - Die 5 Mowats, Kenien-Jongleure - Die 12 Tiller-Girls, engl. Gesangs- u. Tanztruppe - Cornalia und Eddie, amerikanische Exzentriks - Der Zukunftspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. Karl Hertz, Zauberer. Boyer de Lafory, französ. Sängerin. **Der Biograph.**

Folies-Caprice
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau. - Bunter Teil.
Vorverkauf von 11-2 Uhr an der Theaterkasse.

Sanssouci, Kottbuser
Direktion Wilhelm Kolmer.
Freitag, den 4. September 1908:
abends 8 1/2 Uhr:
Die Eroberung der Luft und ihr Besieger
Graf v. Zeppelin.
Geschichte der Luftschifffahrt.
Vortrag mit ca. 90 Lichtbildern.
Rum. Platz 75 Pf. Entree 50 Pf.

BERNHARD ROSE THEATER
Nr. Kottbuser Str. 132.
Das demüthigste Haupt.
Anf. 8 Uhr. Wochentagspr.
Auf der Gartenbühne:
Sen-Ali-Ben. - Gartenkonzert.
Drosser führt Menschen. Anf. 3 Uhr.

Berliner Eis-Palast
Luisenpark 22/23
Permanente Eisbahn.
200 qm Lauffläche.
Von morgens 8 bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Täglich von 12 Uhr mittags ab:
Orchestra-Konzert. Vornehme Restaurations-Büffe. - Elegantes Café. Ritz-Preise:
Vormittags 10 bis nachmittags 6 Uhr 75 Pf., von nachmittags 6 Uhr an 1 Mk. Kinder unter 12 Jahren bis 6 Uhr abends 50 Pf. Abonnements 3 30 Bona zu 25.50 Mk. Täglich an den Kassee d. Berliner Eis-Palast, Luthenstr. 22-24, und im Kaufhaus Wertheim, Leipzigerstr.

Casino-Theater
Rathinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
August Knoche.
Berliner Gesangsposse in 3 Akten.
August Knoche: Dr. Hans Berg.
Vorher d. glänzende Eröffnungsprog.
Sonntag 4 Uhr: Der Brandstifter.
Hochzeitliche.
W. Noack Theater
Direktion: Rob. Hill. Stummstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonntag, den 5. September 1908:
Eröffnung der Winter-Spielzeit!
Zum erstenmal:
Fremdes Blut.
Schauspiel.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Sonntag, den 6. September 1908:
Großes Herbstfest
im Volksgarten-Theater, Badstr. 5 (Eingang Behmstraße und Bollermannstraße)
bestehend in
Konzert, Theater, Gesang, Spezialitäten-Vorstellung,
Großes Feuerwerk!
Im Saale **Großer Ball.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kinder erhalten beim Eingang einen Bon zur Empfangnahme einer Stocklaterna.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. X Plätze dürfen nicht reserviert werden.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Um zahlreichen Zuspruch bittend
Das Festkomitee.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/8*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdresseur-Probier-Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachsene u. 25 Pf. f. Kinder.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, den 6. September:
1. Abt. 2 Uhr: Streifzüge nach Baumhulsenweg. Start: Willowstr. 68.
2. Abt. 1 Uhr: Pöhlswerder (Freunde). Start: Fontane-Promenade 15.
3. Abt. 1 Uhr: Hasenfelde (Volksgarten). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 1 1/2 Uhr: Johannisölthal (Schulz). Start: Rätliner Platz.
5. Abt. 1 Uhr: Pöhlswerder. Start: Ostium.
6. Abt. 1 1/2 Uhr: Hasenfelde (Gummli). Start: Oberberger Str. 22.
7. Abt. 2 Uhr: Wilmersdorf (Quisenpark). Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. 2 Uhr: Seawinkel. Start: Bahnhofsstr. 8.
9. Abt. 1 1/2 Uhr: Dorfgraben. Start: Schillingstraße 15/16.
10. Abt. 1 1/2 Uhr: Stahnsdorf. Start: Meberstraße 17.
11. Abt. Donnerstag, den 10. September, vorm. 10 Uhr: Finkenbrun. Start: Gr. Hamburger Straße 15/17.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das vollständig neue September-Programm. - Erstklassige Spezialitäten.

Volksgarten-Theater
- am Bahnhof Gesundbrunnen. -
Heute:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Reisen-Programm.
„Alt-Geleberg bei sein.“
Ab. 9 1/2 Uhr: Gadin II, Todessturz.

Stiftungs-Fest
in der Brauerei Friedrichshain.
Arbeitslose Mitglieder zur Kontrolle können sich heute abend 7 1/2 Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstraße 1, melden. 13/4

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Berlin wie es weint und lacht.
Volkstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonntag, 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Hall.

Brunnen-Theater
Badstraße 68. Direkt.: Willi Volpt.
Täglich:
Der Fluch des Goldes.
Erstklassige Spezialitäten.
Richard Morosow
8 wilde Königskinder
spannendste Raubtiergruppe der Gegenwart.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Sonntag, 6. September: Große Benefizvorstellung für das Schauspielpersonal: „Mit vollen Segeln.“

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Rin. v. Bf. Böde.
Größtes Spezialitäten-Theater Berlins
13000 Personen fassend. 3000!
Sonntag, den 6. September 1908,
8 Uhr:
Beginn der 14. Winteraison!
Das erstklassige
Eröffnungsprogramm
12 Attraktionen 12
Der Seefadett.
Singspiel in 2 Akten.
Galerie 50 Pf.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu!
Am Straude von Helgoland.
Kunstausstellungen-Operette.
Wiederauftreten des Gustav Behrens und 10 erstklassige Spezialitäten.
Duffes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr

„Flora“
Spandau, Pöhlswerder Str. 39.
Sonntag
Anfang 8 Uhr:
Familien können Kaffee trinken!
Tel.: Spandau 53. E. Koopnick.
Bäckereigenossenschaft „Produktion“
(G. m. b. H.) zu Charlottenburg.
Mit dem 1. Juli ist obgenannte Genossenschaft in Liquidation getreten. Alle Forderungen sind umgehend an die Adresse „Konsumverein Charlottenburg“, Wallstr. 33, zu richten.
Liquidations-Bilanz der Bäckerei-Genossenschaft „Produktion“.

Aktiva.		Passiva.	
Ein Kasse-Konto	773,21	Der Mitglieder-Mittel-Konto	1 220,-
Bank-Konto	7 321,16	„Darlehen“	3 850,-
Baren-Konto	2 985,00	Kreditoren-Konto	5 842,90
Debitoren-Konto	1 409,71	Stellvertreter-Konto	105,58
Kautions-Konto	130,-	Unkosten, geschätzte Forderungen	675,-
Emballage-Konto	10,-	Gewinn- u. Verlust-Konto	1 126,65
			R. 12 720,14
			R. 12 720,14

Mitgliederbewegung.	
Nebennommen am 1. Juli 1907	10
Eingetretten während des Jahres	11
Ausgetretten während des Jahres	21
bleibt Bestand	10
Der Geschäftsteil betrug am 1. Juli 1907	R. 1 110,-
Eingezahlt im Laufe des Jahres	285,-
Ausgezahlt	R. 1 695,-
bleibt Bestand am 1. Juli 1908	R. 1 220,-
Die Kassensumme betrug am 1. Juli 1907	R. 1 200,-
Darzu 11 x 100	1 100,-
	R. 2 400,-
Abzüglich durch Auscheiden 2 x 100	200,-
bleibt eine Kassensumme am 1. Juli 1908	R. 2 200,-
Charlottenburg, den 1. September 1908.	
Die Liquidatoren: U. Winter, U. Sellin.	

Gaskronen
Elektrische Kronen - Fabrikpreise.
R. Zechlin
Berlin C. Alexanderstr. 49.
(Alexanderplatz.)

6 Monats-Garderoben-Haus
Prinzenstraße 6
Die schönsten 4156L*
Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

